



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Für Bonn im Bundestag

Pressespiegel

Nr. 7

**April 2009 -
Juni 2009**

Ulrich Wickert sorgt für Befremden

Politiker weisen sein Gutachten zur Deutschen Welle zurück

VON SABINE PAMPERRIEN

Der ehemalige „Tagesthemen“-Moderator Ulrich Wickert hat vor wenigen Wochen ein Gutachten zur umstrittenen chinesischen Berichterstattung der Deutschen Welle vorgelegt, jetzt wurden einige Passagen des unveröffentlichten Textes publik. In seiner Expertise greift Wickert massiv eine Personalentscheidung des Intendanten Erik Bettermann an. Der hatte eine chinesische Redakteurin wegen zahlreicher umstrittener Äußerungen von ihren Leitungsfunktionen entbunden. Später räumte er ein, dass bei internen Prüfungen erhebliche journalistische Mängel gefunden wurden. Nach einem manipulierten Interview wurden im Dezember der Redaktionsleiter und die umstrittene Redakteurin versetzt.

In Wickerts Gutachten heißt es, der DW-Intendant habe „auf Grund des öffentlichen und politischen Drucks ... voreilig und nicht gerechtfertigt“ Personalentscheidungen getroffen. Politiker hätten Vorwürfe „ungeprüft aufgegriffen“, um „damit in die Schlagzeilen zu kommen“, gutachtet Wickert. Es zeige sich, „wie in Zeiten einer gesteigerten Gefühlslage (Olympische Spiele, Fackellauf, Tibetunruhen) es ehrenwerten, meinungsstarken Personen, einigen Dissidenten, Vereinsträgern, Journalisten gelingt, vorschnelle Verurteilungen in den Medien zu platzieren und damit Politiker, die gern in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, zu unbeachteten Äußerungen und Vorverurteilungen zu verführen.“

Diese heraufbeschworene Kampagne in den hiesigen Medien gab

und gibt es hingegen nicht. Die Suspendierung einer chinesischen Redakteurin erfolgte am 18. August. Da war erst ein einziger Artikel erschienen. Zahlreiche Medien griffen den Fall später auf, weil die Personalie zu einer massiven antiwestlichen Medienkampagne aus China führte. Die politische Debatte begann erst fast einen Monat später nach der Kritik an den chinesischen Programmen.

Wickerts Einlassungen sorgen für Befremden. Die Grünen-Politikerin Uschi Eid sagte der Berliner Zeitung: „Was Wickert behauptet, hat nichts mit der Realität zu tun. Anlass für die Nachfragen von Politikern waren zahlreiche offene Briefe an den Bundestag. Die ganze Beschäftigung mit der Angelegenheit war unaufgeregt.“ Der CDU-Politiker Stephan Eisel spricht von einem „starken Stück“. Wickert bilde sich ein Urteil über Leute, mit denen er nicht gesprochen habe. Zudem seien die Feststellungen Wickerts entgegengesetzt zu den Äußerungen des Intendanten. Der habe längst journalistische Mängel in der China-Redaktion eingeräumt und personelle Konsequenzen gezogen. FDP-Medienexperte Christoph Waitz wird deutlicher: „Herr Wickert hat offenbar demokratische Kontrolle nicht verstanden.“

Im China-Programm der Deutschen Welle hat man die Kritik vom vergangenen Jahr längst umgesetzt, was sich auch daran zeigt, dass die chinesische Botschaft in einem Brief an die Redaktion „höchste Unzufriedenheit über die verdrehte Berichterstattung“ in Sachen Tibet beklagte. Man werde „entschieden dagegen kämpfen“.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 25/09

2. April 2009

Bundestag wählt Eisel in Kuratorium

Der Deutsche Bundestag hat den Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel in das Kuratorium des Deutschen Historischen Museums (DHM) gewählt: „Ich freue mich über diese Wahl, denn das Deutsche Historische Museum ist das Schwestermuseum des Bonner Hauses der Geschichte. Daraus ergeben sich für Bonn sehr interessante Synergieeffekte. Vor 25 Jahren war ich als Mitarbeiter von Helmut Kohl an der Gründung beteiligt und bin dem Museum seitdem eng verbunden.“

Das Deutsche Historische Museum wurde wie das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren auf Initiative von Bundeskanzler Helmut Kohl gegründet. Es ist der „Aufklärung und Verständigung über die gemeinsame Geschichte von Deutschen und Europäern“ verpflichtet und hat inzwischen über 700.000 Objekte zur Deutschen Geschichte bis 1945 gesammelt. Im Berliner Zeughaus werden in der Dauerausstellung „Bilder und Zeugnisse der deutschen Geschichte“ mehr als 2000 Exponate gezeigt.

Die bisherige Betriebsgesellschaft des Museums wurde jetzt in eine Stiftung umgewandelt. Ihr ist auch die unselbstständige Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zugeordnet, die in den letzten Monaten Gegenstand zahlreicher öffentlicher Debatten war. Dem Kuratorium gehören insgesamt 15 Mitglieder an - jeweils fünf Vertreter des Bundestages, der Bundesregierung und der Bundesländer. Eisel wurde als einziger CDU-Abgeordneter gewählt. Neben ihm sind aus dem Bundestag Stephan Mayer (CSU), Wolfgang Thierse und Christoph Pries (beide SPD) und Hans-Joachim Otto (FDP, zugleich Vorsitzender des Kulturausschusses) Kuratoriumsmitglieder. Das Kuratorium beruft den Präsidenten des Deutschen Historischen Museums, beschließt über die Programmgestaltung, den Wirtschaftsplan und wichtige Personalentscheidungen.

Schaukasten Blickpunkt 25.3.09

(mt). Die Bonner Universität hat einen nationalen Wettbewerb des Bundesforschungsministeriums im Bereich Agrarwirtschaft gewonnen. „Unsere Bonner Wissenschaftler haben sich in zwei Auswahlrunden durchgesetzt. Das von der Universität Bonn koordinierte Forschungsnetz-

werk erhält damit ca. 16 Mio Euro aus dem Bundeshaushalt.“ so der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel. Bei der Ausschreibung des Bundesforschungsministeriums ging es um den Aufbau internationaler wettbewerbsfähiger Kompetenznetze in der Agrarwirtschaft.

Das Parlament, 6.4.09

Jubiläumssitzung in Bonn

Der Bundestag tagt wieder in Bonn – und zwar am 7. September 2009 aus Anlass des 60. Parlamentsgeburtstages. Die Idee geht auf einen Vorschlag des Bonner CDU-Abgeordneten Stephan Eisele zurück, den Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) dem Ältestenrat vorgelegt hat. Zur Jubiläumssitzung sollen auch die früheren Mitglieder des Parlaments eingeladen werden. Damit kommen zu den 612 aktuellen Bundestagsabgeordneten mehr als 1.200 frühere Volksvertreter.

hau 8

General-Anzeiger
27.03.2009

Bundestag tagt in Bonn

Jubiläumssitzung am
7. September

BONN. Zur Feier des Jahres will der Deutsche Bundestag am 7. September zum ersten Mal seit dem Berlin-Umzug wieder in Bonn tagen, genau 60 Jahre nach der ersten Parlamentssitzung 1949. Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stefan Eisel hatte dem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert den Vorschlag unterbreitet, dem jetzt auch der Ältestenrat zustimmte.

Am 7. September um 11 Uhr beginnt die Bonner Jubiläumssitzung im Plenarsaal. Dazu sollen auch die früheren Parlamentarier eingeladen werden, so Eisel. Damit kämen zu den 612 aktuellen Abgeordneten noch 1 500 Ehemalige. „Jetzt sollten wir in Bonn überlegen, was wir aus diesem außergewöhnlichen Ereignis machen können“, sagt Eisel, der sich auch über die positive Resonanz vieler Kollegen in Berlin freut. ma

Bonner Rundschau 7.4.09

Bund gibt Uni 17 Forschungsmillionen

Bonner Wissenschaftler haben sich bei zwei Ausschreibungen durchgesetzt

BONN. Die Bonner Universität erhält gut 17 Millionen Euro zusätzliche Mittel aus dem Forschungshaushalt des Bundes. Dies teilte der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel nach einem Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Thomas Rachel, mit: „Unsere

Bonner Wissenschaftler haben sich gleich bei zwei Ausschreibungen des Bundes durchgesetzt. Dabei ging es um mobile Energiespeicher sowie verbesserte Pflanzenzüchtung. Das ist ein erneuter Beweis für die Spitzenstellung unserer Universität.“

Thema eines nationalen Wettbewerbs des Forschungs-

ministeriums war der Aufbau international wettbewerbsfähiger Kompetenznetze in der Agrarwirtschaft. Laut Eisel wurden 40 Millionen Euro zwischen den vier ausgewählten Agrarclustern verteilt. Das von der Uni Bonn koordinierte Forschungsnetzwerk erhalte davon etwa 16 Millionen. Damit sollen Analyseverfahren

für eine verbesserte Pflanzenzüchtung entwickelt werden. Dies ermögliche nachhaltige Landwirtschaft bei reduziertem Ressourcenverbrauch. Weitere 1,2 Millionen Euro bekomme die Uni für die Entwicklung stationärer und mobiler Energiespeicher zur besseren Nutzung regenerativer Energien. (EB)



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 26/09

6. April 2009

Forschungsmillionen des Bundes für Bonner Uni

Die Bonner Universität erhält über 17 Mio Euro zusätzliche Mittel aus dem Forschungshaushalt des Bundes. Dies teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel nach einem Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Thomas Rachel, mit: „Unsere Bonner Wissenschaftler haben sich gleich bei zwei Ausschreibungen des Bundes durchgesetzt. Dabei ging es um mobile Energiespeicher sowie verbesserte Pflanzenzüchtung. Das ist ein erneuter Beweis für die Spitzenstellung unserer Universität. Mit ihren Beiträgen zur Zukunftsforschung festigen wir Bonns Profil als Wissenschaftsstadt.“

Thema eines nationalen Wettbewerbs des Bundesforschungsministeriums im Bereich Agrarwirtschaft war der Aufbau international wettbewerbsfähiger Kompetenznetze in der Agrarwirtschaft. Insgesamt wurden 40 Mio Euro zwischen den vier ausgewählten Agrarclustern verteilt. Das von der Universität Bonn koordinierte Forschungsnetzwerk erhält davon ca. 16 Mio Euro. Damit sollen Analyseverfahren für eine verbesserte Pflanzenzüchtung entwickelt werden. Dies ermöglicht die Ertrags- und Qualitätssteigerung von Pflanzen und die nachhaltige Landbewirtschaftung bei reduziertem Ressourcenverbrauch.

Aus einer weiteren Fördermaßnahme des Forschungshaushaltes des Bundes erhält die Bonner Universität eine Zuwendung von 1,2 Mio Euro für die Entwicklung stationärer und mobiler Energiespeicher zur besseren Nutzung regenerativer Energien. Lösungen zur besseren Speicherung elektrischer Energie sind ein entscheidender Beitrag zum Klimaschutz durch die Reduzierung von Kohlendioxid-Emissionen.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 27/09

8. April 2009

Auf YouTube zum Grundgesetz-Geburtstag

Einen Video-Wettbewerb für junge Leute zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgelobt. Zur Teilnahme daran ruft der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel Bonner Jugendliche im Alter bis zu 21 Jahren auf: „Wer eine kurze Videosequenz zum Grundgesetz auf YouTube hochlädt, ist schon mit dabei. Es wäre schön, wenn sich daran auch viele Bonner Jugendliche beteiligen.“

Thema des Kurzfilm-Wettwerbs sind die ersten 19 Artikel des Grundgesetzes. Die Beiträge sollen einen oder mehrere Artikel in Szene setzen, ihre Kerngedanken veranschaulichen oder kritisch zu hinterfragen. Die Videosequenzen sollen eine Länge von etwa 3 Minuten haben und von den Teilnehmern auf das Internet-Videoportal YouTube hochgeladen werden. Einsendeschluß ist der 1. Mai. Weitere Einzelheiten zum Wettbewerb finden sich auf Eisels homepage www.stephaneisel.de.

Eine fachkundige Jury bewertet die Beiträge. Als Preise winken Reisen nach Berlin, sowie DVD- / Buchpreise. Außerdem haben die Fernsehseher der Arte und Deutsche Welle TV bereits Interesse an der Ausstrahlung besonders gelungener Produktionen signalisiert.

Initiiert wird der bundesweite Wettbewerb vom kultur- und medienpolitischen Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion Wolfgang Börnsen. Er ist auch Mitglied des Verwaltungsrates und des Präsidiums der Filmförderanstalt Berlin (FFA). Eisel ist ebenfalls Mitglied im Kulturausschuss des Bundestages: „Ich finde es prima, dass die Kollegen in ganz Deutschland den Geburtstag unseres Bonner Grundgesetzes feiern. Mit den selbstgemachten Videos für YouTube beschreiten wir dabei einen neuen zeitgemäßen Weg, um Jugendliche anzusprechen.“



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 28/09

13. April 2009

Kelber und Eisel: Verlässlichkeit statt Berliner Umzugsrituale

Vor zehn Jahren, am 19. April 1999, tagte der Deutsche Bundestag zum ersten Mal im umgebauten Berliner Reichstagsgebäude. Aus diesem Anlass erinnerten die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) daran, dass der Umzugsbeschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 nicht nur den Sitz des Parlaments nach Berlin verlegte, sondern auch ausdrücklich die „dauerhafte und faire Arbeitsteilung“ zwischen Berlin und Bonn festgelegt hat, die im Berlin-Bonn-Gesetz von 1994 festgeschrieben wurde:

„Wir haben keinerlei Verständnis für das Ritual von Berliner Kollegen aus allen Parteien, regelmäßig den Totalumzug der ganzen Regierung nach Berlin zu fordern. Im Umzugsbeschluss von 1991 heißt es wörtlich „dass Bonn auch nach dem Umzug des Parlaments nach Berlin Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleibt, indem insbesondere die Bereiche in den Ministerien und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden Charakter haben, ihren Sitz in Bonn behalten; dadurch bleibt der größte Teil der Arbeitsplätze in Bonn erhalten“.

Wir sind Bundestagspräsident Norbert Lammert dankbar, dass er jetzt noch einmal ausdrücklich daran erinnert hat, dass die knappe Berlin-Entscheidung „nur zustande gekommen ist, weil eine Aufgabenteilung vereinbart wurde, die damals keineswegs vorübergehend gemeint war.“ Wir sind mit dem Bundestagspräsidenten der Meinung, dass alle Beteiligten nun «Anspruch auf Verlässlichkeit bei Entscheidungen, die



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 – 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 28/09

13. April 2009

einmal getroffen worden sind» haben. Deshalb weisen wir die Berliner Umzugsrituale mit aller Schärfe und Deutlichkeit zurück.

Verantwortungslos und wider besseres Wissen falsch sind in diesem Zusammenhang die Äußerungen des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler Däke. Er ignoriert einfach, dass die Bundesregierung dem Haushaltsausschuss im letzten Jahr in detaillierten Bericht nachgewiesen hat, dass die konkreten Ausgaben, die jährlich durch die im Berlin-Bonn-Gesetz festgelegte Aufteilung der Regierungsstandorte entstehen, bei nur 8,8 Mio Euro liegen. Obwohl er Däke diesen Bericht kennt, täuscht er die Öffentlichkeit immer wieder mit falschen Zahlen.

Würde er tatsächlich die Interessen der Steuerzahler vertreten, müsste Herr Däke vehement gegen diejenigen zu Felde ziehen, die einen Totalumzug befürworten. Der Berlin-Umzug vor zehn Jahren hat rund 10 Mrd Euro gekostet. Er betraf das Parlament und etwa die Hälfte der Mitarbeiter der Bundesregierung. Selbst wenn man für den von manchen geforderten „Totalumzug“ nur die Hälfte dieser Summe - also 5 Mrd € - ansetzen würde, würden allein die Zinsen für einen „Totalumzug“ jährlich bei ca. 200 Mio € liegen. Im Vergleich zu den jährlichen Ausgaben von 8,8 Mio Euro spart der Steuerzahler also über 190 Mio Euro im Jahr, weil es keinen Totalumzug gibt.*

General-Anzeige
15.04.2003

Erneute Debatte über Bonn/Berlin

Ex-Minister: Alle
Ministerien an die Spree

BONN/BERLIN. „Verlässlichkeit statt Berliner Umzugsrituale“: Diesen Appell richteten die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) an ihre „Berliner Kollegen aus allen Parteien, die regelmäßig den Totalumzug der ganzen Regierung nach Berlin fordern“. Vor dem Hintergrund, dass vor zehn Jahren, am 19. April 1999, der Bundestag erstmals im Reichstagsgebäude tagte, erinnerten sie an den Umzugsbeschluss vom 20. Juni 1991, in dem es heißt, dass „Bonn auch nach dem Umzug des Parlaments nach Berlin Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleibt, indem insbesondere die Bereiche in den Ministerien und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden Charakter haben, ihren Sitz in Bonn behalten; dadurch bleibt der größte Teil der Arbeitsplätze in Bonn erhalten.“

Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) sagte gestern vor dem Hintergrund, dass die meisten Mitarbeiter seiner Behörde in Bonn tätig seien: „Eine Konzentrierung auf den Amtssitz Berlin würde sicherlich zu mehr Effizienz unserer behördeninternen Kommunikation beitragen.“ Sein Amtsvorgänger Michael Naumann (SPD) plädiert dafür, dass alle in Bonn tätigen Mitarbeiter der Neumann-Behörde „wie alle anderen Ministerien in Bonn nach Berlin umziehen sollten“, alles andere wäre „unverständliche Nostalgie“. ly/dpa

General-Anzeige 15.04.03

■ Der Bundestag hat den Bonner Abgeordneten **Stephan Eisel** (CDU) in das Kuratorium des **Deutschen Historischen Museums** in Berlin gewählt. „Ich freue mich sehr über die Wahl,“ erklärte Eisel. Da das Deutsche Historische Museum das Schwestermuseum des Bonner Hauses der Geschichte sei, würden sich, so Eisel weiter, interessante Synergieeffekte für Bonn ergeben. me

Express 16.04.03

Schlamm Schlacht in der CDU: Ortsverband contra Parteichef

Von MARION STEEGER

Bonn – Eine Schlamm-
schlacht tobt in der Bonner
CDU. Seit Monaten werden
fleißig anonyme Briefe ver-
schickt, wird dabei über ei-
nen Bonner CDU-Politiker
heftig Gölle ausgeschüttet.

Es geht um Herbert Kaupert
(49), Schatzmeister des
CDU-Kreisverbands und CDU-
Kandidat für den Rat.

Hauptberuflich ist Herbert
Kaupert Rechtsanwalt in einer
Sozietät mit dem Kölner CDU-
Politiker Rolf Bietmann. Und
der hängt ja bekanntermaßen
in der Sparkassen-Affäre um
einen dubiosen Beratervertrag,
musste deshalb auf seine Bun-

destagskandidatur verzichten
(EXPRESS berichtete).

Als diese berufliche Ver-
quickung Bietmann/Kauptert
bekannt wurde, lancierten
„interessierte Kreise“ immer
wieder anonyme Hinweise,
dass Kaupert doch sicher was
mit der Affäre zu tun habe.

Kauptert dazu am 5. Februar
im EXPRESS: „Die Sozietät
ist nicht involviert. Ich habe
aus der Zeitung vom Biet-
mann-Beratervertrag erfah-
ren.“

Doch die bösen Attacken
gingen weiter – ganz offen-
sichtlich kamen sie von einem
Insider des Ortsverbands Dot-
tendorf/Gronau. Und der Vor-
stand dieses Ortsverbands setz-



Herbert
Kaupert, CDU



CDU-Parteichef
Axel Voss

te dem Ganzen jetzt die Krone
auf, forderte Herbert Kaupert
auf, seine Kandidatur für den
Stadtrat zurückzuziehen.

Perfide Begründung: „Aus-
drücklich erhebt der Vorstand
gegen Herrn Kaupert keinerlei
Vorwürfe. Es darf im übertra-
genen Sinne keine »Sippen-
haft« geben und die Affäre

Bietmann ist keine Affäre
Kaupert!“ Aber: Der politi-
sche Gegner könne das ja im
Kommunalwahlkampf so se-
hen.

CDU-Parteichef Axel Voss
ist geschockt über die
Schlamm Schlacht im Ortsver-
ein Dottendorf – und hilflos.
Zum EXPRESS: „Denen ist im
Moment einfach nicht zu hel-
fen! Ich finde zum Vorstand
keinen Zugang auf sachlicher
Ebene.“

Herbert Kaupert macht übr-
gens auf jeden Fall weiter: „Der
Parteichef, OB-Kandidat Dürig,
Fraktionschef Hauser und un-
ser Bundestagsabgeordneter
Eisel haben mich gebeten, zu
kandidieren.“



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 29/09

15. April 2009

Bundesweite „Tage der Musik“ als Chance für Bonn

Zur Teilnahme an den erstmals bundesweit ausgelobten „Tagen der Musik“ hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel die Bonner Musikschaaffenden aufgerufen: „Die Musikstadt Bonn sollte ganz vorne mit dabei sein, wenn in ganz Deutschland erstmals diese Aktion für die Musik stattfindet. Jeder – ob Profi oder Laie – kann mitmachen. Es soll ein Wochenende sein von Musikschaaffenden für Musikliebhaber und alle Menschen, die sich begeistern lassen wollen.“

Die Tage der Musik gehen auf eine Initiative des in Bonn beiheimateten Deutschen Musikrates zurück. Sie sollen am Wochenende 12. - 14. Juni 2009 in einer gemeinsamen Aktion bundesweit das Augenmerk auf die Musik richten. Laien und Profis aus Kultur- und Bildungseinrichtungen, wie Musikschulen, Schulen, Kindergärten, Orchester, Chöre oder Musikvereine sind aufgerufen, an diesem Wochenende zu zeigen, dass Deutschland auch Musikland ist. Eisel dazu: „Als Beethovenstadt ist Bonn ein wichtiges Zentrum dieses Musiklandes Deutschland. Deshalb sollten wir bei der Aktion mitmachen.“

Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, sich unter der Dachmarke „Tag der Musik“ mit einem gemeinsamen bundesweiten Logo zu präsentieren. Alle Veranstaltungen werden in einen nationalen Kalender aufgenommen. Außerdem lobt der Deutsche Musikrat einen Teilnehmerwettbewerb aus, dessen Gewinner in der bundesweiten Zeitschrift des Musikrates vorgestellt werden und eine Auftrittsmöglichkeit bei den Tagen der Musik nächstes Jahr in Berlin erhalten. Die Wettbewerbskategorien reichen von Kinderensembles bis hin zu interkulturellen Musikprojekten. Weitere Informationen und Anmeldungen zur Teilnahme finden sich unter www.tag-der-musik.de.

Wie Eisel mitteilte, hat er als Mitglied des Kulturausschusses im Deutschen Bundestag die Oberbürgermeisterin gebeten, die Musikeinrichtungen der Stadt Bonn auf die Aktion hinzuweisen und um Teilnahme zu bitten.

Bonn: Bonn-Berlin: Bundestagspräsident Lammert weist Forderungen nach einem Komplettumzug zurück

Geschrieben am Mittwoch 15 April 2009

(Bonner Wirtschaftsblog) - Bonn: Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert weist Forderungen nach einem Komplettumzug der Bundesregierung nach Berlin zurück. Er pocht in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur ddp auf die "Verlässlichkeit bei Entscheidungen, die einmal getroffen worden sind" und warnt vor "Vereinfachungen" in der Debatte. Die ohnehin knappe Entscheidung für das Umzug sei 1991 nur zustande gekommen, weil eine Aufgabenteilung vereinbart wurde, "die damals keineswegs vorübergehend gemeint war".

Eisel und Kelber danken Lammert

In einer gemeinsamen Pressemitteilung danken die beiden Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) dem Bundestagspräsidenten, dass er noch einmal ausdrücklich an den Umzugsbeschluss von 1991 erinnert, der die "dauerhafte und faire Arbeitsteilung" zwischen Berlin und Bonn festlegt, die 1994 im Berlin-Bonn-Gesetz fixiert wurde. "Deshalb weisen wir die Berliner Umzugsrituale mit aller Schärfe und Deutlichkeit zurück", so Eisel und Kelber.

Kehrtwende von Thierse

Die Totalumzugsforderungen von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse lösen in Bonn immer wieder Erstaunen aus. In einer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 1. Juli 1999, die unter dem Leitwort "50 Jahre Demokratie - Dank an Bonn" stand, ist im Wortprotokoll der Rede des damaligen Bundestagspräsidenten Thierse folgendes zu lesen: "Bonn bleibt Bundesstadt mit einer wohl einmaligen Vergangenheit und mit viel Zukunft. Ich bin mir bewusst, dass der Deutsche Bundestag zu dieser Zukunft einen Beitrag leisten kann, nämlich indem er die Zusagen einhält, die der Stadt gemacht worden sind. Ich sage ausdrücklich: Dank soll keine leere Formel bleiben, sondern wir stehen zu unseren Verpflichtungen. Herzlichen Dank an Bonn."

Was ist davon geblieben?

15.04.2009 www.bogk.org

BOGK-Treffen mit MdB Dr. Stephan Eisel, CDU/CSU



Am heutigen Mittag fand im Wahlkreisbüro des Bonner Bundestagsabgeordneten Herrn Dr. Stephan Eisel ein Informationsgespräch mit unserem Geschäftsführer Werner Koch statt. Hierbei wurden in erster Linie aktuelle wirtschaftliche Themen erörtert. Der BOGK stellte zudem erstmals die BOGK-Wahlforderungen (vgl. [Meldung vom 09.04.2009](#)) vor. Insbesondere vor dem Hintergrund dieser Wahlforderungen wird das Gespräch Ende Mai in Berlin fortgeführt. Bei dieser Gelegenheit werden die Wahlprüfsteine des BOGK auch an alle Bundestagsabgeordneten übergeben.

Bereits Ende diesen Monats wird die BOGK-Geschäftsführung die Wahlprüfsteine den EU-Parlamentariern zuleiten.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 30/09

17. April 2009

Eisel und Kelber erinnern Thierse

an sein persönliches Bonn-Berlin-Versprechen

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) haben Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse in einem gemeinsamen offenen Brief daran erinnert, dass er in einer Rede bei der letzten Bonner Parlamentssitzung 1999 ausdrücklich die Einhaltung der Zusagen versprochen hat, die Bonn im Umzugsbeschluß 1991 und im Berlin-Bonn-Gesetz 1994 gemacht worden sind. Dies stehe in völligem Widerspruch zu den Umzugsforderungen, die er heute erhebt. Der Brief der Abgeordneten hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Kollege Thierse,
zum wiederholten Mal haben Sie in diesen Tagen den Totalumzug der Bundesregierung nach Berlin gefordert.

Wir möchten Sie diesmal – nachdem es persönlich in der Vergangenheit schon geschehen ist - auch öffentlich an Ihre eigenen Worte als damaliger Präsident des Deutschen Bundestages in der letzten Sitzung des Deutschen Bundestages in Bonn am 1. Juli 1999 erinnern. Sie sagten damals ausweislich des Sitzungsprotokolls:

„Bonn bleibt Bundesstadt mit einer wohl einmaligen Vergangenheit und mit viel Zukunft. Ich bin mir bewusst, dass der Deutsche Bundestag zu dieser Zukunft einen Beitrag leisten kann, nämlich indem er die Zusagen einhält, die der Stadt gemacht worden sind. Ich sage ausdrücklich: Dank soll keine leere Formel bleiben, sondern wir stehen zu unseren Verpflichtungen.“

Sie selbst haben diesen "Zusagen" und "Verpflichtungen" im Umzugsbeschluß vom 20. Juni 1991 zugestimmt, in dem es wörtlich heißt, „dass Bonn auch nach dem Umzug des Parlaments nach Berlin Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleibt, indem insbesondere die Bereiche in den Ministerien und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden Charakter haben, ihren Sitz in Bonn behalten; dadurch bleibt der größte Teil der Arbeitsplätze in Bonn erhalten“. In diesem Beschluss wurde ausdrücklich die „dauerhafte und faire Arbeitsteilung“ zwischen Berlin und Bonn festgelegt, die das von Ihnen mit verabschiedete Berlin-Bonn-Gesetz dann 1994 festgeschrieben hat.

Der Glaubwürdigkeit in der Politik, die Ihnen wie uns am Herzen liegt, wäre es sicher zuträglich, wenn sich Ihre heutigen Äußerungen zum Thema Berlin-Bonn wenigstens noch in der Nähe Ihres damaligen Versprechens bewegen würden.“

Express 18.04.2009

Für Bonn: Eisel und Kelber gemeinsam

Bonn – Stephan Eisel (CDU) und Uli Kelber (SPD) sind politische Gegner. Für Bonn arbeiten die Bundestagsabgeordneten zusammen. Sie haben einen Brief verfasst, in dem sie Bundestagsvizepräsident Wolfgang

Thierse kritisieren. Er hatte für einen Komplett-Umzug der Regierung nach Berlin plädiert. Die Politiker erinnerten Thierse an das Bonn-Berlin Gesetz. Es regelt, dass Teile der Ministerien in Bonn bleiben.

Die Welt 18.04.2009

Bonn wehrt sich

Zu: „Thierse fordert Komplettumzug der Regierung“; WELT vom 14.4.

In Ihrer Berichterstattung und Kommentierung zum 10. Jahrestag des Berlin-Umzuges verschwiegen Sie leider, dass der Umzugsbeschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 nicht nur den Sitz des Parlamentes nach Berlin verlegte, sondern auch ausdrücklich die „dauerhafte und faire Arbeitsteilung“ zwischen Berlin und Bonn festgelegt hat. Es heißt in dem Umzugsbeschluss wörtlich, „dass Bonn auch nach dem Umzug des Parlaments nach Berlin Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleibt, indem insbesondere die Bereiche in den Ministerien und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden Charakter haben, ihren Sitz in Bonn behalten; dadurch bleibt der größte Teil der Arbeitsplätze in Bonn erhalten“. Bundespräsident Norbert Lammert hat zu Recht daran erinnert, dass die knappe Berlin-Entscheidung „nur zu-

stande gekommen ist, weil eine Aufgabenteilung vereinbart wurde, die damals keineswegs vorübergehend gemeint war“. Die Bundesregierung hat dem Haushaltsausschuss im letzten Jahr in einem detaillierten Bericht nachgewiesen, dass die konkreten Ausgaben, die jährlich durch die im Berlin-Bonn-Gesetz festgelegte Aufteilung der Regierungsstandorte entstehen, bei nur 8,8 Millionen Euro liegen. Der Berlin-Umzug vor zehn Jahren hat rund zehn Milliarden Euro gekostet. Er betraf das Parlament und etwa die Hälfte der Mitarbeiter der Bundesregierung. Selbst wenn man für den von manchen geforderten „Totalumzug“ nur die Hälfte dieser Summe – also fünf Milliarden Euro – ansetzen würde, würden allein die Zinsen für einen „Totalumzug“ jährlich bei circa 200 Millionen Euro liegen. Im Vergleich zu den jährlichen Ausgaben von 8,8 Millionen Euro spart der Steuerzahler also über 190 Millionen Euro im Jahr, weil es keinen Totalumzug gibt.

*Dr. Stephan Eisel, MdB –
Für Bonn im Bundestag, Berlin*

General-Anzeiger 18.11.19. 4. 09

Für die große Schüler-
Parlamentsdebatte des
General-Anzeigers am
23. Mai machen sieben
Schulen Politik im Bonner
Plenarsaal – und jeder ist
eingeladen, dabei zu sein

Angela Merkel besucht die Tomburg-Realschule in Rheinbach. Guido Westerwelle drückt in der Hauptschule Am Römerkastell die Schulbank. Und Peter Struck wird aus der Europaschule Bornheim entliehen: So sieht es aus, wenn am 23. Mai, dem 60. Jahrestag der Verabschiedung des deutschen Grundgesetzes, sieben Schulen aus Bonn und der Region im ehemaligen Plenarsaal in Bonn zur Schüler-Parlamentsdebatte des General-Anzeigers zusammen kommen.

Seit Wochen schon läuft die Vorbereitung in den sieben Klassen, die den Schüler-Bundestag bilden, auf Hochtouren. Das Thema der Debatte: Zukunft. Es geht um die Staatsverschuldung und darum, wo was warum eingespart werden kann, um zukünftige Schuldenberge zu vermeiden. Jede Schule wird vom passenden Bundestagsabgeordneten unterstützt. Und jeder kann dabei sein am Tag X, wenn der General-Anzeiger im Bonner Plenarsaal den Schülern die politische Bühne bereitet.

Tina Stommel

CDU

Rima Nemri hat Volker Kauder genau im Blick. Aber keine Sorge, das wird den CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzende nicht stören. Die Zehnklässlerin der **Bertolt-Brecht-Gesamtschule Bonn** verfolgt den Politiker lediglich auf Video und im Fernsehen. Grund: Rima ist demnächst Kauder. Ihre Mitschüler haben die 15-Jährige zur Vorsitzenden „ihrer“ CDU/CSU-Bundestagsfraktion gekürt. „Sie kann von allen am besten reden“, sagen sie.

Aber auch den Bonner Abgeordneten Stefan Eisel haben die Klasse und ihr Lehrer Klaus Eschweiler im Visier. Der Bonner Abgeordnete unterstützt die Schüler bei der Vorbereitung ihrer Reden zum Staatshaushalt. Und die wissen schon sehr genau, wo sie auf keinen Fall sparen würden. „An den Schulen!“

Lisa Inhoffen

General-Anzeiger 18./19.04.2009

Auferstanden aus Ruinen

Vor zehn Jahren tagte der Bundestag erstmals wieder in Berlin. An der Spree hat sich viel verändert, aber eines steht: der Berlin/Bonn-Vertrag

Von unseren Korrespondenten
Holger Möhle und Ulla Thiede

BERLIN. Gebaut wird noch immer. Ohne Pause, Tag und Nacht, Berlin werde nie fertig, Berlin bleibe eben eine Baustelle, heißt es in der Bundeshauptstadt - bei den echten Berlinern ebenso wie bei den Zugeresteten. Der märkische Sand, auf dem Teile der Hauptstadt gebaut sind, ist nun einmal eine besondere Herausforderung. Grundwasserspiegel absenken, das Wasser oberirdisch in gewaltigen Pipelines umleiten. An das Bild hatten sich Besucher und Residenten lange gewöhnt. „Die Mitte“, wie es so schön heißt, musste ja fertig werden.

Am Anfang war das Parlament. Der Bundestag bildete die Vorhut bevor die Ministerialen im Sommer 1999 nachzogen. Morgen vor zehn Jahren, am 19. April 1999, tagte der Bundestag an historischer Stätte erstmals im renovierten Gebäude des ehemaligen Reichstages. Der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) erinnert sich: „Es war wohl das, was man ein Geschichtsfühl nennt.“ Durch den Umzug des Bundestags nach Berlin sei „europäische Normalität wiederhergestellt“ worden: „Das nationale Parlament tagt in der wirklichen Hauptstadt“, sagte der erklärte Berlin-Berlinerworter Thier-

se dieser Tage der Zeitung „Das Parlament“.

Viel ist geschrieben worden vom Ende der Bonner Republik und dem Beginn der Berliner Republik. Aber erst einmal ist vor allem weitergebaut worden: Kanzleramt, Ministerien, Bundestagsgebäude, Hauptbahnhof. Zehn Jahre danach ist die Mitte Berlins, das Regierungsviertel, immer noch nicht fertig. Die so genannte Kanzler-U-Bahn, die den Hauptbahnhof mit der Haltestelle Bundestag verbindet und weiter zum Pariser Platz führt, ist gelegentlich Kullisse für Kulturaufführungen, fährt aber noch nicht. Auch am Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestages, in dem die Palastmensbibliothek untergebracht ist, eine Erweiterung mit zusätzlichen Büroräumen und Besprechungsräumen an.

An der Dorotheenstraße/Ecke Wilhelmstraße lässt der Bundestag einen ehemaligen Plattenbau in ein modernes Gebäude mit Glasfassade umbauen. Für das Bundesinnenministerium ist ebenfalls ein Neubau geplant, bei dem Bonner aufgepasst! - Büros für die derzeit noch gut 250 Bediensteten des Ministeriums am Rhein gleich umgebaut werden. Und schließlich lässt der Bundesnachrichtendienst (BND) auf einem Areal in Mitte neu bauen, um auch räumlich nahe am Ort der politischen

Entscheidungen zu sein. Nicht zu vergessen: Mit dem heftig diskutierten Abriss des Palastes der Republik musste auch ein Großsymbol der untergegangenen DDR weichen. Jetzt soll an seiner Stelle nach Plänen des italienischen Architekten Francesco Stella das Berliner Stadtschloss als „Humboldt-Forum“ wiederaufgebaut werden.

Damals, am 19. April 1999, sprach Parlamentspräsident Thierse unter der gewählten Glaskuppel des britischen Architekten Lord Norman Foster von einer „geradezu tragischen geschichtlichen Dialektik“, die sich mit dem Wechsel deutscher Politik von Bonn nach Berlin ergebe. Da hatte gerade die NATO im Kosovo mit deutscher Beteiligung eingegriffen. Thierse begründete beides, „die Wiederkehr eines gesamtdeutschen Parlamentes nach Berlin und der kriegerische Konflikt um das Kosovo haben eine gemeinsame Ursache: das Ende des Kommunismus.“

Bundestagler Gerhard Schröder (SPD) betonte damals: „Mit der heutigen Plenarsitzung endet ein weiteres Provisorium in der Geschichte unserer Republik.“ Das alte Reichstagsgebäude sei „bezugstauglich für den neuen Deutschen Bundestag“, freute sich Berlin-Berlinerworter Schäfer. Gleichwohl machen sich die Parlamentarier danach wieder auf den Weg nach Bonn - wo der Bundestag zunächst weiter tagte.

Dem in Berlin wurde, genau vorerst weiter gebaut. Erst im Oktober 2001 konnten Abgeordnete

und Mitarbeiter aus ihren provisorischen Büros in das neu eröffnete Paul-Lobe-Haus ziehen. Drei Monate später folgte der Bezug des ebenfalls für Abgeordnetenbüros geplante Jakob-Kaiser-Hauses. Die Bundestagsbibliothek im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, das demnächst erweitert wird, ist erst seit Ende 2003 in Betrieb.

Käseblocke oder nicht? Das politische Geschäft in Berlin läuft in jedem Fall nervöser, hektischer als in der schönen Stadt am Rhein mit den beliebten kurzen Wegen und dem schnellen Sprung in die Rheinaue. Jede Indiskretion wächst sich zur Tages-Nachricht aus oder wird gar zur Koalitions-krise hochgeschrieben. Das Geschäft mit der verderblichen Ware Nachricht ist unknapp. Zudem sind in der Lobbyisten-Liase des Bundestages mittlerweile 2.071 Verbände registriert, die die 612 Abgeordneten regrecht umzingeln. Die Lobbyisten wirken, wann immer sie können, auf die Gesetzgebung ein und organisieren dazu gerne parlamentarische

„Der große Auftritt hat die rheinische Bescheidenheit ersetzt“

schler Landesstatistik zwischen 1999 und Ende 2008 in die Hauptstadt umgezogen sind. Wer nicht dienstlich nach Berlin versetzt wird, kommt als Besucher an die Spree - früher oder später. Allein zwischen 2001 und Ende 2008 ist die Zahl der Gäste in Berlin von jährlich 4 637 000 auf 7 905 000 gestiegen.

In Berlin ist vieles größer. Ist es deshalb auch besser? FDP-Parteileitung und Fraktionschef Guido Westerwelle, selbst Bonner, beschreibt die Berliner Umrisse so: „Der große Auftritt hat die rheinische Bescheidenheit ersetzt.“ Auch SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber, Direktionskandidat aus Bonn, hat zehn Jahre nach dem Parlamentsumzug eine „größere Kurzatmigkeit“ im Trübel der Metropole ausgemacht. Kelber: „Wo früher ein oder zwei Mikrofone waren, sind heute 20 oder 25.“ Das Tempo ist so hoch, dass „mittlerweile aus Sitzungen per SMS berichtet“ werde.

Für Bonn-Berlinerworter Kelber, der ebenso wie CDU-Kollege Stephan Eisel die Interessen der Bundesstadt am Rhein in der Bundeshauptstadt an der Spree hochhält, ist es bis heute eine Mär der Berlin-Lobbyisten, dass die Politik 600 Kilometer östlich von Bonn

Bei solchen Anlässen treffen sich auch etwaige Bonner wieder, die nach Berlin-Brandenburg-

-2-

„näher an den Problemen der Menschen“ sei. „Alles Humbug“, sagt Kelber. Kanzler oder Kanzlerin stolperten bei ihren Wegen durch Berlin nicht über Drogenabhängige am Hauptbahnhof, trafen auf dem Weg zum nächsten Termin keine Arbeitslosen in Marzahn oder besuchten entlassene Beschäftigte abgewickelter Firmen in Neukölln. Das Regierungsviertel sei „auch in Berlin ein abgekapselter Raum, ein UFO“ - so wie es anderswo auch wäre.

CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer hat in zehn Jahren Berlin gleichfalls erfahren, dass die meisten Abgeordneten „die unmittelbare Rückkoppelung mit den Bürgern“ vor allem in ihren Wahlkreisen erleben. Verglichen mit den guten alten „Bonner Zeiten“ macht auch Ramsauer ein höheres Arbeitstempo in Berlin aus. Am Berlin/Bonn-Vertrag will Ramsauer, wie Kelber, Eisel und andere, nicht rütteln. Der CSU-Mann hat sich - ähnlich wie Kelber und Eisel - in Berlin davon überzeugen können, dass sich die Arbeitsteilung in der Praxis „bewährt“. Da mag der brandenburgische Wirtschaftsminister Ulrich Junghans (CDU) noch so sehr für den Komplettumzug der Flugbereitschaft von Köln/Bonn nach Berlin plädieren oder es für „völlig absurd“ finden, dass immer noch mehr Bundesbedienstete in Bonn als in Berlin arbeiten.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Norbert Röttgen, Direktkandidat aus dem Rhein-Sieg-Kreis, glaubt, dass die Bonner Jahre ohnehin die Blaupause für den Polit-Betrieb in Berlin vorgegeben haben. „Es gibt keine Uhrzeit, keinen Ablauf, keine Sitzung in Berlin, die nicht aus Bonner Zeiten stammt. Es ist gewissermaßen das Bonner Uhrwerk, nach dem die Politik in Berlin läuft.“ Damit Versprechen keine leere Formel bleiben, haben die Bonner Abgeordneten Kelber und Eisel Berlin-Lobbyist Thierse zum Jahrestag noch einmal vorsorglich an seine Rede vom 1. Juli 1999 in der letzten Sitzung des Bundestages in Bonn erinnert. Bonn bleibe Bundesstadt „mit einer wohl einmaligen Vergangenheit und viel Zukunft“, hatte Thierse beim Abschied vom Rhein getönt.

Mittlerweile wiederholt Thierse lieber seine Forderung vom Totalumzug der Regierung nach Berlin. Kelber und Eisel mahnen Thierse, dass es der Glaubwürdigkeit von Politik durchaus „zutraglich“ wäre, wenn sich seine heutigen Äußerungen zum Thema Bonn-Berlin „wenigstens noch in der Nähe“ seines damaligen Versprechens bewegen würden. Vertrag ist Vertrag. Um ihn zu ändern, müsste es erst einmal jemand wagen, eine Mehrheit zu organisieren. Und dazu hat bisher noch niemand den Finger gehoben.



Nicht alle haben das Ergebnis der Wahl akzeptiert: Probleme am ersten Tag

Berichte **oAStA** aus dem allgemeinen StudentInnenausschuss

Koalition aus RCDS, ULF und Re(h) stellt AStA - Wolfgang Schoop AStA-Vorsitzender

Erster RCDS-AStA seit 25 Jahren

Am Mittwoch (15. April) tagte zum zweiten Mal das im Januar neugewählte 31. Studentenparlament (SP). Spannendster Tagesordnungspunkt und unter anderem auch Grund dafür, dass der Bonner Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** der Sitzung beiwohnte: Es waren AStA-Wahlen angesetzt.

Nach Koalitionsverhandlungen, die sich über die kompletten Semesterferien zogen, kam es kurz vor der Sitzung zur Unterschrift unter einen Koalitionsvertrag zwischen dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), der 19 von 51 Sitze im Studentenparlament inne hält, der Unabhängigen Liste der Fachschaften (ULF), die über 9 Sitze verfügt und der Re(h)-Partei, die 2 Sitze mit in die Koalition bringt. Zuvor hatte die JusoHSG sich dagegen entschieden, in Verhandlungen mit diesen Listen einzusteigen.

Kandidat dieser Koalition für den AStA-Vorsitz war der 22-jährige VWL-Student **Wolfgang Schoop**. Von den anderen Hochschulgruppen wurde kein weiterer Kandidat vorgeschlagen. Nachdem **Wolfgang** die teilweise intensiven Fragen der Mitglieder des Studentenparlament beantwortet hatte, wurde er mit 30 Stimmen ins Amt gewählt. Nützlich gewesen wäre die Mehrheit der SP-Mitglieder, also 26 Stimmen. 20 SP-Mitglieder stimmten mit Nein.

Kurze Unruhe entstand, als Vertreter der - letztendlich unterlegenen - linken Hochschulgruppen mit vehementem Einsatz verhinderten, dass das SP-Präsidium eine Wahlkabine aufbauen konnte. Mit dieser sollte sichergestellt werden, dass auch wirklich jedes SP-Mitglied geheim abstimmen kann.

Als stellvertretenden Vorsitzenden schlug **Wolfgang** den 23-jährigen Politikwissenschafts-Studenten **David Heiser** vor. Dieser

ist Mitglied des RCDS und gehört seit Januar dem SP an. Er konnte nach seiner Vorstellungsrede 29 Stimmen auf sich vereinen.

Für das Finanzreferat schlug **Wolfgang** den 23-jährigen Jura-Studenten **Robert Lüdemann** vor. Dieser gehört der ULF an. Er war 2 Jahre lang Finanzreferent der Fachschaft Jura und als Mitglied des Haushaltsausschusses ist er mit den AStA-Finanzern ebenfalls bereits vertraut. Auch er bekam 29 Stimmen.

Bei der Wahl für den Verwaltungsrat des Studentenwerkes gab es drei Bewerber auf zwei Plätze: **Philipp Grünboge**, der in der Wohnheimselbstverwaltung aktiv ist, **Pascal Becker**, der vom RCDS vorgeschlagen wurde und **Till Rütten**, der von der JusoHSG vorgeschlagen wurde. Die bisherigen studentischen Verwaltungsräte gehörten beide der JusoHSG an. Gewählt wurde **Philipp** mit 28 Stimmen und **Pascal** mit 26 Stimmen. **Till** bekam 19 Stimmen.

Unbedingt diskutieren und abstimmen wollten die SP-Mitglieder dann noch mehrere Finanzanträge der Fachschaften, einen Finanzantrag des Sportreferats zu einem Trampolin, sowie einen Antrag von **Gregor Wächbecker**, der vorsieht, dass sämtliche Satzungen und Geschäftsordnungen um das Studentenparlament noch einmal redaktionell zusammengefasst werden, um Neueinsteigern den Zugang zu vereinfachen. Alle diese Anträge wurden mit breiter Mehrheit angenommen.

Pünktlich, wenige Minuten vor Mitternacht, schloss SP-Sprecher **Philipp Büsch** die Sitzung.

Die weiteren AStA-Referenten wurden vom neuen AStA-Vorsitzenden **Wolfgang** ernannt. Sie müssen auf der nächsten SP-Sitzung noch bestätigt werden.

Mitteilung des AStA-Vorsitzenden Herausforderung angenommen

Seit knapp einer Woche bin ich im Amt und noch fressen Übergangsschwierigkeiten einen Großteil der Energie und des Einsatzes des AStA-Teams. Doch was auch wahrscheinlich am meisten interessiert ist, was unsere Ziele für das nächste Jahr sind. Ich will diese kurz für euch skizzieren:

Eine starke Studentenvertretung

Wir wollen den Bonner Studentinnen und Studenten eine starke Vertretung insbesondere gegenüber den Gremien der Universität sein. Die wichtigste Aufgabe eines AStA ist, zur Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen beizutragen. Das ist unser wesentlichster Arbeitsschwerpunkt.

Letztendlich können wir nur dann überzeugen, wenn es uns gelingt klarzumachen, dass die Forderungen, die wir stellen nicht die einiger wenige sind. Sondern die aller Studentinnen und Studenten und die sämtlicher ihrer Vertreter. Deswegen werden wir eng mit den Fachschaften und den studentischen Gremienvertretern zusammenarbeiten. Wir werden diese vor allem auch in die Entscheidungsfindung einbinden.

Wir werden das Service-Angebot deutlich erweitern! Jede Studentin und jeder Student, die oder der ein Problem hat oder in Not ist, wird im AStA einen Ansprechpartner finden. Wir werden wissen, wo Hilfe gefunden werden kann oder wir werden sie selber leisten.

Wir sind fest davon überzeugt, dass ihr das Recht habt, vollständig zu erfahren, was der AStA mit euren Beiträgen veranstaltet. Deswegen werden wir sämtliche unserer Dokumente auf der in der Entstehung befindlichen neuen Website veröffentlichen. Wir werden aber auch das Finanzgebaren des letzten Jahre einer Wirtschaftsprüfung unterziehen.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 31/09

20. April 2009

Noch freie Plätze bei Berlin-Reisen

Noch einige freie Plätze bei politischen Informationsreisen nach Berlin bietet der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel interessierten Bürgerinnen und Bürgern an: „Ich möchte es möglichst vielen Bonnern ermöglichen, die Arbeit des Bundestages kennen zu lernen und einen Blick hinter die Kulissen des politischen Berlins zu werfen. Selbstverständlich stehe ich in Berlin auch zu einem Gespräch über meine Arbeit für Bonn im Deutschen Bundestag zur Verfügung.“

Wie Eisel mitteilte haben bisher fast 1000 Bonner das Angebot genutzt. Wegen der großen Nachfrage werden jetzt als letzte Möglichkeit in dieser Legislaturperiode drei zusätzliche Termine angeboten, und zwar am 15.-17. Mai 2009, 19.-21. Juni 2009 und 03.-05. Juli 2009.

Der Teilnehmerbeitrag von 199,- € beinhaltet einen dreitägigen Besuch in Berlin, die An- und Abreise in einem modernen Fernreisebus, zwei Übernachtungen im Doppelzimmer eines gehobenen Hotels inkl. Frühstücksbuffet, eine dreistündige Sightseeing-Tour mit persönlichem Stadtführer, zwei Mittagessen und ein Imbiss sowie den Besuch des Deutschen Bundestages und der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Einzelzimmer und Eintrittskarten zu kulturellen Veranstaltungen werden gegen Aufpreis angeboten. Die Reisetermine liegen zwischen März und Juli 2009.

Detaillierte Informationen erhalten Sie unter www.stephaneisel.de oder im Wahlkreisbüro von Stephan Eisel, Markt 10-12, Tel. 184 99 832



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 32

21. April 2009

Laschet hält Wort gegenüber Bonn

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat sich bei dem nordrhein-westfälischen Landesminister Armin Laschet für die Entscheidung bedankt, im August diesen Jahres eine zweite große Konferenz für Entwicklungspolitik in Bonn auszurichten: „Damit hält die Landesregierung Wort gegenüber dem Nord-Süd-Zentrum Bonn. 2007 hat das Land die erste Entwicklungskonferenz mit großem Erfolg in Bonn durchgeführt. Damals hat Armin Laschet versprochen, dass eine solche Konferenz alle zwei Jahre in Bonn stattfinden wird.“

Die „2. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik“ wird am 27./28. August 2009 im World Conference Center (WCC) stattfinden. Erwartet werden wie vor zwei Jahren vor allem Gäste aus Afrika und ca. 500 nationale und internationale Experten und Entscheidungsträger. Das Konferenzthema „Neue Impulse für die Entwicklungszusammenarbeit der Länder, Regionen und Kommunen“ greift einen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zur Entwicklungspolitik der Länder vom Oktober letzten Jahres auf.

Eisel, der im Europaausschuss des Deutschen Bundestages Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für europäische Entwicklungspolitik ist, lobte ausdrücklich, dass „Nordrhein-Westfalen die entwicklungspolitische Meinungsführerschaft unter den Bundesländern übernommen hat. Die Landesregierung nutzt dabei die Kompetenz des Nord-Süd-Zentrums Bonn und leistet mit der Konferenz zugleich einen Beitrag dazu, das entwicklungspolitische Profil Bonns in der internationalen Expertengemeinschaft zu schärfen“. Veranstalter der 2. Bonner Entwicklungskonferenz ist das zuständige Landesministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) und der KfW- Entwicklungsbank.

Süddeutsche Zeitung 22.04.09

Die B-Frage

Die Aufgabenteilung zwischen Bonn und Berlin spart Kosten

Zum Beitrag „Berlin ohne Bonn“ vom 15. April schreiben Leser:

In Ihrer Berichterstattung und Kommentierung zum 10. Jahrestag des Berlin-Umzuges verschwiegen Sie leider, dass der Umzugsbeschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 nicht nur den Sitz des Parlamentes nach Berlin verlegte, sondern auch ausdrücklich die „dauerhafte und faire Arbeitsteilung“ zwischen Berlin und Bonn festgelegt hat.

Es heißt in dem Umzugsbeschluss wörtlich, „dass Bonn auch nach dem Umzug des Parlaments nach Berlin Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleibt, indem insbesondere die Bereiche in den Ministerien und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden Charakter haben, ihren Sitz in Bonn behalten; dadurch bleibt der größte Teil der Arbeitsplätze in Bonn erhalten“.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hat zu Recht daran erinnert, dass die knappe Berlin-Entscheidung „nur zustande gekommen ist, weil eine Aufgabenteilung vereinbart wurde, die damals keineswegs vorübergehend gemeint war“. Die Bundesregierung hat dem Haushaltsausschuss im vergangenen Jahr in einem sehr detaillierten Bericht nachgewiesen, dass die konkreten Ausgaben, die jährlich durch die im Berlin-Bonn-Gesetz festgelegte Aufteilung der Regierungsstandorte entstehen, bei lediglich 8,8 Millionen Euro liegen. Der Berlin-Umzug vor zehn Jahren hingegen hat rund zehn Milliarden Euro gekostet. Er betraf das Parlament und ungefähr die Hälfte der Mitarbeiter der Bundesregierung.

Selbst wenn man für den von manchen geforderten „Totalumzug“ nur die Hälfte dieser Summe – also fünf Milliarden Euro – ansetzen würde, würden allein die Zinsen für diesen „Totalumzug“ jährlich bei ungefähr 200 Millionen Euro liegen. Im Vergleich zu den jährlichen Ausgaben von 8,8 Millionen Euro spart der Steuerzahler also mehr als 190 Millionen Euro pro Jahr, weil es keinen Totalumzug gibt.

MdB Dr. Stephan Eisel
Bonn

Schaufenster 22.04.09

Tage der Musik sollen auch in Bonn steigen

Wettbewerb auch für Bonner: Deutschland

Bonn (mt). Zur Teilnahme an den erstmals bundesweit ausgetragenen „Tagen der Musik“ hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel die Bonner Musikschaaffenden aufgerufen: „Die Musikstadt Bonn sollte ganz vorne mit dabei sein, wenn in ganz Deutschland erstmals diese Aktion für die Musik stattfindet. Jeder kann mitmachen. Es soll ein Wochenende sein von Musikschaaffenden für Musikliebhaber und alle Menschen, die sich begeistern lassen wollen.“

„Die Tage der Musik gehen auf eine Initiative des in Bonn beheimateten Deutschen Musikrates zurück. Sie sollen am Wochenende 12. bis 14. Juni in einer gemeinsamen Aktion bundesweit das Augenmerk auf die Musik richten. Laien und Profis aus Kultur- und Bil-

dungseinrichtungen, wie Musikschulen, Schulen, Kindergärten, Orchestern, Chören oder Musikvereinen sind aufgerufen, an diesem Wochenende zu zeigen, dass Deutschland auch Musikland ist.

Alle Veranstaltungen werden in einen nationalen Kalender aufgenommen. Außerdem lobt der Deutsche Musikrat einen Teilnehmerwettbewerb aus, dessen Gewinner in der bundesweiten Zeitschrift des Musikrates vorgestellt werden und eine Auftrittsmöglichkeit bei den Tagen der Musik nächstes Jahr in Berlin erhalten. Die Wettbewerbskategorien reichen von Kinderensembles bis hin zu interkulturellen Musikprojekten. Weitere Informationen und Anmeldungen zur Teilnahme finden sich online unter www.tag-der-musik.de.

General-Anzeiger

20.04.2009

„Zusagen einhalten“

Eisel und Kelber kritisieren Thierse

BONN. Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) haben Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) in einem gemeinsamen Brief daran erinnert, dass er in einer Rede bei der letzten Bonner Parlamentsitzung am 1. Juli 1999 ausdrücklich die Einhaltung der Zusagen versprochen hat, die Bonn im Umzugsbeschluss 1991 und im Berlin-Bonn-Gesetz 1994 gemacht worden sind. Dies stehe in völligem Widerspruch zu den Umzugsforderungen, die er heute erhebt.

Thierse sagte damals: „Bonn bleibt Bundesstadt mit einer wohl einmaligen Vergangenheit und mit viel Zukunft. Ich bin mir bewusst, dass der Deutsche Bundestag zu dieser Zukunft einen Beitrag leisten kann, nämlich indem er die Zusagen einhält, die der Stadt gemacht worden sind. Ich sage ausdrücklich: Dank soll keine leere Formel bleiben, sondern wir stehen zu unseren Verpflichtungen.“ Kelber und Eisel: „Der Glaubwürdigkeit in der Politik wäre es sicher zuträglich, wenn sich Thierse heute Äußerungen zum Thema Berlin-Bonn wenigstens noch in der Nähe seines damaligen Versprechens bewegen würden.“ ly

Express 25.04.2009

Preisträger Havel signierte mit Herz

Verleihung im Museum König

Ein Vorreiter war er immer schon: **Václav Havel** war der erste frei gewählte Präsident seines Landes nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Er war der erste tschechische Präsident, der bis zum Ende des Mandats im Amt blieb. Und seit gestern ist er der allererste Preisträger des internationalen Demokratiepreis Bonn. Der wurde im Museum-König verliehen. „Ich freue mich sehr, dass ich der Allererste bin“, erklärte Havel. „Hoffentlich werde ich das Schicksal dieses bedeutenden Preises zum Besten beeinflussen.“

Die Laudatio hielt Außenminister **Frank-Walter Steinmeier**, der Havel einen „ganz großen der Europäischen Demokratiebewegung“ nannte.

Den Preis übergab DW-Intendant **Erik Bettermann**. Ebenfalls dabei: OB **Bärbel**

Dieckmann, Ex-Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**, die Bonner Bundestagsabgeordneten **Stephen Eisel** und **Ulrich Kelber**. Vor der Verleihung trug sich Havel übrigens ins „goldene Buch“ des Museums ein – und malte ein kleines rotes Herz neben seinen Namen.



Václav Havel (l.) trägt sich mit grünem Filzstift ins goldene Buch ein, Bärbel Dieckmann, Museumsdirektor Wolfgang Wägele und DW-Intendant Erik Bettermann (v.l.n.r.) sehen zu.

Foto: Erhard Paul

Bonner Rundschau 27.04.09

Politiker bestätigen Bonner Dienstsitz

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung betreut weiterhin die Bauangelegenheiten des Bundes

BONN. Gute Nachricht aus Berlin für Bonn: Alle Bauangelegenheiten des Bundes werden weiter durch das Bonner Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) betreut. Nach Auskunft der Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) hat der Rech-

nungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestags diesen Vorschlag von Bundesminister Wolfgang Tiefensee (SPD) in seiner Sitzung am Freitag bestätigt. „Damit sind alle Versuche interessierter Kreise, die einheitliche Bauverwaltung des Bundes zu zerschlagen, genauso gescheitert wie Bestre-

bungen einzelner Abgeordneter, das Bundesamt nach Weimar und Berlin zu verlagern“, freuen sich Eisel und Kelber. Die beiden Abgeordneten bedankten sich bei Tiefensee, der den Erhalt der Bonner Behörde gegen alle Widerstände durchgesetzt habe, und beim Prüfungsausschuss. (EB)

>>> 26.03.2005

PRESSEDIENST

CDU/CSU-Fraktion

Börnsen/Eisel: Einheit in Vielfalt als Markenzeichen Europäischer Kulturpolitik

Anlässlich der Debatte im Deutschen Bundestag zur Kulturpolitik in und für Europa erklären der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Börnsen (Bönstrup) MdB und der zuständige Berichterstatter Dr. Stephan Eisel MdB:

Europa ist mehr als ein politischer Interessenverband oder eine Freihandelszone. Das Europa, das wir wollen, ist vor allem eine Werte- und Kulturgemeinschaft. Es steht für die Achtung vor der Würde des Menschen, der Verpflichtung auf die Idee der freiheitlichen Demokratie und dem Respekt vor der kulturellen Vielfalt der Völker und der Freiheit eines jeden Einzelnen.

Die kulturellen Leistungen Europas haben alle Zerrissenheit, alle schrecklichen Irrwege und europäischen Bürgerkriege überdauert. Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor für Europa und bestimmt sein Bild in der Welt. Vor allem aber stellt sie für jeden einzelnen Menschen eine Bereicherung seines Lebens und die Chance zur Persönlichkeitsbildung dar.

Uns Europäer werden immer sowohl nationale Besonderheiten als auch das gemeinsame europäische Erbe prägen. Die Kraft Europas liegt in dem fruchtbaren Spannungsverhältnis zwischen Einheit und lebendiger Vielfalt.

Umso wichtiger ist der kulturelle Austausch in der Europäischen Union und die Stärkung der kulturellen Dimension der europäischen Einigung. Deshalb ist es richtig, dass der Deutsche Bundestag die Europäische Union auffordert, ihrer Verantwortung für den europäischen Kulturaustausch in höherem Maße als bisher gerecht zu

werden und dafür einen angemessenen Budget-Anteil des EU-Haushalts zur Verfügung zu stellen.

Kern einer europäischen Kulturpolitik sollte die Anerkennung und Förderung von Vielfalt sein. Sie ist ein klassisches Feld für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Die Nationalstaaten und ihre Gebietskörperschaften müssen in ihrer Entscheidung, was sie in der Kultur fördern, autonom bleiben. Zugleich erwarten wir eine Stärkung der Zivilgesellschaft. Dazu gehört die Vereinfachung der Antragsmodalitäten und Abrechnungsmechanismen im Bereich der Kulturförderung auf EU-Ebene.

Das gemeinsame Bewusstsein der kulturellen Dimension Europas kann z. B. durch die Etablierung eines europäischen Labels europäischer Kulturstätten, ein besseres europäisches Netzwerk der nationalen Akademien der Künste, eine Initiative zur Schaffung einer Europäischen Kulturstiftung und die Aufwertung des jährlich vergebenen Europäischen Filmpreises gestärkt werden.

Begrüßenswert ist auch, dass der Bundestag sich für ein EU-Programm für die Geschichtsregionen einsetzt, die durch Krieg und Vertreibung zum Kulturerbe mehrerer Völker und Europas insgesamt geworden sind. Unterstützung verdient auch der Vorschlag des Europäischen Parlaments, am Sitz der Europäischen Institutionen in Brüssel einen Ort zu schaffen, der unsere Erinnerung an die europäische Geschichte und das europäische Einigungswerk gemeinsam pflegt.

Ein wichtiges Zukunftsprojekt sehen wir darin, als „Stimme Europas“ ein weltweit wahrnehmbares Medium, wie Rundfunk oder Fernsehen, aufzubauen, das mit erkennbarem europäischen Profil die globalen Entwicklungen begleitet und in dem die Vielfalt der kulturellen Sphären Europas zum Ausdruck kommt.

Mit seinem Beschluss zur Europäischen Kulturpolitik zieht der Deutsche Bundestag auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erste konkrete Konsequenzen aus dem Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 33

27. April 2009

Konjunkturmittel für 5 Bonner Bahnhöfe

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, profitieren fünf Bahnhöfe in der Bundesstadt von den 300 Mio Euro, die der Bund bis 2011 aus seinen Konjunkturprogrammen zusätzlich für die Modernisierung und Sanierung von Bahnhöfen ausgibt: „Wir sind mit den Bahnhöfen in Bad Godesberg, Beuel, Duisdorf, Mehlem und Oberkassel dabei. In allen fünf Bahnhöfen werden die Informationssysteme für Fahrgäste verbessert, am Godesberger und am Mehlemer Bahnhof wird auch der Wetterschutz verbessert.“ Die bereits beschlossenen Mittel für den Bonner Hauptbahnhof sind davon unberührt.

Das vom Bundesverkehrsministerium und der Bahn verantwortete „Sonderprogramm Personenbahnhöfe“ hat mit den kommunalen Konjunkturmitteln, die Bonn vom Bund erhält, nichts zu tun. Das Sonderprogramm ermöglicht Maßnahmen, die auch über die bereits beschlossenen normalen Bahnhofsinvestitionen hinausgehen. Eisel unterstrich, dass die Zusatzmaßnahmen ganz direkt den Bahnkunden zugute kommen: „So werden in allen fünf Bonner Bahnhöfen künftig neben den Lautsprecherdurchsagen moderne Schriftanzeigen über die Abfahrtszeiten und Fahrplanveränderungen informieren. In Bad Godesberg und Mehlem wird der Wind- und Regenschutz verbessert. Am Beueler Bahnhof wird die längst überfällige Verbesserung der Beleuchtung zur besseren Sicherheit vorgenommen.“

Eisel hofft, dass die entsprechenden Arbeiten zügig beginnen, denn es gehe darum durch das Konjunkturprogramm Arbeitsplätze zu sichern: „Das zusätzliche Bundesgeld ist also nicht nur eine gute Nachricht für die Bahnkunden, sondern auch für Handwerk und Mittelstand in Bonn.“

General-Anzeiger

27. 04. 2003

Baubehörde bleibt in Bonn

Kelber und Eisel:
Verlegung ist gescheitert

BERLIN/BONN. Gute Nachricht aus Berlin für Bonn: Alle Bau-Angelegenheiten des Bundes werden weiterhin gebündelt und betreut durch das Bonner Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Nach Auskunft der Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) hat der Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestags diesen Vorschlag von Bundesminister Wolfgang Tiefensee (SPD) in seiner Sitzung am Freitag bestätigt.

„Damit sind alle Versuche interessierter Kreise, die einheitliche Bauverwaltung des Bundes zu zerschlagen, genauso gescheitert wie Bestrebungen einzelner Abgeordneter, das Bundesamt nach Weimar und Berlin zu verlagern“, teilten Eisel und Kelber gestern mit. Die beiden Abgeordneten bedanken sich bei Tiefensee, der den Erhalt der Bonner Behörde gegen alle Widerstände durchgesetzt habe, und den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses.

Im Vorfeld der Debatte gab es auch Überlegungen, weitere Bauaufgaben in das Auswärtige Amt zu verlagern; diesem Ansinnen stand auch der Bundesrechnungshof skeptisch gegenüber. Der Ausschuss erinnerte an das in der Koalitionsvereinbarung verankerte Ziel einer einheitlichen Bauverwaltung des Bundes. In einem Papier des Rechnungshofes heißt es dazu: „Der Aufbau einer eigenen Bauabteilung im Auswärtigen Amt würde zwangsläufig zu einem Verlust von Synergien und einem kostenträchtigen Personalaufwuchs und/oder zusätzlichen Aufwendungen für externe Dienstleister führen.“

General-Anzeiger 27.4. 03

Entwicklungs-Konferenz in Bonn

Ende August werden rund 500 Teilnehmer aus dem In- und Ausland erwartet

BONN. Der Konferenzstandort Bonn ist um eine weitere Tagung reicher. Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) mitteilte, findet am 27. und 28. August im World Conference Center die „2. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik“ statt. „Damit hält die Landesregierung Wort gegenüber dem Nord-Süd-Zentrum

Bonn“, sagte Eisel. „Im Jahr 2007 hat die Landesregierung die erste Entwicklungskonferenz mit großem Erfolg in Bonn durchgeführt“, führte er weiter aus.

Damals hatte Armin Laschet, Nordrhein-Westfalens Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integrationen, gesprochen, dass eine solche

Konferenz alle zwei Jahre in Bonn stattfinden sollte, so Eisel weiter.

Zu der kommenden Konferenz in Bonn werden rund 500 Teilnehmer aus dem In- und Ausland erwartet. Geplant wird unter dem Motto „Neue Impulse für die Entwicklungszusammenarbeit der Länder, Regionen und Kommunen“.

GA 27.4.09



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 34

29. April 2009

Kanzlerin freut sich über Bonner Verfassungsfest

Nach Auffassung von Bundeskanzlerin Angela Merkel ist Bonn besonders geeignet, um den Geburtstag des Grundgesetzes zu feiern. Das sagte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel zu Beginn des Jubiläumsmonats Mai: „Die Kanzlerin sieht die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland untrennbar mit Bonn verbunden. Deshalb beteiligt sich der Bund ganz bewusst mit wesentlichen Beiträgen am Bonner Verfassungsfest vom 22-24. Mai. Angela Merkel hat mir gesagt, dass die Bundesregierung damit die Bedeutung Bonns als Geburtsstätte des Grundgesetzes unterstreichen will. Bonn bleibe als langjährige Bundeshauptstadt ein wichtiges Symbol für den demokratischen Neuanfang und die politische Stabilität in Deutschland.“

Eisel hat seit langem immer wieder darauf gedrängt hat, dass Bonn beim Verfassungsjubiläum eine wichtige Rolle spielt. Unter anderem wird auf seine Initiative hin der Deutsche Bundestag am 7. September wieder Bonn tagen. Der Bonner Abgeordnete zeigte sich sehr zufrieden mit dem Bonner Veranstaltungsangebot zum Verfassungsjubiläum „An 22 Veranstaltungsorten von der Villa Hammerschmidt bis zum Museumsplatz finden am Verfassungswochenende um den 23. Mai weit über 100 Veranstaltungen statt. Damit liegen wir klar vor Berlin.“

Der Bund ist an den Feierlichkeiten wesentlich beteiligt, u. a. mit dem von Eisel angeregten 1. Bundes-Bigband-Festival, einer „Langen Nacht der Demokratie“, vielfältigen Angeboten des Hauses der Geschichte und der Bundeskunsthalle und dem Infomobil des Deutschen Bundestages. Nach Eisels Angaben wird demnächst eine Programmbroschüre vorliegen, die die Stadt mit Unterstützung des Bundespresseamtes herausgibt: „Es hat etwas gedauert, bis es alle begriffen haben: Inzwischen sieht jeder, welche große Rolle der Grundgesetz-Geburtstag in allen Medien spielt und welche Chance für Bonn damit verbunden ist.“

General-Anzeiger 29.04.2003

Kräftige Zwischenrufe sind erlaubt

Der Abgeordnete Eisel bereitet seine „CDU“ aus der Brecht-Gesamtschule auf die GA-Schülerparlamentsdebatte vor

Von Lisa Inhoffen

BONN. Stephan Eisel ist höchst zufrieden. „Das werden sie schon gut machen“, ist der Bonner CDU-Bundesabgeordnete gestern Morgen nach einem Besuch in der Bertolt-Brecht-Gesamtschule (BGG) von seiner „CDU“ überzeugt. Seine „CDU“. Das sind die SchülerInnen und Schüler der Klasse 10.2 am BGG. Seit Wochen bereiten sie sich mit ihrem Lehrer Klaus Eschweiler auf die Schülerdebatte des General-Anzeigers im ehemaligen Plenarsaal anlässlich 60 Jahre Bundesrepublik vor. Ihre Aufgabe: Mit den anderen „Fraktionen“ müssen sie über ein Gesetz abstimmen, nach dem der Bundestag künftig nur noch so viel Geld ausgeben darf wie er an Steuern einnimmt. Schulden machen ist also tabu.

„Keine lechre Kost“, lobt Eisel die eifrige Schülerschaft, die schon gleich zu Beginn seines Besuchs ihre erste Lektion lernt: Wenn im Parlament der Gong ertönt und der Bundestagspräsident den Saal betritt, erheben sich alle Abgeordneten von ihren Plätzen, sagt Eisel. Und weil in dem Moment die Schulglocke läutet, folgen ihm selbstverständlich alle in der Klasse aus Wut. Auch der Klassenlehrer und Schulleiter Ulrich Sahnke, der sich diese ungewöhnliche Unterrichtsstunde nicht entgehen lassen will.

Jede Menge Fragen hat die 10.2 für ihren „Paten“ Stephan Eisel vorbereitet. Ob man sparen könne, wenn man die Gehälter der Politiker kürzt?, lautet eine. „Logischerweise ja“, antwortet Eisel und lacht. Darin wird er wieder



Auch der Spaß kommt bei der Vorbereitung mit Stephan Eisel auf den großen Auftritt der Klasse 10.2 bei der Schülerparlamentsdebatte im ehemaligen Plenarsaal nicht zu kurz. FOTO: BARBARA FROMMANN

ernst und bemüht sich um eine sachliche Antwort. Ihm wäre am liebsten, nicht mehr der Bundestag selbst entscheide über die Erhebung der Diäten der Abgeordneten, sondern man koppelte sie an die Richtergehälter.

Ist es gerecht, die Lasten der Schulden auf die junge Generation zu verfallen? Warum werden auch in diesem Jahr wieder so viele Schulden gemacht? Und: Warum die teuren Konjunkturpakete? Fragen über Fragen, die Eisel mit viel Geduld, Sachkompetenz und, wie die Schüler hinterher finden, erstaunlicher Offenheit beantwortet. Die Kostenverteilung etwa, sagt er, sei bei dem Schuldenberg eigentlich nicht verantwortlich gewesen. Mit diesem Spannungsverhältnis

müssten sich die Politiker indes ständig auseinandersetzen. Er nennt das Beispiel Abwrackprä-



60 Jahre
Bundesrepublik
Deutschland

mie. „Du geben wir viel Geld zur Konsumsperre aus, das ihr aber einmal zurückzahlen müsst.“

Tipps parat: „Bleib in der Debatte stets sachlich.“ Kräftige Zwischenrufe seien durchaus erlaubt, „aber bitte keine persönlichen Verleumdungen“. Und noch etwas gibt Eisel den Jugendlichen mit auf den Weg: „Ein Vorschlag ist nicht deshalb falsch, weil er von einer anderen Partei kommt.“

Nach gut zwei Stunden verabschiedet er sich von den Schülern, die sichtlich angehen von dem doch recht lebhaften Lehrstunde sind. „Der ist echt locker“, lobt Martin Stagnier (16) den Politiker. Spontan lädt Eisel die Klasse, die bereits von einem Besuch im Berliner Reichstag kennt, in sein Wahlkreisbüro Am Markt ein. „Da gibt es viele Elektrofirmen“, sagt er mit vielversprechendem Blick.

Die Debatte

Klassen von sieben Schulen aus Bonn und der Region bilden bei der großen GA-Schülerparlamentsdebatte am Samstag, 23. Mai, von 11 bis 14 Uhr im ehemaligen Plenarsaal das Parlament und die Regierung. Die Debatte ist offen für jedermann, der Eintritt ist frei. Um Anmeldung wird gebeten. Willkommen sind auch Vertreter von Schülerzeitungen, denn nach der Debatte gibt es die obligatorische „Bundespresskonferenz“ mit der Schülerkammer und den Fraktionen. Anmeldungen an die GA-Chefredaktion unter ☎ 0228/66 88 402, oder Email: chefredaktion@ga-bonn.de

Bonner Rundschau

30.04.2009

ZWISCHENRUF

Umzugshilfe

DIETER BRÖCKSCHNIEDER
zum CDU-Kandidaten Christian Dürig



Wenn Christian Dürig, der CDU-Kandidat für das Oberbürgermeisteramt, die Wahl gewinnt, wird er vom Stadthaus aus die Stadt regieren. Das Alte Rathaus, in dem jetzt der Schreibtisch von OB Bärbel Dickmann (SPD) steht, solle nur noch für Repräsentationszwecke genutzt werden. Grund des Umzugswunsches: Zwischen dem Stadthaus am Berliner Platz und dem Alten Rathaus am Markt gingen zu viele Informationen „auf Wanderschaft, da bleibt zu viel auf der Strecke“.

Dürig hat das so ähnlich zuerst in einem Interview mit dem „Express“ gesagt, und schon damals in Bonn dafür Kopfschütteln geerntet. Da diese Meinung aber noch auf seiner Homepage steht, scheint der CDU-Mann sie weiter für gut zu halten.

Nur: Das, was er an Reibungsverlusten zwischen Stadthaus und Rathaus ausgemacht haben will, sehen alle die, die schon immer für Berlin als alleinigen Regierungssitz in

Deutschland sind, auch zwischen Hauptstadt und Bundesstadt. Beamte fliegen scheinbar unnütz zwischen beiden Städten hin und her, in Bonn sieht Dürig sie auf der Sternstraße rennen.

Wieso soll denn die Aufteilung der Bundesverwaltung mit jeweils rund 10 000 Arbeitsplätzen auf zwei Standorte klappen, wenn es schon in der Zusammenarbeit zwischen zwei Häusern in einer relativ kleinen Stadtverwaltung nicht rund läuft? Dabei sind es zwischen Stadthaus und Markt nur ein paar Hundert Meter, zwischen Berlin und Bonn aber über 600 Kilometer.

Man kann nur hoffen, dass die Wowerits und Kahrs' und Däkes, die in schöner Regelmäßigkeit „Alles muss nach Berlin!“ rufen, Dürigs Internetseite nicht lesen. Wenn doch, werden sie sich bestimmt bedanken für diese Umzugshilfe eines Mannes, der sich anschickt, Bonner OB zu werden.

Ihre Meinung an: bonn@kr-redaktion.de

Bonner Rundschau 30.04.2009

SPD erwartet Zweikampf von Nimptsch und Dürig

Umrage der Sozialdemokraten ergab: Die anderen vier Oberbürgermeisterkandidaten spielen keine Rolle

BONN. Die Bonner SPD geht davon aus, dass es bei der Oberbürgermeisterwahl (bislangiges Datum: 30. August) einen Zweikampf zwischen ihren Kandidaten Jürgen Nimptsch und dem CDU-Bewerber Christian Dürig geben wird. Das schließt sie aus einer Umfrage, die der „Europapressedienst“ Bonn im Auftrag der Partei durchgeführt hat.

Wie Unterbezirksvorsitzender Ernesto Harder auf Anfrage mitteilte, seien 1006 Bonnerinnen und Bonner befragt worden, welchen Oberbürgermeisterkandidaten sie kennen. Danach nannten 65 Prozent

den Namen Nimptsch, 55 Prozent Dürig, 27 Prozent den FDP-Mann Werner Hummrich, 22 Prozent Peter Finger von den Grünen, 10 Prozent Bernhard Wimmer vom Bürgerbund Bonn und 6 Prozent den Linken Michael Faber. Mehrfachnennungen waren möglich. Die Analyse der SPD: Es gibt ein Duell zwischen Dürig und Nimptsch.

Diese Einschätzung wurde laut Harder durch die „Sonntagsfrage“ („Welchen Oberbürgermeisterkandidaten würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahltag wäre?“) bestätigt. Danach hätten 48,5 Prozent ihr Kreuz bei



Jürgen Nimptsch, Kandidat der SPD. (Foto: Böschmeyer)



Christian Dürig, Kandidat der CDU. (Foto: Kloot)

zischen Jürgen Nimptsch und Christian Dürig.

Auch bei der nächsten Frage schnitten die Sozialdemokraten nach Mitteilung des Vorsitzenden gut ab. Gefragt nach der Bekanntheit der Bundestagsabgeordneten, sagten 53,7 Prozent, sie kennen Ulrich Kelber (SPD), 43,1 Prozent kennen Stephan Eisel (CDU). Der Bonner Abgeordnete, FDP-

Vorsitzender Guido Westerwelle, wurde wegen seiner bundesweiten Präsenz bei dieser Frage außen vor gelassen. Harders Schlussfolgerung: „Wir glauben, dass wir bei den Wahlen die Favoriten stellen.“ (dbr)

len, aber die Entscheidung trifft der Wähler.“

Als Topthemen bei der Kommunalwahl wünschten die Befragten 1. Persönlichkeit des Spitzenkandidaten, 2. Bildungspolitik und 3. Stadtentwicklung. Gesamtschuldirektor Nimptsch seien die Attribute „charismatisch“ und „sympathisch“ verliehen worden.

Den Einwand, dass derjenige, der eine Umfrage bezahlt, auch die Antworten bekommt, die er wolle, lässt Harder nicht gelten: „Die Meinungstestdiene der Orientierung, wo wir mit unserem Kandidaten stehen.“ (dbr)

General-Anzeiger
29. 4. 2003

(SF/JW).- Noch einige freie Plätze bei politischen Informationsreisen nach Berlin bietet der Bonner Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** interessierten Bürgern an: „Ich möchte es möglichst vielen Bonnern ermöglichen, die Arbeit des Bundestages kennen zu lernen und einen Blick hinter die Kulissen des politischen Berlins zu werfen. In dieser Legislaturperiode sind noch Termin und zwar am 15.-17. Mai, 19.-21. Juni und 3.-5. Juli. Detaillierte Informationen erhalten Sie unter www.stephaneisel.de oder im Wahlkreisbüro von Stephan Eisel, Markt 10-12, Tel. 184 99 832.

Express
27.4. 2009

Als Mitarbeiter von Kanzler Helmut Kohl war ich am 9. November im Büro, als wir vom Fall der Mauer erfuhren. Wir haben Kohl sofort in Warschau angerufen, alle Fernseher angeschaltet.

Dr. Stephan Eisel (53),
CDU-MdB, Bonn

General-Anzeiger
30. 4. 2003

Nimptsch ist bekannter als Dürig

OB-Rennen scheint ein Zweikampf zu werden

BONN. Welcher Oberbürgermeister-Kandidat hat bei der Kommunalwahl die Nase vorne? Die SPD hat zur Standortbestimmung eine repräsentative Umfrage unter 1 006 Befragten in Auftrag gegeben und fühlt sich durch das Ergebnis bestätigt, dass es „ganz klar“ einen Zweikampf zwischen Jürgen Nimptsch (SPD) und Christian Dürig (CDU) geben wird, sagte SPD-Parteichef Ernesto Harder dem GA. Demnach war 65 Prozent der Befragten Nimptschs Namen bekannt, bei Dürig waren es 55 Prozent. Auf den Plätzen dahinter Werner Hümmrich (FDP/27 %), Peter Finger (Grüne/22 %), Bernhard Wimmer (Bürger Bund Bonn/10 %) und Michael Faber (Linke/6 %). Die Mehrheit der Befragten habe sich noch nicht entschieden, wen sie wählen will. Von der Minderheit, die sich bei der Sonntagsfrage bereits entschieden habe, würden 48,5 Prozent Nimptsch und 32,7 Prozent Dürig wählen; abgeschlagen dahinter Finger (9,2 %), Hümmrich (6,5 %), Wimmer und Faber (je 1,5 %). Bei den Themen, die für die Wähler entscheidend sind, rangieren Persönlichkeit der Kandidaten, Bildungspolitik und Stadtentwicklung ganz vorne, so Harder. Für ihn steht damit fest: Die SPD stellt mit Nimptsch den Favoriten und kann selbstbewusst ins Rennen gehen. Auch bei den Bundestagskandidaten liege die SPD besser: Ulrich Kelber (SPD) werde von 53,7 der Befragten gekannt, Stephan Eisel von 43,1 Prozent. Keinen Namen konnten 35,8 Prozent der Befragten nennen. kf

General-Anzeiger
5. 5. 2009

Namen und Notizen

■ Bundespräsident **Horst Köhler** hat den Bonner Bundestagsabgeordneten **Stephan Eisel** (CDU) als stellvertretendes Mitglied in den Stiftungsrat des Jüdischen Museums in Berlin berufen. Eisel teilte mit, dass er dazu einen persönlichen Brief erhalten habe. „Ich freue mich über diese Berufung sehr. Es ist für das Selbstverständnis unseres Landes existenziell, das jüdische Leben in Deutschland zu erforschen und darzustellen. Mit dem Museumsbau des amerikanischen Architekten Daniel Libeskind ist dafür auch ein herausragender Ort geschaffen“, so Eisel. bve



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 35/09

04. Mai 2009

Bundespräsident beruft Eisel

Bundespräsident Horst Köhler hat den Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel als persönlich stellvertretendes Mitglied in den Stiftungsrat des Jüdischen Museums in Berlin berufen. Eisel teilte mit, dass er in der letzten Woche dazu einen persönlichen Brief des Bundespräsidenten erhalten habe: „Ich freue mich über diese Berufung sehr. Es ist für das Selbstverständnis unseres Landes existenziell, das jüdische Leben in Deutschland zu erforschen und darzustellen. Mit dem Museumsbau des amerikanischen Architekten Daniel Libeskind ist dafür auch ein herausragender Ort geschaffen.“

Das Jüdische Museum Berlin ist als eine bundeseigene Stiftung des öffentlichen Rechts organisiert und verzeichnete seit seiner Eröffnung 2001 über vier Millionen Besucher. Eisel wurde zur Berufung in den Stiftungsrat durch die Bundesregierung vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten zum persönlichen Stellvertreter der brandenburgischen Kultusministerin Johanna Wanka berufen. Der Stiftungsrat besteht aus sieben Mitgliedern und sieben Stellvertretern. Neben Eisel gehört ihm nur ein weiterer Bundestagsabgeordneter an.

Schon vor wenigen Wochen war Eisel vom Deutschen Bundestag als einer von fünf Abgeordneten in das Kuratorium des Deutschen Historischen Museums (DHM) gewählt worden. Das Schwestermuseum des Bonner Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland befasst sich mit der deutschen Geschichte bis 1945: „Ich halte die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte für sehr wichtig. Wer nicht weiß, woher wir kommen, wird auch den richtigen Weg in die Zukunft nicht finden. Bei den damit verbundenen Aufgaben hilft mir übrigens sehr, dass ich beim Nestor der deutschen Politikwissenschaft und Zeitgeschichte Professor Karl-Dietrich Bracher an der Bonner Universität studieren durfte und sehr viel bei ihm gelernt habe.“



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 36/09

5. Mai 2009

Abstimmung über IRENA-Sitz am 29. Juni Bonn im Wettbewerb mit Wien, Kopenhagen und Abu Dhabi

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion macht sich nachdrücklich für die Ansiedlung der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) in Bonn stark. Das unterstrichen der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel und der entwicklungspolitische Sprecher der Unionsfraktion Dr. Christian Ruck im Blick auf die anstehende Abstimmung im Sommer: „Die Unionsfraktion sieht die UN-Klimahauptstadt Bonn als bestens geeignet, die Agentur schnell einsatzbereit zu machen. IRENA kann zu Zeiten der Wirtschafts- und Klimakrise von doppeltem Nutzen für uns sein: Wenn sie die Entwicklungsländer klug berät, wie sie ihre Energieversorgung auf die Erneuerbaren Energien umstellen, ist dem globalen Klima und der lokalen Entwicklung dieser Länder geholfen; wenn die Agentur deutsche Unternehmen praxisnah berät, wie sie passende Angebote für Entwicklungsländer aufstellen können, ist der deutschen Export-Wirtschaft geholfen.“

Nach Eisels Angaben haben zum Ablauf der offiziellen Bewerbungsfrist neben Bonn auch Wien, Kopenhagen und Abu Dhabi ihre Bewerbungen um den Agentur-Sitz eingereicht. Die Bewerbungen werden von einem Komitee gesichtet, dem unter dem Vorsitz von Südkorea auch Chile, Griechenland, Marokko und Nigeria angehören. Die Entscheidung soll am 29./30. Juni bei einer Konferenz im ägyptischen Sharm El Sheikh fallen. Nach der Tagesordnung ist die Abstimmung für den 29. Juni 2009 um 14 Uhr vorgesehen.

Abstimmungsberechtigt sind inzwischen 78 Staaten, die IRENA beigetreten sind - zuletzt Indien, das demnächst bevölkerungsreichste Land der Erde. Eisel erwartet, dass die Bundesregierung jetzt intensiv um eine Mehrheit für Bonn wirbt: „Das wird nicht einfach, denn der Wettbewerb ist hart. Aber Deutschland hat ein sehr gutes und plausibles Angebot für die Ansiedlung in Bonn vorgelegt.“ Falls Bonn den Zuschlag erhält, ist die Ansiedlung des Sekretariats in der ehemaligen NRW-Landesvertretung neben dem früheren Kanzleramt vorgesehen.

Bonner Rundschau 7.05.2007

Bonn feiert das Grundgesetz

Zahlreiche Veranstaltungen rund um den 23. Mai - „Lange Nacht der Demokratie“

Von DIETER BROCKSCHNIEDER

BONN. Bundeskanzlerin Angela Merkel freut sich über das Bonner Verfassungsfest - dabei ist sie gar nicht dabei, wenn am 23. Mai in der Bundeshauptstadt der 60. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes gefeiert wird. Merkel wählt an diesem Tag in Berlin den Bundespräsidenten, und auch Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann wird sie im Reichstag treffen. Auch die ist Wahlfrau in der Bundesversammlung und beim großen Event in ihrer Heimatstadt nicht dabei.

„Rheinish, fröhlich, ohne Pachos“ soll es in Bonn zugehen. Vom 21. bis 24. Mai stehen die Themen Demokratie, Freiheit und Einheit im Mittel-

punkt, beim traditionellen Museumsmellenfest an vier Tagen, am Verfassungstag selbst, bei der „Lange Nacht der Demokratie“, dem Bundes-Bigband-Festival sowie einem Tag der offenen Tür in politischen Gebäuden und ihren Parks im Bundesviertel. Rund 50 Institutionen haben an 20 Orten 120 Veranstaltungen vorbereitet.

Als die OB gestern in der Villa Hammerschmidt, dem Bonner Dienstsitz des Bundespräsidenten, zusammen mit anderen Organisatoren das Programm vorstellte, erinnerte sie an wichtige Daten, die sich in 2009 jähren: 60 Jahre Bundesrepublik, die „erfolgreichste Demokratie in der deutschen Geschichte“, 20 Jahre Fall der Mauer, der auch in Bonn bejubelt wurde - und für die Stadt doch Konsequenzen hatte: Im Juni 1991 fasste der Bundestag den Berlin-Beschluss, der 1999 umgesetzt wurde: Parlament und Teile der Bundesregierung zogen nach Berlin. Dieckmann „Das feiern wir nicht direkt, aber auch das gehört zu unserer Geschichte“.

Einige Beispiele aus dem Programmkatalog:

» Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist untrennbar mit Bonn verbunden. «

ANGELA MERKEL
Bundeskanzlerin

Museumsmellenfest

Zum 15. Mal laden die Häuser an der Museumsmeile vom 21. bis 24. Mai zum Besuch ein. Das Motto heißt: „Kultur, Comedy, Demokratie“. So gibt es im Deutschen Museum eine Zeitreise in 60 Jahre Bundesrepublik. Das Kunstmuseum lockt Kinder, verschiedene Drucktechniken kennen zu lernen. Das Haus der Geschichte bittet zum „Gipfeltreffen der Karikaturisten“. In der Bundeskunsthalle wird ein „Markt der 1000 Möglichkeiten“ aufgebaut. Dazu sind die aktuellen Ausstellungen geöffnet.

„Nacht der Demokratie“

Die „Lange Nacht der Demokratie“ ist die Gelegenheit für alle Bürger, auf unkonventionelle Weise politische Bildung zu erleben - und zwar an Orten, an denen das Grundgesetz entstanden ist. Kündigte Thomas Krüger, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, den nächsten Event an. Von 18 Uhr bis 4 Uhr morgens laden Podien, Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen zum Mitmachen ein. Das Angebot reicht von einem Jugendparlament - von Krüger

als „das Schwarzbrot der politischen Bildung“ bezeichnet - im ehemaligen Bundesrat über Filmvorführungen, einen Quizshow, einer Aktionsmeile in der Kurt-Schumacher-Straße, der Puppenshow „Hurra Deutschland“ bis zur Tanzparty im Pantheon.

Offene Türen

Wenn in Berlin das neue Staatsoberhaupt gewählt wird, findet in der Villa Hammerschmidt von 11 bis 20 Uhr ein Tag der offenen Tür (Thema: „Freiheit, Einheit, Demokratie“) statt. Auf einer Großleinwand wird die Wahl live übertragen, in dem Pausen erinnern die Journalisten Geert Müller-Gerbes, einst Sprecher von Bundespräsident Gustav Heinemann, und Dieter Jepsen-Föge, ehemaliger Chefredakteur des Deutschlandfunks, an die bewegte Geschichte der Villa. Die Besucher (Personalausweis nicht vergessen!) können die Repräsentationsräume, Staatsschenkensche und Orden besichtigen.

Bundes-Bigband Festival

Das könnte Kult werden: Das 1. Bundes-Bigband-Festival versammelt vom 22. bis 24. Mai hochklassige Jazzensembles

auf dem Museumsplatz. Das Bundesjazzorchester, die WDR-Bigband oder Peter Herbolzheimer „Master Class“ und „Grey Hair Convention“ spielen auf Eingeladen hat sie auf Initiative des Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel der Deutsche Musikrat. Mit von der Partie sind auch die Bigbands der Uni und der Musikschule und das Landesjazzorchester Herbolzheimer leitet im Friedrich-Ebert-Gymnasium einen Workshop mit Schüler-Combos. Die Konzerte (Eintritt frei) finden an drei Abenden auf dem Museumsplatz statt. Sollte das Festival ein Erfolg werden, soll es jährlich oder alle zwei Jahre stattfinden, kündigte Peter Ortman vom Musikrat an.



www.bonn.de

INFO-HEFTE

Mit 250 000 Flyern wirbt die Stadtverwaltung in der Stadt und der Region für die Veranstaltung zum 60-jährigen Bestehen des Grundgesetzes. Das Programmheft (Auflage: 40 000 Stück) legt an vielen öffentlichen Stellen aus. Im Internet kann es unter www.bonn.de aufgerufen werden.

Am 7. September kommt der Bundestag in Bonn zu einer Sonder-sitzung zusammen. Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) sagt, das sei seine Initiative gewesen. (dbr)

Premiere für das Bundes-Big-Band-Festival

Spitzenorchester und Nachwuchsmusiker unterhalten das Publikum auf der Museumsmeile

BONN. International renommierte und lokal bekannte Big Bands sorgen über drei Tage hinweg für reichlich lebendige Jazzorchestermusik zwischen den Museen der Museumsmeile. Denn dort findet das „1. Bundes-Big-Band-Festival Bonn“ vom 22. bis 24. Mai auf dem Bonner Museumsplatz statt und begleitet musikalisch die aktuellen Feierlichkeiten zum Jubiläum „60 Jahre Grundgesetz“ sowie die zeitlich laufende Wahl des Bundespräsidenten. Ein großer Workshop für Jugend-Big-Bands unter der Leitung von Peter Herbolzheimer rundet das Programm ab.

Das Festival geht zurück auf eine Initiative des Bundestagsabgeordneten Dr. Ste-

phan Eisel und steht unter der Trägerschaft des Deutschen Musikrats in Kooperation mit der Bundeskunsthalle und der Stadt Bonn.

Top-Big-Bands wie das Bundesjazzorchester (Bjazz), die WDR-Big-Band und Peter Herbolzheimers „Master Class“ werden auf diesem Ziel zum ersten Mal in einem Festival vereint. Die in Bonn geschätzten und gebildeten Big Bands der Musikschule und der Universität sind mit von der Partie sowie das Landesjugendjazzorchester NRW mit einem letzten Publikumsprogramm. Für zahlreiche Jugend-Big-Bands aus Bonn und Umgebung wird vom Deutschen Musikrat ein großer Workshop mit Unterricht und

Proben eingerichtet, den Peter Herbolzheimer leiten wird. Dessen Ergebnisse sind am frühen Samstagabend auf dem Museumsplatz zu hören.

Die kostenlosen Konzerte finden an drei Abenden auf dem Museumsplatz statt. Am Freitag 22. Mai beginnt der Abend um 17.45 Uhr mit einem Konzert der Uni-Bigband unter der Leitung von Oliver Pesporch. Es folgt die WDR-Big-Band unter der Leitung von Michael Absent mit dem talentierten jungen Saxophonisten Italiens Francesco Caluso mit dem Programm „Caluso plays Parker“. Am Samstag wird der Saalbecker Tagsofter von der Kammerin Anka Zink begleitet. Um 15.45 Uhr präsentiert Peter Herbolzheimer

die Ergebnisse des Schüler-Workshops, bevor um 17 Uhr das Abendprogramm beginnt. Zunächst spielt die Big Band der Musikschule auf. Gegen 19 Uhr spielen Herbolzheimers Bands „Master Class“ und „Grey Hair Convention“, gefolgt von einem Quiz.

Die Matinee am Sonntag beginnt mit einem Konzert des Bjazzes mit dem Programm „Women in Jazz“, bei dem Musik von Komponistinnen präsentiert wird, von denen Julia Hulsmann (piano) und Menke Gooßmann (Saxofon) auch als Solistinnen das Programm gestalten. Den Abschluss des Festivals bildet das Landesjugendjazzorchester NRW unter der Leitung von Marco Lückner.

Maikönigspaar: Auftritt in Berlin



Eine tolle Überraschung erwartete das frischgebackene Graurheindorfer Maikönigspaar nach seiner Krönung – wie sollte es anders sein – natürlich bei strahlendem Sonnenschein: MdB Dr. Stephan Eisel lud Pierre I. (Lenz) und seine Maikönigin Jenni I. (Marx) samt Vorjahrespaar Alex I. (Vletzke) und Calara I. (Oehmen) zu einem Auftritt in Berlin ein. Für Pierre und Jenni ist es nicht das erste Mal, dass sie gemeinsam im Mittelpunkt stehen. Seit 2008 machen die frischgebackenen Tollitäten die Bühnen der Region als Gesangs-Duo „City Night“ mit einem Schlager- und Karnevalsprogramm unsicher.

Fahren nach Berlin: Pierre Lenz und seine Maikönigin Jenni Marx.

Express
6.5.2009

Zerredet nicht unser Festspielhaus



Intendantin und Abgeordneter warnen vor Schwarzmalerei

Von CHRISTOF ERNST

Bonn – Gerüchte schwirren durch die Stadt: Das Festspielhaus Beethoven wird zu teuer. Oder: Eines der drei geldgebenden Dax-Unternehmen ist auf dem Absprung. Oder: Der Stadt droht – nach den Problemen mit dem WCCB – ein zweites Finanz-Dilemma.

Jetzt sagen ein Politiker und eine Intendantin: Schluss damit! Zerredet unser Festspielhaus nicht. Dr. Stephan Eisel, CDU-Bundestagsabgeordneter

und dort Mitglied des Kulturausschusses, sagte dem EXPRESS: „Das Festspielhaus ist eine einmalige Chance für die Stadt. Wir müssen aber davon wegkommen, das sei nur ein lokales Ereignis. Nein, das neue Haus ist von nationaler Bedeutung.“

Deshalb stehe auch das finanzielle Engagement von Post, Telekom und Postbank, die den neuen Musentempel für 75 Millionen Euro bauen wollen, nicht zur Disposition. Eisel: „Die drei Firmen wollen der Stadt kein Geschenk ma-

chen. Das ist für die eine knallharte PR-Sache: Beethoven ist noch vor Goethe weltweit der bekannteste Deutsche und er ist in Bonn geboren, also wird hier das Festspielhaus gebaut.“

Im übrigen seien in den Architekten-Wettbewerb und andere Vorarbeiten schon rund eine Million Euro geflossen. Eisel: „Allein die zehn Entwürfe wurden jeweils mit 50 000 Euro honoriert.“

Ilona Schmiel, Intendantin des Beethoven-Festes, sagte in gleicher Deutlichkeit dem EXPRESS: „Wir

benötigen unbedingt ein Festspielhaus, das der einzigartigen weltweiten Bedeutung Beethovens gerecht wird und mit einem profildbildenden Konzept bespielt werden muss. Es wird uns mittelfristig nicht mehr gelingen, Spitzenensembles und Stars zu verpflichten, in der Beethovenhalle aufzutreten: Die Akustik und ihr maroder Zustand sind den Musikern und den Besuchern nicht zuzumuten.“

Doch trotz dieser Bekannnisse bleiben einige Fragen offen (siehe rechts).

Zwei kommen ins „Endspiel“

Frage: Bleiben die Final-Entwürfe im Finanz-Rahmen von 75 Millionen Euro?

Antwort: Eher nicht. Hermann B. Valentiny aus Luxemburg setzen ihren Entwurf mit 71,9 Mio. € an. Aber das Architekturbüro Speer, das mit einer Kostenanalyse beauftragt war, kommt auf 93 Mio. €! Ähnlich sieht's bei Arata Isozaki aus. Der setzte 71,6 Mio. € an, aber Speer errechnete 88,4 Mio. €. Bei Richard Meier stehen 85,9 Mio. €



Spektakulär: Der Entwurf aus Luxemburg

Baukosten an. Spannend wird die Sache bei der favorisierten Zahra Hadid:



85 Mio € soll der Bau von Richard Meier kosten.

Sie setzte die Kosten mit 101,9 Mio. € am höchsten an, wurde aber von Speer sogar heruntergerechnet auf 96 Mio. €.

Frage: Wird Anfang Juni ein Sieger gekürt?

Antwort: Nein. Es kommt zum Duell zwischen Isozaki und Hadid. Bei der Trainerin überzeugt der Gesamtbau, der Japaner hat aber den besseren Konzertsaal entworfen, sagen fast alle Experten.



Ins Finale kommt der Entwurf von Isozaki

Frage: Wäre der Erhalt der Beethovenhalle nicht günstiger?

Antwort: Nein. Die Halle kostet die Stadt jährlich 1,5 Millionen € an Unterhaltungskosten. In spätestens 8-10 Jahren wird eine Grundsanierung unumgänglich. Die würde rund 20 Mio. € kosten.

Frage: Was kommt auf die Stadt an jährlichen Kosten zu?

Antwort: Die Schätzungen schwanken zwischen 2,0 und 5,7 Mio. €. Stephan Eisel: „Die Stadt sollte nur direkt in den Stiftungsfonds einzahlen.“

General-Anzeiger

12.5.2003

Bewährter Pfeiler der Bundesrepublik

Wasserwerkgespräch zu 60 Jahren Grundgesetz

Von Daniel Klager

BONN. „Wir sind in guter Verfassung“, sagte Bernhard Vogel gestern Abend im alten Plenarsaal in Bonn. Der ehemalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen bescheinigte damit dem Grundgesetz eine gute Konstitution. Die Bedeutung der Grundlage der Bundesrepublik stand beim Wasserwerkgespräch der Konrad-Adenauer-Stiftung im Vordergrund der Podiumsdiskussion.

„Nie wieder sollte das passieren, was vorher war“, beschrieb Otto Depenheuer, Staatsrechtler an der Universität Köln, die Motivation, das Grundgesetz in den Jahren 1948/49 genauso so zu verfassen. „Der Krieg war gerade erst zu Ende, die Leute waren traumatisiert.“ Mit viel Sachverstand habe der Parlamentarische Rat die Artikel ausgearbeitet. „Unter diesen Umständen hätte es keine bessere, schönere, perfektere Verfassung geben können“, sagte Depenheuer. Obwohl sie eigentlich nur für den Übergang bis zur deutschen Einheit angelegt gewesen wäre, habe sie sich über die Jahrzehnte bewährt, gerade auch bei der Wiedervereinigung.

Eine der härtesten Proben für das Grundgesetz war für Ex-Ministerpräsident Vogel die Entführung von Hanns Martin Schleyer und des Lufthansa-Flugzeugs „Lands hut“ 1977. „Das war die schwierigste Prüfung und ein Verdienst der Regierung und aller Parteien, dass sie gemeinsam klar Position bezogen haben“, sagte Vogel.

Staatsrechtler Depenheuer hingegen sah die größte Gefährdung der Verfassung in etwas jüngerer

Vergangenheit. Nach dem 11. September 2001 habe die rot-grüne Regierung „respektabel“ gehandelt als sie per Gesetz der Abschluss von mit Zivilisten besetzten Passagiermaschinen im Notfall genehmigen wollte. Das Bundesverfassungsgericht erklärte das Luftsicherheitsgesetz aber 2006 für verfassungswidrig. Verteidigungsminister Franz Josef Jung habe trotzdem erklärt, er



Im früheren Bonner Plenarsaal: Bernhard Vogel (links) und Otto Depenheuer. FOTO: FROMMANN

würde den Abschussbefehl geben. „Das nenne ich eine Verfassungskrise“, sagte Depenheuer.

Zur Einführung in das Wasserwerkgespräch hatte der Historiker Andreas Rödder fünf Schlaglichter aus 60 Jahren Bundesrepublik formuliert, wie die Selbstverständlichkeit von Frieden und sozialer Absicherung oder die Problematik der kurzen Legislaturperioden. Diese Anregungen spielten bei der Podiumsdiskussion, an der auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel und die Politikwissenschaftlerin Ulrike Quadbeck teilnahmen, aber keine Rolle.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 – 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 37

13. Mai 2009

Bonner können Mitglied im Parlamentarischen Rat werden

Eine besondere Aktion anlässlich des Grundgesetzjubiläums hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel initiiert: „Wir werden am 19. Mai auf dem Münsterplatz die konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates nachspielen. Damit wollen wir die besondere Rolle Bonns als Geburtsstadt des Grundgesetzes feiern. Die Bonner sind herzlich eingeladen, dabei mitzumachen.“

Die 77 Mitglieder des Parlamentarischen Rates hatten sich am 1. September 1948 im Museum Koenig zu ihrer ersten Sitzung getroffen und bis Mai 1949 das Grundgesetz erarbeitet. Das Wortprotokoll der konstituierenden Sitzung soll auf dem Münsterplatz nachgesprochen werden. Dabei übernehmen prominente frühere Bundestagsabgeordnete die Rollen z. B. von Konrad Adenauer und Carlo Schmid. Ihre Mitwirkungen haben unter anderem zugesagt: Walter Althammer (CSU-MdB 1961 – 1985), Hans Daniels (CDU-MdB 1983 – 1990), Martin Grüner (FDP-MdB 1969 – 1994), Elfriede Klemmert-Hamelbeck (CDU-MdB 1957– 1961), Ursula Lehr (CDU-MdB 1990 – 1994), Franz Möller (CDU-MdB 1976 – 1994) und Heribert Scharrenbroich (CDU-MdB 1985 – 1994). Mit dabei sind außerdem der Bonner Landtagsabgeordnete Helmut Stahl, OB-Kandidat Christian Dürig und Europakandidat Axel Voss.

Interessierte Bürger können die Rolle von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates übernehmen. Die Aktion findet am Dienstag, den 19. Mai ab 16.30 Uhr auf dem Münsterplatz statt. Weitere Informationen sind erhältlich unter www.stephaneisel.de oder im Wahlkreisbüro von Stephan Eisel (tel. 0228 – 184 99832)



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 38

13. Mai 2009

Bonner Abgeordnete und Katja Dörner widersprechen hessischer Landespolitik

Heftigen Widerspruch der Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD), Stephan Eisel (CDU) sowie der Bundestagskandidatin Katja Dörner (Grüne) erntet die hessische Landespolitik für ihre wiederholte Forderung, die Bundesanstalt für die Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit 1.200 Mitarbeitern von Bonn nach Frankfurt zu verlegen. „Es gibt für einen solchen Umzug überhaupt kein Sachargument. Die Bankenaufsicht muss in ganz Deutschland tätig sein. Frankfurt bringt hier nicht nur keinen Standortvorteil, sondern einen Nachteil im Blick auf die Großbanken in Frankfurt: Kontrolleure und Kontrollierte sollten nicht am gleichen Ort sein. Das ist aus gutem Grund auch beim Bundesrechnungshof und dem Bundeskartellamt so geregelt. Außerdem ist es hochgefährlich, mitten in der Finanzkrise die Aufsichtsbehörde in einen monatelangen internen Organisationsaufwand zu treiben und die Abwanderung der besten Mitarbeiter zu riskieren. Schließlich ist die Banken- und Versicherungsaufsicht im Zusammenhang mit dem Berlin-Umzug von Berlin nach Bonn verlegt worden. So geht man nicht mit 1.200 Familien um. So geht man nicht mit Steuergeldern um“, kritisieren die Bonner Abgeordneten und Frau Dörner.

Die Fakten widersprechen dem Argument der hessischen Landespolitik, die BaFin müsse an den Standort Frankfurt: „95% der kontrollierten Banken sitzen nicht in Frankfurt, bei der in der BaFin integrierten Versicherungsaufsicht spielt Frankfurt überhaupt keine Rolle. Das die Arbeit in der Fläche wichtiger ist als die in Frankfurt, wird auch dadurch leicht ersichtlich, dass zwei Drittel aller Bundesbankmitarbeiter nicht in Frankfurt sind, bei den die Bankenaufsicht ausübenden Fachabteilungen ist der Anteil noch viel höher, der dezentral arbeitet. Wir lassen der hessischen Landespolitik den Versuch nicht durchgehen, den Eindruck zu erwecken, die weltweite Finanzkrise sei ausgebrochen, weil BaFin-Mitarbeiter nicht abends auf den gleichen Cocktail-Partys rumschleichen wie die Mitarbeiter der Frankfurter Großbanken. Das ist einfach lächerlich und im Hinblick auf Korruptionsbekämpfung sogar eine bedenkliche Einstellung“, so die Kelber, Eisel und Dörner.

Bonner Rundschau
14.5.2003

Nachspiel

DIETER BROCKSCHNIEDER
zu einer Idee Stephan Eisels

Der Bonner CDU-Abgeordnete Stephan Eisel hat sich eine pfiffige Idee zum 60. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes ausgedacht: „Wir werden am 19. Mai auf dem Münsterplatz die konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates nachspielen. Damit wollen wir die besondere Rolle Bonns als Geburtsstadt des Grundgesetzes feiern. Die Bonner sind herzlich eingeladen, dabei mitzumachen“, verkündete er gestern.

Die 77 Mitglieder des Parlamentarischen Rates hatten sich am 1. September 1948 im Museum Koenig zu ihrer ersten Sitzung getroffen und bis Mai 1949 das Grundgesetz beraten. Auf dem Münsterplatz soll das Wortprotokoll der Aufaktisierung nachgesprochen werden. Eisel hat dazu frühere Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU und FDP sowie örtliche Bonner CDU-Politiker als Rezipitoren gewonnen.

Das wirft natürlich Fragen auf. Zum Beispiel: Wer spricht den Konrad Adenauer, den Präsidenten des Parlamentarischen Rates? Vielleicht Eisel selbst, der ja immer wieder betont, er vertrete Adenauers Wahlkreis im Bundestag? Aber er ist in Landau/Pfalz geboren und dürfte sich schwer tun, Ade-

nauers rheinischen Singsang zu treffen. Vielleicht übernimmt Bonns Alt-OB Hans Daniels, auch er von 1983 bis 1990 MdB, die Rolle des Alten von Rhöndorf – sprachlich könnte er es.

Und wer spielt den Part des SPD-Verfassungsvaters Carlo Schmid, allein von der imposanten Figur her? Ganz schwierig dürfte es für die Christdemokraten aber werden, bei der Rollenverteilung einen zu finden, der den Max Reimann macht. Der war nämlich Kommunist und Vorsitzender der KPD-Gruppe im Rat. Bekannt geworden sind seine Worte zur Ablehnung des Grundgesetzes: „Wir unterschreiben nicht.“ Oder wer gibt Reimanns Genossen Heinz Renner, der sich unter anderem dafür eingesetzt hatte, das Verbot der Prügelstrafe im Grundgesetz zu verankern. Später im Bundestag erhielt er den ersten Ordnungsruf überhaupt, weil er Adenauer „verlogene Hetze“ vorgeworfen hatte.

Mag sein, dass Organisator Eisel auf interessierte Bürger zurückgreifen muss, die sich trauen, diese beiden Herren zu imitieren. Wer will: Anmeldungen sind unter (02 28) 18 49 98 32 möglich. Sitzungsbeginn ist um 16.30 Uhr.



Express 14.5.2003

Abgeordnete: BaFin muss in Bonn bleiben Umzug nach Frankfurt sei unsinnig

Bonn – Diese Einigkeit ist par-trübbergreifend: Die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) sowie die MDB-Kandidatin Katja Dörner (Grüne) schrieben scharf gegen die hessische Landesregierung. Die hatte gefordert, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) von Bonn nach Frankfurt zu verlegen.

Die drei Politiker: „Dafür gibt es überhaupt kein Sachargument.“ Ein Umzug in die Bankenstadt Frankfurt habe nur Nachteile, denn es sei nie gut, wenn Kontrollure und Kontrollierte am gleichen Ort sind. Effektivität zu gefährden.



Die Bonner Grünen-Kandidatin Katja Dörner

„Das ist aus gutem Grund auch beim Bundesrechnungshof und dem Bundeskartellamt so geregelt“, heißt es in der Erklärung von Kelber, Eisel und Dörner. Außerdem sei die BaFin gerade aus diesem Grund nach dem Berlin-Umzug von der Hauptstadt nach Bonn verlegt worden.

Die Hessen-Regierung argumentiert, die Verlagerung sei notwendig, weil sich in Frankfurt das Bankengeschäft konzentriere. Die drei Bonner halten dagegen, es sei gerade in der Finanzkrise „hochgefährlich“, die BaFin durch einen aufwendigen Umzug in ihrer Effektivität zu gefährden.

General-Anzeiger
14.5.2009

„Eine bedenkliche Einstellung“

Kritik an Forderung nach BaFin-Umzug

BONN. Heftigen Widerspruch der Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD), Stephan Eisel (CDU) sowie der Bundestagskandidatin Katja Dörner (Grüne) erntet die hessische Landespolitik für ihre wiederholte Forderung, die Bundesanstalt für die Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit 1 200 Mitarbeitern von Bonn nach Frankfurt zu verlegen. „Es gibt für einen solchen Umzug überhaupt kein Sachargument. Die Bankenaufsicht muss in ganz Deutschland tätig sein. Frankfurt bringt hier nicht nur keinen Standortvorteil, sondern einen Nachteil im Blick auf die Großbanken in Frankfurt: Kontrolleure und Kontrollierte sollten nicht am gleichen Ort sein. Das ist aus gutem Grund auch beim Bundesrechnungshof und dem Bundeskartellamt so geregelt“, teilen die Politiker mit. Außerdem sei es „hochgefährlich, mitten in der Finanzkrise die Aufsichtsbehörde in einen monatelangen internen Organisationsaufwand zu treiben“. Sie erinnern daran, dass die Banken- und Versicherungsaufsicht im Zusammenhang mit dem Berlin-Umzug von Berlin nach Bonn verlegt worden war. Im Zusammenhang mit den BaFin-Umzugsforderungen kritisierten sie: „So geht man nicht mit 1 200 Familien um. So geht man nicht mit Steuergeldern um.“

Kelber, Eisel und Dörner wollen „nicht den Versuch der hessischen Landespolitik durchgehen lassen, den Eindruck zu erwecken, die weltweite Finanzkrise sei ausgebrochen, weil BaFin-Mitarbeiter nicht abends auf den gleichen Cocktail-Partys rumschleichen wie die Mitarbeiter der Frankfurter Großbanken. Das ist einfach lächerlich und im Hinblick auf Korruptionsbekämpfung sogar eine bedenkliche Einstellung.“ ly

Bonner Rundschau
15.5.2009

Politiker gegen Umzug der BaFin

Kelber, Eisel und Dörner unisono: „So geht man nicht mit 1 200 Familien um“

BONN. Heftigen Widerspruch der Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) sowie der Bundestagskandidatin Katja Dörner (Grüne) erntet die hessische Landespolitik für ihre wiederholte Forderung, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit 1 200 Mitarbeitern von Bonn nach Frankfurt zu verlegen. „Es gibt für einen solchen Umzug überhaupt kein Sachargument. Die Bankenaufsicht muss in ganz Deutschland tätig sein. Frankfurt bringt hier nicht nur keinen Standortvorteil, sondern einen Nachteil im Blick auf die Großbanken in Frankfurt: Kontrolleure und Kontrollierte sollten nicht am gleichen Ort sein“, kritisiert das Trio.

Das sei aus gutem Grund auch beim Bundesrechnungshof und dem Bundeskartellamt so geregelt. Außerdem sei es „hochgefährlich, mitten in der Finanzkrise die Aufsichtsbehörde in einen monatelangen internen Organisationsaufwand zu treiben und die

Abwanderung der besten Mitarbeiter zu riskieren“. Und schließlich sei die Banken- und Versicherungsaufsicht im Zusammenhang mit dem Parlamentsumzug von Berlin nach Bonn verlegt worden. „So geht man nicht mit 1 200 Familien um. So geht man nicht mit Steuergeldern um“, kritisieren die drei unisono.

95 Prozent der kontrollierten Banken säßen nicht in Frankfurt, bei der in der BaFin integrierten Versicherungsaufsicht spiele die Metropole überhaupt keine Rolle. Die Arbeit in der Fläche sei also wichtiger. Wir lassen der hessischen Landespolitik den Versuch nicht durchgehen, den Eindruck zu erwecken, die weltweite Finanzkrise sei ausgebrochen, weil BaFin-Mitarbeiter nicht abends auf den gleichen Cocktail-Partys rumschleichen wie die Mitarbeiter der Frankfurter Großbanken“, so Kelber, Eisel und Dörner. Das sei lächerlich und im Hinblick auf Korruptionsbekämpfung sogar eine „bedenkliche Einstellung“. (EB)

General-Anzeiger 16.11.5.2009

Daniels spielt mit

Parlamentarischer Rat auf dem Münsterplatz

BONN. Anlässlich des 60. Jahrestages der Grundgesetz-Verkündung hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) eine besondere Aktion initiiert. Am Dienstag, 19. Mai, plant der Politiker, um 16.30 Uhr auf dem Münsterplatz die konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates nachzuspielen.

„Damit wollen wir die besondere Rolle Bonns als Geburtsstadt des Grundgesetzes feiern“, sagt Eisel. Der aus 77 Mitgliedern bestehende Rat hatte 1948/49 in Bonn getagt und das Grundgesetz erarbeitet. Es sei geplant, dass frühere Bundestagsabgeordnete

die Rollen von unter anderem Konrad Adenauer und Carlo Schmid übernehmen. Zusagt haben laut Eisel bisher der ehemalige Oberbürgermeister Hans Daniels (CDU-MdB 1983-1990) sowie Martin Grüner (FDP-MdB 1969-1994) und Franz Möller (CDU-MdB 1976-1994).

Daneben lädt Eisel interessierte Bürger ein, eine Rolle in dem Schauspiel, bei dem das Wortprotokoll der ersten Sitzung des Parlamentarischen Rates nachgesprochen werden soll, zu übernehmen. Weitere Informationen gibt es auf www.stephaneisel.de oder unter ☎ 0228/184 99 832. meu

General-Anzeiger 19. 5. 2003

Jazz im Großformat

Beim Museumsmeilenfest feiert das „Bundes Big Band Festival Bonn“ seine Premiere

Von Ulrike Strauch

Verkündet wurde das Grundgesetz am 23. Mai 1949 im Museum Koenig. Gefeierte wird es an diesem Wochenende nicht nur in Berlin, sondern auch auf dem Bonner Museumsplatz. Nur ein paar hundert Meter von dem geschichtsträchtigen Ort entfernt, an dem vor 60 Jahren der Grundstein der Bundesrepublik Deutschland gelegt wurde, startet am Freitag, 22. Mai, unter anderem das erste dreitägige „Bundes Big Band Festival Bonn“, das in den nächsten Jahren zu einer festen Größe im Konzertbetrieb werden soll.

So jedenfalls wünschen es sich die Initiatoren und Organisatoren, die CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel und Peter Ortman, Projektschäftsführer des Deutschen Musikrates. Für die Festivalpremiere in Zusammenarbeit mit der Bundeskunsthalle und der Stadt Bonn haben sie mit Peter Herbolzheimer einen der bekanntesten deutschen Bandleader verpflichtet. Den Auftakt macht um 17.45 Uhr die Big Band der Universität Bonn unter Leitung von Oliver Pospiech, gefolgt um 19 Uhr von der WDR Big Band mit ihrem Dirigenten Michael Abene. „Caliso

ßerdem leitet Herbolzheimer einen Workshop für Jugend Big Bands am 22. und 23. Mai im Friedrich-Ebert-Gymnasium. Mit dabei sind junge Musiker eines städtischen Gymnasiums in Euskirchen, der Godesberger Gesamtschule, des Helmholz-Gymnasiums, des Tannenbusch-Gymnasiums und der Bonner Musikschule. Sie stellen sich am Samstag, 15.45 bis 17 Uhr, dem Publikum vor, gefolgt von der Musikschul-Band um Bela Weibbach.

Eine Kostprobe seines Könnens gibt das Bundesjugend-Jazzorchester unter Leitung von Steffen Schorn am Sonntag, 11 Uhr. „Women in Jazz“ lautet das Motto der Matinee, die von Julia Hillmann (Klavier) und Meike Gossmann (Saxofon) gestaltet wird. Finalisten des Festivals sind um 12 Uhr die Musiker des Landesjugend-Jazzorchesters NRW mit ihrem Bandleader Marko Lackner.

Kabarettistin Anka Zink wird den Soundcheck am Samstag kommentieren. Außerdem gibt es am Tag der Demokratie um 13.30 und um 16 Uhr Kostproben des Musiktheaterstückes „Freude – schöner Götterfunken“.

Der Eintritt zu allen Konzerten ist kostenlos. Weitere Informationen unter www.musikrat.de



FOTO: LUD

In Bonn dabei: Das Landesjugend-Jazzorchester NRW

im Auftrag der Regierung Kohl gegründet. Bundesjugend-Jazzorchester (BuJazzO) hervorgegangen sind. 18 Jahre lang hat Pospiech, Komponist und Arrangeur Peter Herbolzheimer das Jazzorchester

ter geleitet. Jetzt sind es mit der „Grey Hair Convention“ und der „Master Class“ gleich zwei Big Bands, die am Samstag, 23. Mai, 19 Uhr, gemeinsam mit ihm auf den Museumsplatz kommen. Au-

plays Parker“ heißt das Programm mit dem jungen italienischen Saxofonsolisten Francesco Cafiso. Pospiech gehört ebenso wie Roger Cicero oder auch Till Brönner zu den Talenten, die aus dem 1988

1. Bundes Big Band Festival Bonn

19.05.2009 17:30:39

(PA) Freude an der Musik für die Politik.

Das „1. Bundes Big Band Festival Bonn“ findet vom 22.-24. Mai auf dem Bonner Museumsplatz statt und begleitet musikalisch die aktuellen Feierlichkeiten zum Jubiläum „60 Jahre Grundgesetz“ sowie die zeitgleich laufende Bundespräsidentenwahl. International renommierte und lokal bekannte Big Bands werden über drei



Das Landesjugendjazzorchester NRW
[Großes Bild anzeigen]

Tage hinweg für reichlich lebendige Jazzorchestermusik zwischen den Museen sorgen. Ein großer Workshop für Jugendbigbands unter der Leitung von Peter Herbolzheimer rundet das Programm ab. Das Festival geht zurück auf eine Initiative des Bundestagsabgeordneten Dr. Stephan Eisel und wird unter der Trägerschaft des Deutschen Musikrats, in Kooperation mit der Bundeskunsthalle und der Stadt Bonn durchgeführt.

Top-Big Bands wie das Bundesjazzorchester (BuJazzO), die WDR-Bigband und Peter Herbolzheimers „Master Class“, werden mit diesem Ziel zum ersten Mal in einem Festival vereint. Die in Bonn geschätzten und geliebten Big Bands der Musikschule und der Universität sind mit von der Partie sowie das Landesjugendjazzorchester NRW mit einem fetzigen Publikumsprogramm. Für zahlreiche Jugendbigbands aus Bonn und Umgebung wird vom Deutschen Musikrat ein großer Workshop mit Unterricht und Proben eingerichtet, den Peter Herbolzheimer leiten wird, und dessen Ergebnisse am frühen Samstagabend dem Publikum auf dem Museumsplatz präsentiert werden. Der Workshop wird aus Sondermitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert.

Die kostenfreien Konzerte finden an drei Abenden auf dem Museumsplatz statt. Am Freitag, dem 22. Mai 2009, beginnt der Abend um 17:45 Uhr mit einem Konzert der Uni-Bigband unter der Leitung von Oliver Pospiech. Es folgt die WDR-Bigband unter der Leitung von Michael Abene mit dem führenden jungen Saxophonisten Italiens, Francesco Cafiso, mit dem Programm „Cafiso plays Parker“. Am Samstag wird der Soundcheck tagsüber von der Komikerin Anika Zink begleitet. Um 15:15 Uhr präsentiert Peter Herbolzheimer die Ergebnisse des Schüler-Workshops. Ab ca. 19 Uhr spielen Herbolzheimers Bands „Master Class“ und „Grey Hair Convention“, gefolgt von einem Quiz. Die Matinee am Sonntag beginnt mit einem Konzert des BuJazzO mit dem Programm „Women in Jazz“, bei dem Musik von Komponistinnen präsentiert wird, von denen Julia Hülsmann (piano) und Melke Goosmann (Saxophon) auch als Solistinnen das Programm gestalten. Den Abschluss des Festivals bildet das Landesjugendjazzorchester NRW unter der Leitung von Marko Lackner.

Das 1. Bundes Big Band Festival Bonn wird gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Das genaue Programm steht im Internet unter <http://www.bujazzo.de>.

Sitzung wird nachgespielt

Bonn – Anlässlich des 60. Geburtstages unserer Verfassung wollen Vertreter von CDU und FDP heute gemeinsam die konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates nachstellen. Unterstützt werden sie von 77 Bonnern als Delegierten des Rates. Los geht das Spektakel um 16.30 Uhr auf dem Münsterplatz.

XXB01A/1

General-Anzeiger
20.5.2009

Eine Uraufführung ohne Probe

Politiker und Bürger stellen auf dem Münsterplatz die konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates nach

Von Christina Fuhs

BONN. Zu einer Nachstellung der konstituierenden Sitzung des Parlamentarischen Rates lud gestern der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel auf den Münsterplatz.

Nach Vorlage eines stenografischen Berichts schlüpften Politiker und Bonner Bürger in die Rolle der 77 Delegierten, die am 1. September 1948 in der Aula der Pädagogischen Akademie tagten.

„Damit wollen wir die besondere Rolle Bonns als Geburtsstadt des Grundgesetzes feiern“, sagte Eisel, der die Rolle des Alterspräsidenten Adolf Schönfelder übernahm. Überhaupt werde der 60. Jahrestag des Grundgesetzes in Bonn intensiver gefeiert als in Berlin.

„Wir feiern auf rheinische Art“, sagte Ursula Lehr (CDU). Die ehemalige Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit übernahm die Rolle von Konrad Adenauer, der in der Sitzung zum Präsidenten des Parla-

mentarischen Rates gewählt wurde. Laut Lehr eine Art Wiedergutmachung: „Es gab nicht nur die Väter, sondern auch vier Mütter des Grundgesetzes.“ Diese seien damals jedoch überhaupt nicht zu Wort gekommen. Dennoch konnte zum Beispiel die SPD-Delegierte Elisabeth Selbert durchsetzen, dass der Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ seinen Platz im Grundgesetz fand.

Auch die Bürger, die die Delegierten mimten, waren mit Eifer dabei, jubelten oder beschimpften Redner – ganz wie es die Originalvorlage verlangte. „Wir finden es gut, dass das Grundgesetz in Bonn gefeiert wird“, sagte Wolfgang Bierbaum, der gemeinsam mit Ehefrau Waltraud SPD-Delegierte darstellte.

Einen besonders schweren Stand hatte Pascal Becker. Grund: der NRW-Vorsitzende des RCDS mimte den Delegierten Max Reimann. Der KPD-Politiker beantragte einst die Einstellung der Beratungen. Eine Darstellung, für die Becker im Nachhinein viel Lob



Mit Engagement und viel Spaß spielten Politiker und Bürger auf dem Münsterplatz die konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates nach. FOTO: MAX MAUSCH

erniete. Während der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Martin Grüner die Worte von Theodor Heuss vorlas, übernahm der ehemalige Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels die Rolle des Delegierten Carlo Schmid. Nur einige

von rund elf Politikern aus der Region, die an der Veranstaltung teilnahmen. Ebenfalls dabei: der CDU-Landtagsabgeordnete Helmut Stahl, der CDU-Europakandidat Axel Voss sowie der CDU-Oberbürgermeisterkandidat Chris-

tian Dürig. Das Ganze geriet zu einer Darbietung, die auch so manchen verwunderten Passanten in ihren Bann zog. „Es war eine tolle Arbeit“, sagte Eisel später. Schließlich sei es eine Uraufführung ohne Probe gewesen.

Bonner Rundschau

20. 05. 2009

Nochmal wie im Jahre 1948

Aktive und ehemalige Abgeordnete spielten die erste Sitzung des Parlamentarischen Rates nach

BONN. Es hatte etwas Rührendes, als gestern Nachmittag auf dem Münsterplatz aktive und im Ruhestand befindliche Politiker das Wortprotokoll der Konstituierenden Sitzung des Parlamentarischen Rates vom 1. September 1948 vorlasen. Dieses Gremium betrieb das Grundgesetz, das am 23. Mai 1949 in Bonn verabschiedet wurde. Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) hatte die Idee zu dieser Veranstaltung und er durfte daher auch die Rolle des Abgeordneten Adolf Schönfelder (Hamburg) über-

nehmen, der als Alterspräsident die Sitzung eröffnet hatte. Später löste ihn Adenauer ab, der von Ursula Lehr gesprochen wurde, der ehemaligen Bundesfamilienministerin. Das ging alles ein wenig hölzern zu, manche Zwischenrufe folgten nur auf Kommando und nicht jeder hielt sich ans Protokoll. Martin Grüner (FDP-MdB von 1989 bis 1994), der in der Rolle von Theodor Heuss nur sagen durfte, „als 2. Stellvertreter (des Präsidenten des Parlamentarischen Rates, d. Red.) schlage ich den Abgeordneten Dr. Schäfer vor“. Das

war ihm zu wenig, so dass Grüner zu einem kleinen Exkurs über seinen Parteifreund Theodor Heuss, den ersten Bundespräsidenten anhub, der immerhin vorgeschlagen habe, das Staatsoberhaupt von der Bundesversammlung wählen zu lassen.

Mit Mühe konnte ihn Alterspräsident Schönfelder vom Mikrofon drängen, der dann als Stephan Eisel – „abseits der Tagesordnung“ – sagte, die CDU wolle sich dafür einsetzen „unseren künftigen Koalitionspartner nicht zu groß werden zu lassen“. (dbr)



Das Protokoll der Konstituierenden Sitzung des Parlamentarischen Rates vom 1. September 1948 wurde gestern auf dem Münsterplatz verlesen. (Foto: Matthias Kehrein)



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 39/09

20. Mai 2009

Bonner Aufruf zum Grundgesetz-Geburtstag

Zum 60. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes am 23. Mai hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel einen „Bonner Aufruf“ veröffentlicht: „Mit diesem Aufruf wollen wir gerade aus der Geburtsstadt des Grundgesetzes unterstreichen, wie sehr sich unser Grundgesetz bewährt hat. Damit widersprechen wir denen, die nach einer neuen Verfassung rufen.“

Als Erstunterzeichner hat Eisel 60 Bundestagsabgeordnete aus ganz Deutschland gewonnen. Er kündigte an, bis zur Sitzung des Deutschen Bundestages in Bonn am 7. September in der Bonner Bevölkerung weitere Unterschriften zu sammeln. Wer den Aufruf unterstützen möchte, kann dies auf der homepage www.stephaneisel.de oder im Wahlkreisbüro von Eisel (Markt 10-12) tun.

Der Aufruf hat folgenden Text:

Bonner Aufruf zum 60. Grundgesetz-Geburtstag

Das Grundgesetz hat sich bewährt

Vor 60 Jahren - am 8. Mai 1949 - hat der Parlamentarische Rat in Bonn das Grundgesetz verabschiedet, das dann am 23. Mai 1949 in Kraft getreten ist. Dieses Grundgesetz war und ist das Fundament für unser freiheitliches Gemeinwesen, für die Stabilität unserer demokratischen Ordnung und den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. Es hat den Weg zur europäischen Einigung eröffnet und den guten Rahmen geboten für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Unser Grundgesetz hat sich bewährt!

Wir brauchen und wollen keine neue Verfassung!

Wir wollen Staat und Gesellschaft mit unserem Grundgesetz weiterentwickeln und unsere Zukunft darauf bauen!



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 39/09

20. Mai 2009

Der Bonner Aufruf „Das Grundgesetz hat sich bewährt“ wurde initiiert vom Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel. Erstunterzeichner sind 60 Bundestagsabgeordnete aus ganz Deutschland:

Peter Albach, MdB (Sömmerda); **Peter Altmaier, MdB** (Saarlouis); **Norbert Barthle, MdB** (Schwäbisch Gmünd); **Ernst-Reinhard Beck, MdB** (Reutlingen); **Otto Bernhardt, MdB** (Rendsburg); **Antje Blumenthal, MdB** (Hamburg); **Wolfgang Börnson, MdB** (Schleswig); **Michael Brand, MdB** (Fulda); **Helmut Brandt, MdB** (Alsdorf); **Dr. Ralf Brauksiepe, MdB** (Witten); **Cajus Caesar, MdB** (Detmold); **Gitta Connemann, MdB** (Papenburg); **Leo Dautzenberg, MdB** (Heinsberg); **Thomas Dörflinger, MdB** (Bonndorf); **Marie-Luise Dött, MdB** (Oberhausen); **Enak Ferlemann, MdB** (Cuxhaven); **Axel Fischer, MdB** (Bruchsal); **Dirk Fischer, MdB** (Hamburg); **Eich G. Fritz, MdB** (Dortmund); **Jochen-Konrad Fromme, MdB** (Haverlah); **Hans-Joachim Fuchtel, MdB** (Altensteig); **Eberhard Gienger, MdB** (Bietigheim-Bissingen); **Peter Götz, MdB** (Rastatt-Wintersdorf); **Reinhardt Grindel, MdB** (Rotenburg/Wümme); **Hermann Gröhe, MdB** (Neuss); **Monika Grütters, MdB** (Berlin); **Joachim Hörster, MdB** (Montabaur); **Hubert Hüppe, MdB** (Unna); **Alois Karl, MdB** (Neumarkt i.d.OPf.); **Julia Klöckner, MdB** (Idar-Oberstein); **Hartmut Koschyk, MdB** (Bayreuth); **Dr. Kristina Köhler, MdB** (Wiesbaden); **Gudrun Kopp, MdB** (Bielefeld); **Michael Kretschmer, MdB** (Görlitz); **Dr. Günther Krings, MdB** (Mönchengladbach); **Helmut Lamp, MdB** (Neumünster); **Katharina Landgraf, MdB** (Markkleeberg); **Eduard Lintner, MdB** (Bad Kissingen); **Thomas Mahlberg, MdB** (Duisburg); **Maria Michalk, MdB** (Bautzen); **Rita Pawelski, MdB** (Hannover); **Ulrich Petzold, MdB** (Wittenberg); **Beatrix Philipp, MdB** (Düsseldorf); **Thomas Rachel, MdB** (Düren); **Eckhardt Rehberg, MdB** (Rostock); **Klaus Riegert, MdB** (Göppingen); **Anita Schäfer, MdB** (Pirmasens); **Hartmut Schauerte, MdB** (Kirchhundem); **Andreas Schmidt, MdB** (Mülheim an der Ruhr); **Dr. Ole Schröder, MdB** (Pinneberg); **Uwe Schummer, MdB** (Willlich); **Wilhelm Josef Sebastian, MdB** (Bad Neuenahr-Ahrweiler); **Bernd Siebert, MdB** (Fritzlar); **Thomas Silberhorn, MdB** (Bamberg); **Michael Stübgen, MdB** (Finsterwalde); **Hans Peter Thul, MdB** (Hameln); **Peter Weiß, MdB** (Emmendingen); **Karl-Georg Wellmann, MdB** (Berlin); **Werner Wittlich** (Neuwied); **Willi Zylajew, MdB** (Frechen)

General-Anzeiger 20.5.2009

„Die räumliche Distanz kann hilfreich sein“

Hessen drängt auf eine Verlagerung der Finanzaufsicht Bafin nach Frankfurt. Bonner halten dagegen. Sanio: Kreditausfälle möglich

Von Ulla Thiede, Rolf Obertreis
und Florian Ludwig

BERLIN/BONN/FRANKFURT.

Die Finanzkrise hat der Diskussion neuen Schwung verliehen. Und der Antritt der neuen CDU/FDP-Koalition in Wiesbaden: Die Forderungen nach einer Zusammenlegung der Finanzaufsicht in Frankfurt werden wieder laut. Wenn es nach den Hessen geht, soll die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (Bafin) nicht nur mit einem Ableger in Frankfurt vertreten sein, sondern komplett. Der Hauptsitz des Amtes, und mit ihm die 1.200 Mitarbeiter, sollte von Bonn in die deutsche Finanzhauptstadt verlegt werden.

„Wir halten das für eine logische Schlussfolgerung aus den in der gegenwärtigen Finanzkrise zutage getretenen Strukturproblemen in der Aufsicht“, sagt der hessische Wirtschaftsminister Dieter Posch. Frankfurt ist nicht nur nach Ansicht der hessischen Politiker der logische und sinnvolle Platz für die Finanzaufsicht. 300 Banken sind hier vertreten, hier sitzt die Europäische Zentralbank (EZB), die Bundesbank – die zusammen mit der Bafin für die Bankenaufsicht zuständig ist –

Die Finanzkrise untermauert seine Forderung. Banker, deren Häuser nicht in hochspekulative Papiere investiert haben, aber massiv unter den Krisenfolgen leiden, sind auf die Aufsicht in Bonn nicht gut zu sprechen. „Die Bafin und Herr Sanio haben viel zu viel nicht gesehen.“ Im Bundesfinanzministerium, dem die Bafin untersteht, demütiert man, dass Bonn nach Frankfurt überhaupt zur Debatte stehe. „Das politische Ziel ist die Verbesserung der Zusammenarbeit der Aufsichten“, sagt eine Sprecherin. Das hänge aber nicht von einem Umzug ab.

Unruhe gestiftet hatte bereits im Februar ein Papier der beiden SPD-Vize Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier, in dem von der Notwendigkeit einer „engeren institutionellen und örtlichen Verzahnung von Bafin und Bundesbank in Frankfurt am Main“ die Rede war. Der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber betont seitdem, dass dieses Papier niemals beschlossen worden sei.

In der Unionsfraktion herrscht die Einschätzung, dass die SPD beim Thema Bankenaufsicht „Aktivismus“ betreibe. Entscheidend sei, die Aufsicht zu verbes-

sern und Konzepte dafür zu entwickeln. Erst danach könne über die Standorte nachgedacht werden.

Der Parlamentarische Geschäftsführer Norbert Röttgen sagt: „Die räumliche Distanz in Bonn gegenüber Frankfurt kann durchaus hilfreich sein bei der Wahrung der Unabhängigkeit der Aufsicht.“ Und sein Parteifreund Stephan Eisel mahnt, dass die deutschen Aufsichtsinstitutionen in eine neue europäische Bankenaufsichtstruktur eingebunden werden müssten, die es aber noch nicht gebe. Vor 2011 werde es für die deutsche Aufsicht keine Veränderungen geben, zumal die Finanzkrise jetzt erst einmal behoben werden müsse.

Bafin-Chef Jochen Sanio äußerte sich auf seiner Jahrespressekonferenz gestern in Bonn nicht zu dem Thema. Er warnte stattdessen vor zu erwartenden Kreditausfällen. Er sei sich ziemlich sicher, „dass unsere Banken in ein paar Monaten die volle Wucht der schärfsten aller bisherigen Rezessionen in ihren Kreditportfolios spüren werden“. Die Größenordnung könne er nicht abschätzen, sagte Sanio. Ein schneller Wiederaufstieg nach einem kurzen Höhenritt sei unwahrscheinlich.



FOTO: DPA

Aufseher in Bonn: Bafin-Präsident Jochen Sanio.

Präsident des Sparkassen-Verbandes Hessen-Thüringen. Das würde denn auch die Weiterentwicklung der Finanzaufsicht erleichtern. Auch Friedrich von Metzler – Chef des renommierten Privatbankhaus Metzler – steht schon seit Jahren auf dieser Linie. „Die Aufsicht in Frankfurt zusammenzuliegen, wäre in jedem Fall sinnvoll.“

Bei Banken und Sparkassen, zumindest den hessischen, stößt man ins gleiche Horn. „Bundesbank und Bafin von einem Ort zu führen, wäre nicht nur im Interesse des Finanzplatzes, sondern auch im Sinne einer effizienteren Aufsicht“, sagt Gerhard Grandke,



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 40/09

24. Mai 2009

Bigband-Festival in Bonn etablieren „Verfassungsfest wurde zum Volksfest“

Als vollen Erfolg bezeichnete der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel das 1. Bundes-Bigband-Festival in Bonn. Er kündigte an, sich für eine Fortsetzung im nächsten Jahr einzusetzen: "Mit insgesamt weit über 5000 Besuchern wurden bei den drei Konzerten und dem Bigband-Workshop die Erwartungen deutlich übertroffen. Fast 150 Musiker boten Jazz auf internationalem Spitzenniveau. Das passt prima zur Musikstadt Bonn. Jetzt wollen wir versuchen, dieses Bundes-Festival fest in Bonn zu etablieren."

Eisel dankte den beteiligten Bigbands und insbesondere Peter Herbolzheimer, der die Festival-Idee von Anfang unterstützt hat, der WDR-Intendantin Monika Piel, die auf seine Bitte einen Auftritt der WDR-Bigband beigesteuert hat und Peter Ortmann vom Deutschen Musikrat, der die Organisation übernommen hat. Der Bonner Bundestagsabgeordnete hatte das Festival im letzten Jahr initiiert und die finanzielle Förderung des Bundes erreicht.

In diesem Zusammenhang wies Eisel nachdrücklich eine Äußerung des Pressesprechers der Stadt Bonn zurück, der Bund habe sich ungenügend am Bonner Verfassungsfest beteiligt: "Solche Äußerungen schaden Bonn und stellen die Tatsachen auf den Kopf. Ein Großteil des Verfassungsfestes wurde aus dem Bundeshaushalt finanziert. Das gilt u. a. von der Langen Nacht der Demokratie der Bundeszentrale für politische Bildung über das Bundes-Bigband Festival bis zu den Angeboten des Hauses der Geschichte. Durch das Engagement des Bundes konnte Verfassungsjubiläum bei uns mit einem vielfältigeren Angebot gefeiert werden als in Berlin. Noch vor einem Jahr hatte Oberbürgermeisterin Dieckmann über ihren Sprecher dem Rat offiziell mitgeteilt hat, ein eigenes Verfassungsfest sei nicht nötig, weil es sich bei dem 60. Grundgesetz-Geburtstag "nicht um ein rundes Jubiläum" handele. Die Bonnerinnen und Bonner haben am Wochenende gezeigt, dass sie das ganz anders sehen. Wir können stolz darauf sein, dass dieses Verfassungsfest zum echten Volksfest wurde."

Bonner Rundschau 25.5.2009

Abgeordnete als Quiz-Teilnehmer

Randnotizen vom Verfassungsfest – „Adenauer-Brote“ waren heiß begehrt

BONN. Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hatte Recht gehabt: Horst Köhler wird im ersten Wahlgang gewählt, hatte er vorausgesagt. Weil das so war, erreichte Eisel, der zu den Wahlmännern in Berlin gehörte, seinen bereits früh gebuchten Rückflug nach Köln/Bonn zeitig, um beim Verfassungsfest und beim 1. Bundes-Bigband-Festival auf dem Museumsplatz in seiner Heimatstadt dabei zu sein.

Auch sein SPD-Kollege Ulrich Kelber, ebenfalls in Berlin dabei, war am Abend in Bonn, während Oberbürgermeisterin Barbel Dieckmann, auch sie Wahlfrau, in der Hauptstadt geblieben war.

Eisel und Kelber nahmen zur späten Stunde unterm Zelt auf dem Museumsplatz an einem interaktiven Quiz „Grundgesetzlich clever“ teil, in dem sie in gegnerischen Teams mit jungen Menschen ihr Wissen über die Verfassung testen konnten. Die mehr als 1000 Zuschauer beteiligten sich mit kleinen Abstimmungsgeräten an dem Spiel.

Wer Genaueres zur Verfassung wissen wollte, konnte sich am Info-Mobil des Deutschen Bundestages vor dem Kunstmuseum sachkundig machen. Dort wurden insgesamt 5000 Grundgesetzblätter. Bereits am Feiertag Christi Himmelfahrt war die Nachfrage so groß, dass eine



Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (r.) gehörte wie sein SPD-Kollege Ulrich Kelber zu den Teilnehmern eines Quiz um das Grundgesetz. (Foto: Ralf Klodt)



Liebling, halt mich fest und wärme mich! Ein junges Paar unter den Zuschauern des 1. Bundes-Bigband-Festivals auf dem Museumsplatz. (Foto: Melike Böschemeyer)

Tonne Prospekte und zusätzliches Personal geordert werden mussten. „Wir sind überrollt worden“, sagte Bundestagsmitarbeiter Harro Schragkamp. 12.000 Interessierte umlagerten bis in die Nacht das Mobil.

Wenig beschäftigt war dagegen der städtische Sicherheitsdienst, der die notwendigen Straßensperrungen überwachte. Allerdings holten sich die drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Sonnenbrand. Auch das Deutsche Rote Kreuz, mit zwölf Sanitätern vor Ort, berichtete von einem ruhigen Tag. 29 kleinere Hilfeleistungen, wie Blasen mit Pflaster zu versorgen, waren zu leisten. Polizei und Feuerwehr hatten keinen Einsatz auf der Museumsmeile und im Bundesviertel.

Aus dem Café im Kunstmuseum wird gemeldet, dass die in einer Rhöndorfer Konditorei bestellten „Adenauer-Brote“, weggingen „wie warme Semmeln“.

Stadtsprecher Friedel Frechen berichtete, dass viele Besucher auch von auswärts nach Bonn gekommen seien – sicherlich auch ein Erfolg der städtisch Werbekampagne, für die das Presseamt 90.000 Euro ausgab, von denen rund 70.000 Euro vom Innenministerium refinanziert worden seien. An Infrastrukturkosten fielen bei der Stadt 40.000 Euro an – „gut investiertes Geld“. (dbr)

Bonner Rundschau 25. 5. 2009

Konzert voller Spannungen und Gegensätze

Beim „Ersten Bundes-Big-Band-Festival Bonn“ wurde geklotzt statt gekleckert

BONN. „Big is beautiful“ werden sich die Veranstalter gedacht haben. Wenn schon am Wochenende der Bundespräsidentenwahl zeitgleich 60 Jahre Grundgesetz mit zahlreichen Veranstaltungen auf der Museumsmeile und im Regierungsviertel gefeiert werden, dann darf man beim kulturellen Begleitprogramm nicht kleckern.

Und so hoben die Stadt Bonn, der Deutsche Musikrat und die Bundeskunsthalle auf Initiative des Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel flugs das „Erste Bundes-Big-Band-Festival Bonn“ aus der Taufe: Sechs hochkarätige Big-Bands, darunter das Landesjugendjazzorchester, das Bundesjazzorchester („BigJazzO“) und Peter Herbolzheimer und „Master Class“ traten auf dem Museumsplatz auf.

Ein mutiges Unterfangen, ohne Zweifel. Denn nicht ohne Grund werden Big-Bands im Zeitalter der schier unerschöpflichen Möglichkeiten elektronischer Klangerzeugung zu einem vom Aussterben bedrohten Kulturgut, von speziellen Big-Band-Festivals ganz zu schweigen. Die mit Auftritten verbundenen Kosten sind nun mal immens

hoch. Doch es gelang den Veranstalter, eine Reihe potenter Sponsoren ins Boot zu holen, und so konnten die Konzerte auf dem Museumsplatz sogar kostenlos angeboten werden. Dass diese Rechnung aufging, zeigte schon der Auftakt am Freitagabend.

Rasch waren 600 Stühle vor der Bühne besetzt, nach und nach trudelten noch etwa 300 Gäste ein, mussten mit Stehplätzen vorlieb nehmen. Bei bester Laune und ebensolchem Wetter hörten sie zunächst der Big-Band der Universität Bonn zu, die unter Leitung von Oliver Pospisich den Anfang machte. Die Studenten hinterließen mit freundlicher Unterstützung einiger wissenschaftlicher Assistenten und eines Abiturienten und lockeren Arrangements von Klassikern wie „Love For Sale“, einer sehr beboypigen Version von „Homeysockie Rose“ oder dem sonnligen „This Here“ von Cannonball Adderley einen sehr aufgeräumten Eindruck.

Schade für die Musiker und das Publikum allerdings, dass wegen des anstehenden Umbaus auf der Bühne nach nur einer Stunde Musik keine Zeit für eine Zugabe blieb. Da muss noch am Konzept gefeilt wer-

den. Dafür stand im Anschluss mit der WDR-Big-Band, deren Auftritt der Westdeutsche Rundfunk komplett spendiert hatte, eines der großen Ensembles mit Weltruf auf dem Programm. Unter ihrem Chefdirigenten Michael Abene widmeten sie sich ganz der Musik von Charlie Parker. Die Überraschung des Abends war Gastsaxophonist Francesco Cafiso, der gar nicht daran dachte, die irrwitzig virtuoseren Altkläufe des Bebop-Begründers zu imitieren. Mit irritierenden Wiederholungen kurzer Phrasen, enorm lang angehalten oder auch mal überblasenen Einzeltönen spielte er bei Klassikern wie „Yardbird Suite“ oder „Moose the Mooche“ fast konstant gegen Rhythmus, Harmonie oder Gesamtton der Big-Band an. Die agierte gewohnt kompakt und kraftvoll, vor ihren messerscharfen Einsätzen glänzten zumal die konventionelleren Beiträge des zweiten Solisten, John Marshall an der Trompete, in ihrer coolen Leichtigkeit. – Koineswegs gemütlige Klänge für den lauen Frühlingsabend also, sondern ein Konzert voller Spannung und Gegensätze – aber so soll Jazz ja auch sein.



Den Auftritt der WDR-Big-Band, eines der großen Ensembles dieser Besetzung von Weltruf, hatte der Westdeutsche Rundfunk komplett spendiert. (Foto: Böschmeyer)

General-Anzeiger
25.5.2003

Das große Fest der Demokraten

140 000 Bürger gratulieren sich selbst. Rekordzahlen in den Museen. Viel Information und noch mehr Unterhaltung

Von Bettina Köhl
und Barbara Frommann (Fotos)

BONN. Wenn 140 000 Menschen an historischen Orten Geburtstag feiern wollen, dann heißt das schon mal eineinhalb Stunden Schlange stehen. Die Resonanz auf die „Lange Nacht der Demokratie“ am Samstag war riesig, der Park hinter dem ehemaligen Kanzleramt, in dem heute das Entwicklungsmuseum (BMZ) arbeitet, gleich einem Amelsensstaat. Vor Villa Hammerschmidt, Kanzlerburg und Palais Schaumburg warteten die Besucher geduldig, um einen Blick in die repräsentativen Räume werfen zu können.

Auf nur wenigen hundert Metern Fußweg konnten die Besucher die Jahrzehnte durchschreiten. Von der vogelkundlichen Bibliothek im Museum Koenig, in der Bundeskanzler Konrad Adenauer seinen ersten Schreibtisch stehen hatte, bis zum BMZ, wo fast jeder die dicken Lederwölfe der Sessel im Kabinetsaal Kohls lätschelte. Die Besucher waren nah dran, sie sahen, wie klein der Pool im Kanzlerbungalow ist, und dass in der Villa Hammerschmidt Nymphenburger Porzellan die Tafel des Bundespräsidenten schmückt.

„Das Grundgesetz zielt auf die Teilhabe der Bürger ab“, sagte Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, bei der Eröffnung der Langen Nacht. Das Programm bot eine Mischung aus Informationen, Diskussionen und Unterhaltung. Auf der Kurt-Schumacher-Allee stellten Organisationen wie Greenpeace und Amnesty International ihre Arbeit vor, während sich die Besucher auf dem Platz der Vereinten Nationen zu Rockmusik und Kölsch trafen. Autorin Güner Balci schilderte im Post-Tower eindrucksvoll das Leben arabischer Jugendlichen in Berlin.

Die Veranstalter stellten fest, dass bei Kindern und Jugendlichen das Interesse an Bonns politischer Vergangenheit groß ist. Jan Robin Faßbender hat nicht nur mit dem Grundgesetz Geburtstag, der 10-Jährige, der bereits bei der GA-Serie über 60 Jahre Demokratie mitgemacht hat, feierte auch auf der Museumsmeile.

„Demokratie ist lustig“, schrieb Künstler Joseph Beuys ironisch über ein Pressefoto, das ihn inmitten von Polizisten bei der Räumung der Düsseldorfer Kunstakademie zeigt. Es steht neben der

„Rose für direkte Demokratie“ im Bonner Kunstmuseum, wo die Besucher bei einer Themenführung die abstrakten, unpolitischen Werke der Nachkriegszeit ebenso kennenlernen wie Beuys' revolutionäre Ideen. Demokratie ist tatsächlich lustig. Dann nämlich, wenn sich Fritz Litzmann (Rainer Pause) mit Hermann Schwaderlappen alias Norbert Alich auf der Bühne streitet: „Wofür haben wir denn das Grundgesetz? Damit ich sagen kann, was ich will.“ Aber was fürs Kabarett gilt, gilt für das Demokratie-Quiz zum Mitmachen auf dem Museumsplatz noch lange nicht. Hier kamen Publikum wie Kandidaten, unter ihnen die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber und Stephan Eisel, Schauspielerin Nina Bott und Comedian Thomas Müller, ganz schön zum Nachdenken. Dass das Grundgesetz Grundgesetz heißt und nicht Verfassung, weil es als Provisorium angelegt war, wussten viele. Aber auf die Frage, wo es denn unterzeichnet wurde, druckten 73,6 Prozent auf das Knöpfchen für Museum Koenig. „Falsch, es war die Pädagogische Akademie“, verriet Moderator Olli Briesch. Interessant war auch,

dass den Kandidaten zum Thema „typisch Deutsch“ als erstes Gar-tenzwerg, Currywurst und Dieter Bohlen einfielen.

Die lange Nacht war wirklich lang. Noch gegen Mitternacht zogen Besucher durch die Ausstellungen oder blieben auf dem Heimweg an der Adenauer-Büste stehen, um den Worten des ersten Bundeskanzlers zu lauschen. Die angekündigte nächtliche Illumination der wichtigsten historischen Gebäude konnte man allerdings eher unter Bonner Bescheideinheit verbuchen. Aber dafür hat die Stadt ja inzwischen ihre Global Player: Der Post-Tower zeigte eine riesige 60.

General-Anzeiger
23./24. 5. 2009

So wählen die Abgeordneten der Region

Stephan Eisel (CDU)

„Ich wähle Horst Köhler, denn er hat sein Amt unabhängig, souverän, sachkundig und bürgernah ausgeübt. Die Menschen mögen und achten ihn. Er ist ein guter Bundespräsident und auch Bonn besonders verbunden. Dass die SPD ihn mit Hilfe der Linkspartei abwählen will, ist ein trauriges Kapitel.“



General-Anzeiger
26.05.2009

Kelber will so ein Fest jedes Jahr

Eisel: Bund finanzierte Gros der Veranstaltungen

BONN. Nach dem großen Erfolg des Verfassungsfests mit 140 000 Besuchern am Wochenende haben sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Uli Kelber und OB-Kandidat Jürgen Nimptsch (beide SPD) bei den 25 Veranstaltern, die mitgewirkt haben, bedankt. „Besonderer Dank geht an die Bundeszentrale für politische Bildung und die Stadt Bonn“, so Kelber.

Die große Resonanz bei den Besuchern habe gezeigt, dass dieser Tag auch in Bonn angemessen gefeiert werde und von Politikmüdigkeit bei der „Langen Nacht der Demokratie“ nichts zu spüren war, so Nimptsch. Er und Kelber fordern, den Verfassungstag jährlich gleichberechtigt in Bonn und Berlin zu begehen. Sie glauben, dass ein Bonner Verfassungsfest leicht zu realisieren sei, zumal die Veranstaltungen in Bonn mit deutlich weniger Finanzaufwand erreicht werden könnten als in Berlin.

„Solche Äußerungen stellen die Tatsachen auf den Kopf“

Zurückgewiesen hat der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) eine Äußerung des Pressesprechers der Stadt Bonn, der Bund beteilige sich ungenügend am Bonner Verfassungsfest zum Geburtstag des Grundgesetzes: „Solche Äußerungen schaden Bonn und stellen die Tatsachen auf den Kopf“, meinte Eisel. Ein Großteil der Angebote des Wochenendes sei aus dem Bundeshaushalt finanziert worden, durch Zuschüsse aus vier Bundesressorts – „und zwar ohne Zutun der Stadtspitze“. Eisel weist darauf hin, dass die Oberbürgermeisterin über ihren Sprecher noch vor einem Jahr mitgeteilt habe, ein eigenes Verfassungsfest sei nicht nötig, weil es sich bei dem 60. Jahrestag „nicht um ein rundes Jubiläum“ handele. Eisel sah in dem 1. Bundes-Bigband-Festival einen vollen Erfolg und kündigte an, sich für eine Fortsetzung im nächsten Jahr einzusetzen. „Mit insgesamt weit über 5 000 Besuchern wurden bei den drei Konzerten und dem Bigband-Workshop die Erwartungen deutlich übertroffen.“ Dass fast 150 Musiker Jazz auf internationalem Spitzenniveau geboten hatten, passe prima zur Musikstadt Bonn. kf



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 41/09

26. Mai 2009

„Forschungszug“ und „Zukunftsschiff“ in Bonn

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel nach einem Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Forschungsministerium Thomas Rachel mitteilte, werden Anfang Juni gleich zwei attraktive Forschungsinitiativen Station in Bonn machen: „Bonn ist eine der wenigen Städte in der sowohl der Ausstellungszug „Expedition Zukunft“ der Bundesregierung als auch das Zukunftsschiff „MS Wissenschaft“ besucht werden können. Das passt zu Bonns Profil als Wissenschaftsstadt und zeigt, dass das Forschungsministerium um seine Antwort um Bonn, dem 1. Dienstsitz des Ministeriums, weiß.“

Der ca. 300 Meter lange Ausstellungszug „Expedition Zukunft“ bietet zahlreiche Mitmachmöglichkeiten für alle Altersklassen. In der Zeit vom 31. Mai – 02. Juni 2009 werden die zwölf umgebauten Eisenbahnwagen am Godesberger Bahnhof Station machen. Der Zug gehört zu den zentralen Aktivitäten der Bundesregierung im Rahmen des 60. Gründungsjubiläums der Bundesrepublik und stellt besonders für Schulklassen der Ausstellungszug ein attraktives Angebot dar. Der Zug wurde von Bundeskanzlerin Merkel in Berlin auf die Reise geschickt und hält bis Jahresende in über 60 Städten.

In 25 Städten legt das Ausstellungsschiff „MS Wissenschaft“ an, das Anfang Juni in Bonn seine Tour durch Deutschland beginnt. Es liegt vom 4.-7. Juni in Bonn (Anlegestelle Erzbergerufer, nördlich der Kennedybrücke) vor Anker.

Öffnungszeiten Zukunftsschiff:

Mo-Fr: 9:00-19:00 Uhr, Sa-So: 10:00-19:00 Uhr

Der Eintritt ist frei! Die Ausstellung ist geeignet für Menschen ab etwa 10 Jahren!

Öffnungszeiten Zukunftszug:

Wochentags 9-18 Uhr, Wochenende und Feiertage 10-19 Uhr



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 42

26. Mai 2009

Beim Festspielhaus Kurs halten

In einer Stellungnahme zur heutigen Äußerung des Telekom-Finanzvorstandes Timotheus Höttges zum Festspielhaus Beethoven warnt der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel vor Verzögerungen des Projektes: "Dieses nationale Projekt hängt von der Entschlossenheit aller Beteiligten ab. Immerhin liegt ein Beschluss des Deutschen Bundestages mit einer Finanzausage von 39 Mio. Euro vor. Er steht unter dem Vorbehalt einer „angemessenen Mitfinanzierung“ durch Land, Kommunen und private Unternehmen. Voraussetzung für die Realisierung ist also, dass alle Beteiligten bei der Stange bleiben."

Eisel lobte ausdrücklich die Post AG: "Das Unternehmen stellt mit dem laufenden Architektenwettbewerb sein Engagement eindrucksvoll unter Beweis. Postchef Appel hat dies vor kurzem auch öffentlich bekräftigt. Auch die Telekom sollte keine Zweifel an ihrer klaren Positionierung aufkommen lassen. Das Vorhaben verträgt in dieser Phase der Umsetzung keine Unklarheit." Höttges hatte im Blick auf das Engagement der Telekom auf die Wirtschaftskrise verwiesen und gesagt, das Projekt brauche "mehr Zeit zur Reife".

Eisel unterstrich die Notwendigkeit einer soliden Entscheidungsbasis, warnte aber zugleich vor leichtfertigen Verzögerungen: "Das wäre ein Spiel mit dem Feuer. Der Beschluss des Bundestages ist jetzt zwei Jahre alt. Wir haben in Berlin nicht nur Freunde und nicht jeder im Parlament ist begeistert, dass zehn Prozent der Mittel des nationalen Kulturprogramms für Beethoven nach Bonn fließen. Eine solche Chance kommt so schnell nicht wieder."

Vor diesem Hintergrund lobte der Bonner Bundestagsabgeordnete die Klarheit des Kommunalwahlprogramms der Bonner CDU. Dort heißt es: "Wir wollen durch einen entscheidenden finanziellen Beitrag der Stadt zum Stiftungskapital der Stiftung „Festspielhaus Beethoven“ einen dauerhaften Festspielbetrieb auf internationalem Niveau sicherstellen, der allen Bonner Bürgern zugute kommt. ... Die Höhe des Beitrages der Stadt ergibt sich aus dem Betrag, den die Stadt bei Realisierung des Festspielhauses durch den Wegfall der alten Beethovenhalle einsparen wird."

Finanzchef
HöttgesProfessor
Harnischfeger

Wirbel um Finanzchef-Aussage

Telekom spielt auf Zeit

Von CHRISTOF ERNST

Bonn - Als Finanzchef der Telekom hat er die Hand auf dem Geld. Deshalb ist die Aussage von Tomtheus Höttges so beunruhigend: Das Telekom-Vorstandsmittglied sagte, die Finanzierung des Festspielhauses Beethoven sei durchaus noch nicht gesichert.

Damit bestätigt sich, was der EXPRESS schon vor einem Monat vermutete: Dass die Telekom wegen der Finanzkrise möglicherweise von der Fahne ren Bonner Dax-Unternehmen Deutsche Post und Postbank wollen die 75 Millionen Euro aufbringen, die der Bau Festspielhauses kosten soll.

Timotheus Höttges (47) im Interview mit dem „General-Anzeiger“: „Das Projekt braucht noch Zeit zur Reife. Die Stadt Bonn müsse ein „nachhaltiges kulturelles Konzept“ vortragen. Dem widersprach gestern Kulturdezernent Dr. Ludwig Krapf. Die Stadt Bonn habe bereits ein eigenes Konzept für das Festspielhaus vorgelegt. Für ihn sei-

en die Äußerungen der Telekom aber „nicht überraschend“.

Etwas döpiert fühlt sich offenbar die Deutsche Post. Dr. Manfred Harnischfeger, der das Projekt Festspielhaus Beethoven seit Jahren energisch vorantreibt, meinte, die Post sei „in Tonalität und Vorgehensweise etwas dynamischer“ als die Telekom. Im Gespräch mit

dem EXPRESS wies Professor Harnischfeger darauf hin, dass sein Unternehmen für Gestaltung und Durchführung des Architekturentwerbes bereits zwei Millionen Euro ausgegeben habe.

CDU-MdB Stephan Eisel sieht Kulturdezernent Ludwig Krapf ab: Selbst teure Eingriffe würden zu keiner optimalen Akustik führen.

Auch die OB will eine Fortsetzung des Fests

Frechen weist Eisel-Kritik als unberechtigt zurück: Wir lassen uns den Erfolg nicht wegmäkeln

Bonn. Nach dem Verfassungsfest mit 140 000 Besuchern im früheren Bundesviertel hat Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann Überlegungen begrüßt, die Zusammenarbeit zwischen Bund, Stadt und bedeutenden Bonner Institutionen zu intensivieren, damit der relevanten Gründungsdaten der Bundesrepublik in angemessener Weise gemeinsam in Bonn und Berlin gedacht werden kann.

Laut Presseamt der Stadt soll es darüber in naher Zukunft mit dem Bundesinnenministerium einen Gedankenaustausch geben. Einen

ersten Kontakt habe es bereits anlässlich der Programm-Pressekonferenz am 6. Mai in der Villa Hammerschmidt gegeben. Ziel aus Bonner Sicht solle sein, die Rolle der Bonner Ereignisse noch stärker und nachhaltiger im Bewusstsein zu verankern. Der große Erfolg des Verfassungsfestes bestätigte für Dieckmann die Anziehungskraft der deutschen UN-Stadt und das Bedürfnis der Menschen, die Stätten der erfolgreichen deutschen Demokratie zu besuchen: „Zahlreiche Gäste kamen aus NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen und dem

benachbarten Ausland. Das zeigt ihre hohe Identifikation mit Bonn.“

Gelassen reagierte gestern Stadtsprecher Friedel Frechen auf Kritik des Abgeordneten Siebhan Eisel (CDU): „Eisel dementierte, was niemand behauptet hat. Wir lassen uns den Erfolg des Festes nicht wegmäkeln.“ Die Stadt habe seit Monaten sehr intensiv und kooperativ mit vielen Bundes-Institutionen und weiteren Veranstaltern die Grundlagen für den Erfolg gelegt. „Mir zu unterstellen, dabei wäre mir die Beteiligung des Bun-

des entgangen, ist schon bemerkenswert“, so Frechen. „Richtig ist aber auch, dass es intensiver Kontakte mit dem Bundesinnenministerium bedurfte, um die Werbekampagne für das Bonner Verfassungsfest finanziell mit 70 000 Euro zu unterstützen.“ Wenn es vor Juni 2008 noch keine Pläne für das Fest in Bonn gab, dann sei man damit in bester Gesellschaft. Vor einem Jahr habe es solche Pläne auch noch nicht im Bundespräsidialamt, im Bundeskanzleramt, im BMZ oder der Bundeszentrale für politische Bildung gegeben. kf

↑
Express, 27.05.09

GA, 27.05.09

Verfassungsfest: Stadt redet mit Bund über Wiederholung

Gemeinsames Gedenken der Gründungsdaten der Bundesrepublik in Bonn und Berlin geplant – Veranstaltung war Erfolg

Bonn. Nach dem erfolgreichsten Bonner Verfassungsfest vom Samstag begrüßt Oberbürgermeisterin Barbel Dieckmann Überlegungen, die Zusammenarbeit zwischen Bund, Stadt und bedeutenden Bonner Institutionen zu intensivieren, damit der Grünungsdaten der Bundesrepublik Deutschland in angemessener Weise gemeinsam in Bonn und in Berlin gedacht werden kann. Wie das Presseamt der Stadt Bonn mitteilt, soll darüber mit dem Bundesinnen-

Der große Erfolg des Verfassungsfestes mit fast 140.000 Besuchern an einem einzigen Tag im ehemaligen Parlament und Regierungsviertel bestätigte nach den Worten der Oberbürgermeisterin die Anziehungskraft der deutschen UNO-Stadt und das Bedürfnis ihre hohe Identifikation mit

Bonn. Auch die beiden Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) setzten sich dafür ein, das Verfassungsfest in der Bundesstadt zu etablieren. (EB)

← BONNER RUNDschau
27.05.'09

Fünf Bonner Bahnhöfe werden modernisiert

Zusätzliche Mittel aus Konjunkturprogrammen des Bundes

Bonn (kou). Auch Bonn profitiert jetzt von den 300 Millionen Euro, die der Bund bis 2011 aus seinen Konjunkturprogrammen zusätzlich für die Modernisierung und Sanierung von Bahnhöfen ausgibt. „Wir sind mit den Bahnhöfen in Bad Godesberg, Beuel, Duisdorf, Mehlem und Oberkassel dabei. In allen fünf Bahnhöfen werden die Informationssysteme für Fahrgäste verbessert. Am Godesberger und am Mehlemer Bahnhof wird zudem der Wetterschutz optimiert.“

Die bereits beschlossenen Mittel für den Bonner Hauptbahnhof sind davon unberührt“, teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit.

Eisel unterstrich, dass die Zusatzmaßnahmen aus seiner Sicht direkt den Bahnkunden zu Gute kommen: „In allen fünf Bonner Bahnhöfen werden neben den Lautsprecherdurchsagen moderne Schriftanzeigen künftig über die Abfahrts-



Der Bahnhof Duisdorf und vier weitere Bahnhöfe im Bonner Stadtgebiet profitieren von den zusätzlichen Konjunkturmitteln des Bundes.

Foto: kou

zeiten und Fahrplanveränderungen informieren. In Bad Godesberg und Mehlem wird der Wind- und Regenschutz verbessert. Am Beueler Bahnhof wird die längst überfällige Verbesserung der Beleuchtung zur besseren Sicherheit vorgenommen.“ Er hoffe,

dass die entsprechenden Arbeiten zügig beginnen, denn es gehe darum, durch das Konjunkturprogramm Arbeitsplätze zu sichern.

Damit würden auch Handwerk und Mittelstand in Bonn vom zusätzlichen Bundesgeld profitieren, so Eisel weiter.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 43/09

28. Mai 2009

Eisel stimmt gegen „Abwrackprämie“

Wie der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, wird er bei der heutigen namentlichen Abstimmung im Unterschied zur Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Verlängerung der sog. „Abwrackprämie“ stimmen: „Ich halte es für nicht vertretbar, die Neuverschuldung und damit Belastung künftiger Generationen derart zugunsten eines nur gegenwartsbezogenen staatlich subventionierten Konsumanreizes zu erhöhen.“

In einer beim Bundestagspräsidenten hinterlegten Erklärung zur Abstimmung schreibt Eisel u. a. :

„Ursprünglich waren als Gesamtbetrag im Sinne einer Deckelung für die Umweltprämie 1,5 Mrd. € bereitgestellt worden. Nunmehr erfolgt eine Erhöhung um 3,5 auf 5 Mrd. € zuzüglich weiterer sich unmittelbar daraus ergebende 0,7 Mrd. € für erhöhte Zinsaufwendungen. Im Ergebnis steigt die Kreditermächtigung des Fonds um insgesamt 4,2 Mrd. € auf 25,2 Mrd. €.“

Die Umweltprämie vom Frühjahr 2009 war in ein ausgewogenes Gesamtpaket zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland eingebettet. Zu diesem Gesamtpaket gehörte auch eine klare Tilgungsregelung, weshalb ich unter Zurückstellung von Bedenken diesem Gesamtpaket damals zustimmen konnte.

Die nun beabsichtigte Weiterführung der Umweltprämie – verbunden mit erheblichen Mittelzuwachsen - wirkt jedoch gesamtwirtschaftlich deutlich negativer. Es kommt aufgrund der künstlichen Angebotserweiterung zu ordnungspolitisch bedenklichen Marktverzerrungen. Denn auch die Bürger können letztlich ihr Einkommen nur einmal ausgeben. Die einseitige Bevorzugung eines einzigen Wirtschaftszweiges wie der Automobilindustrie ist nicht sachgerecht.

Daher komme ich zu dem Schluss, dass sowohl ordnungspolitisch als auch finanz- und haushaltspolitisch die beabsichtigte Erweiterung der Umweltprämie abzulehnen ist.“

Die vollständige Erklärung zur Abstimmung finden Sie unter www.stephaneisel.de



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 44

29. Mai 2009

40 Mio € für Bundesbauten in Bonn

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, hat die Bundesregierung beim Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages 40 Mio Euro zur Sanierung von Bundesgebäuden in Bonn beantragt: "Von den 500 Mio Euro die der Bund hier bundesweit ausgibt, fließen rund zehn Prozent in die Region Bonn. Das ist für Wirtschaft und Handwerk in der Region ein wichtiges Auftragsvolumen."

Nach einer dem Haushaltsausschuss vom Finanzministerium vorgelegten Projektliste sollen insgesamt 54,2 Mio Euro in die Region fließen, davon 40 Mio Euro nach Bonn. Es profitieren praktisch alle Ministerien, wobei die größten Beträge das Forschungministerium für die Sanierung der Kreuzbauten (10 Mio), das Arbeitsministerium für eine Kindertagesstätte (5,3) und das Entwicklungsministerium im früheren Kanzleramt (4,3 Mio) erhalten. "Die erheblichen Investitionen in Bonner Ministeriumsgebäude zeigen, dass der Bund zum Regierungsstandort Bonn steht", sagte Eisel.

Auch eine Reihe von Bundesbehörden erhalten Geld aus dem Sanierungstopf. An der Spitze steht das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte mit 4,5 Mio Euro u. a. für einen neuen Labortrakt. Darüber hinaus fließen Mittel an wichtige Bundesinstitutionen in Bonn. Dazu gehören vor allem die Deutsche Welle für verschiedene Sanierungsmaßnahmen (4 Mio), die Alexander von Humboldt-Stiftung für die energetische Sanierung ihres Verwaltungsgebäudes (2,1 Mio) sowie die Bundeskunsthalle (1,6 Mio) und das Haus der Geschichte (1,1 Mio). Nach Eisels Angaben werden die Bundesmittel an über 20 Stellen zu Baumaßnahmen führen: "Das sind Mittel, die zusätzlich zu den kommunalen Projekten des Konjunkturprogramms in Bonn investiert werden. Hier profitieren wir von unserem Standortvorteil als Bundesstadt. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen der Bauwirtschaft bekommen hier eine Chance, da die Mittel überwiegend für Maßnahmen mit einem Volumen zwischen 100.000 – 2 Mio. Euro ausgegeben wird." Der Haushaltsausschuss wird die Vorlage der Regierung in seiner nächsten Sitzung am 17. Juni beraten.

In Bonn überwiegt die Freude

Träger der Heroin-Studie
begrüßen Beschluss

Von Frank Vallender

BONN. Das sei ein guter Tag für Schwerstheroinabhängige, freute sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber, SPD, gestern Nachmittag über das Ja des Parlaments zur Diamorphin-Behandlung. Anders als sein Bonner Kollege von der CDU, Stephan Eisel, hatte Kelber stets für die Regelversorgung mit Diamorphin plädiert. Eisel hatte bis zuletzt eingewendet, dass medizinische Gutachter die Verlässlichkeit der Studie anzweifeln.

Bonns Sozialdezernentin Angelika Maria Wahrheit hingegen freute sich ebenfalls über den Beschluss. Es gebe eine kleine Gruppe schwerkranker Heroinabhängiger, die man nur mit Diamorphin wirksam behandeln könne. Die Entscheidung des Bundestags bedeute eine erhebliche Entlastung für den Haushalt der Stadt Bonn, die allein 2009 mehr als 600 000 Euro für die Behandlung der noch verbliebenen 29 Patienten ausgibt.

Die Stadt hatte die Studie mit der Bonner Uniklinik sowie dem Diakonischen Werk und dem Caritasverband durchgeführt. 100 Patienten waren von 2002 an behandelt worden. Caritas-Direktor Jean-Pierre Schneider sagte gestern Abend, nun sei die Hängepartie für die Patienten endlich vorüber. Diese könnten jetzt davon ausgehen, weiter behandelt zu werden.

GA, 29.05.09

Express 36.09



Mittwoch, 3. Juni 2009

BONN

Seite 26



Silvio Berlusconi,
Italien



Nicolas Sarkozy,
Frankreich

Sarkozy und Berlusconi kommen

Bonn - Es ist zwar noch eine Weile hin. Aber für Dezember haben sich mächtige Regierungschef in Bonn angesagt. Die Europäische Volkspartei hat beschlossen, ihren Jahreskongress am Rhein abzuhalten. Das haben CDU-MdB Dr. Stephan Eisel und Parteichef Axel Voss erfahren.

Dann reisen so illustre Persönlichkeiten wie Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi, Jean-Claude Juncker aus Luxemburg oder Kostas Karamanlis, Ministerpräsident von Griechenland, an. Nicht zu vergessen den charmanten französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Ob er wohl

seine hübsche Gattin Carla mitbringt? Ein optisches und politisches Highlight wird in jedem Fall am 9. und 10. Dezember im Plenarsaal und auf dem Petersberg dabei sein: Yulia Tymoshenko, Premierministerin aus der Ukraine, die in der Regel wegen ihrer blonden Flechtfrisur auffällt.

Schuldenbremse kommt in Verfassung

Zweidrittelmehrheit im Bundestag – Lammert und 19 SPD-Abgeordnete stimmen dagegen

Von Mariam Lau

BERLIN - Vier Jahrzehnte Schulden aufhäufen – damit soll jetzt Schluss sein. Die große Koalition hat auf den letzten Metern noch eines ihrer zentralen Anliegen in die Wege geleitet: die Festschreibung einer Bremse gegen die explodierende Staatsverschuldung bei Bund und Ländern im Grundgesetz. Die Länder dürfen ab 2020 gar keine neuen Schulden mehr aufnehmen; dem Bund bleibt ein geringer Spielraum von acht Milliarden Euro. Das war kein einfaches Unterfangen, und mehrere Redner von SPD und Union dankten der jeweiligen Gegenseite für ihre Kooperation und Kompromissbereitschaft: „Es hat Spaß gemacht, mit Ihnen zusammenzuarbeiten“, sagte der CDU-Abgeordnete Günter Krings sogar in Richtung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck. Die Schuldenbremse wird von vielen als so etwas wie Strucks parlamentarisches Vermächtnis angesehen: der gesundheitlich schwer angeschlagene SPD-Spitzenpolitiker wird mit Ablauf der Legislaturperiode aus dem Bundestag ausscheiden. Struck verteidigte die Reform gegen Einwände auch aus der eigenen Fraktion, in der viele befürchtet hatten, Schuldenbremse bedeute Sozialabbau. Dieser Vorwurf sei „absurd“, sagte der Fraktionschef. Er bat die Abgeordneten inständig: „Stimmen Sie bitte zu. Das ist ein Fortschritt für unser Land.“ Sein Gegenspieler auf Unionsseite, der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger, war nicht zur Abstimmung erschienen, obwohl sie gewissermaßen die „Krönung“ eines langen und zähen Arbeitsprozesses in der „Föderalismuskommission II“ darstellt, die Struck und Oettinger gemeinsam geleitet hatten. Überhaupt war nicht ein einziger der Ministerprä-

sidenten erschienen; die Bundesratsbank im Plenarsaal blieb gähmend leer. „Ein Skandal“ sei das, schimpfte der Abgeordnete der Linkspartei, Bodo Ramelow, der allerdings auch kichernd ankündigte, er selbst werde bald auf dieser Bank Platz nehmen. Ramelow hofft, bei den Landtagswahlen am 30. August Ministerpräsident von Thüringen zu werden.

Der für die Schuldenbremse notwendigen Verfassungsänderung stimmten 418 Abgeordnete zu, dagegen waren 108, und 48 enthielten sich der Stimme. Dass die Abgeordneten der Koalition nicht alle an einem Strang ziehen würden, war vorab klar gewesen. Weil für Verfassungsänderungen aber eine Zweidrittelmehrheit im Parlament (408 Stimmen) nötig ist, war man bei der SPD nervös geworden und hatte Abgeordnete zum Teil von Auslandsreisen zurückgeholt.

Denn es war hauptsächlich die SPD, aus deren Reihen der Protest gekommen war. 19 Abgeordnete stimmten mit Nein. Neben der Angst um die Sozialleistungen („dieser Vorwurf ist absurd“, hatte Struck gerufen), gab es auch die Befürchtung, den Ländern könnte mit dem kompletten Schuldenverbot die Luft knapp werden. Es waren allerdings die Länder selbst gewesen, die im Jahre 2020 die Nullgrenze erreichen wollten.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) sprach von einer „Entscheidung von historischer Bedeutung“, vor allem unter dem Gesichtspunkt der „Generationengerechtigkeit“. Die Zinslast führe dazu, dass der Bundeshaushalt immer mehr „verkarstet und versteinert“. Der Politik gehe dadurch Gestaltungsspielraum verloren.

Für die Linkspartei warnte Bodo Ramelow vor dem „Weg in den Wettbewerbsföderalismus“. Fritz Kuhn von den Grünen dagegen

hielt die Vereinbarung für nicht realitätstauglich; die Länder könnten das Ziel spätestens 2019 nicht erreichen.

In der Unionsfraktion hatte es am Dienstag eine engagierte Diskussion zum Thema gegeben. Drei Abgeordnete hatten gegen die Schuldenbremse gestimmt – Siegfried Kauder, Stephan Eisel und Bundestagspräsident Norbert Lammert (alle CDU) – von denen zwei dann aber ihre Bedenken zurückstellten angesichts der „politischen Sensation“, die die Einigung nach Auffassung ihres Fraktionskollegen Peter Friedrich darstellt.

Tatsächlich ist die Schuldenbremse ein Triumph, vielleicht der letzte Triumph der großen Koalition. Es galt, nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch zwischen armen und reichen Ländern, Bund und Ländern eine Einigung zu erzielen – und das, obwohl der aktuell amtierende Politiker seinen Wählern für die Schuldenbremse ja höchstens Verzicht präsentieren kann: Schwimmbäder, die heute nicht gebaut werden, damit spätere Generationen geringere Lasten schultern müssen.

Jedenfalls hatte die Unionsfraktion am Ende nur einen einzigen Abwechler: den Bundestagspräsidenten. Dass sich der zweite Mann im Staat, der eine Schuldenbremse durchaus befürwortet, nicht in der Lage sah, dem mühsam ausgehandelten Kompromiss zuzustimmen, begründete Norbert Lammert in einer persönlichen Erklärung. Die neuen Verfassungsbestimmungen „mit ihren konkreten Euro-Beträgen, Berechnungsverfahren und Jahreszahlen“ seien „weder notwendig noch in ihrem Umfang einer Verfassung angemessen“. Der „Regelungshehrgeiz“ drücke ein Misstrauen gegen künftige demokratisch legitimierte Mehrheiten im Bundestag aus.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 45/09

2. Juni 2009

Europas Regierungschefs kommen nach Bonn

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel und CDU-Europakandidat Axel Voss mitteilen, werden sich im Dezember fast 20 europäischen Staats- und Regierungschefs zu einer Konferenz in Bonn treffen: „Die Europäische Volkspartei (EVP) hat beschlossen, ihren alle drei Jahre stattfindenden Jahreskongress Anfang Dezember in Bonn abzuhalten. Das ist ein wichtiges Ereignis im politischen Kalender Europas und eine Auszeichnung für Bonn als Europa- und Kongressstadt.“

Der Europäischen Volkspartei (EVP) gehören 74 christdemokratische, konservative und liberale Parteien aus 38 europäischen Ländern an. Deutsche Mitgliedsparteien sind CDU und CSU. Zur Zeit werden 13 Regierungschefs aus EU-Ländern und vier Regierungschefs aus Nicht-EU-Ländern von Mitgliedsparteien der EU gestellt. Die EVP ist der größte europäische Parteienzusammenschluss. Aus ihren Reihen kommen auch EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Europaparlamentspräsident Hans-Gert Pöttering. Vorsitzender ist der frühere belgische Ministerpräsident Winfried Martens.

Der EVP-Kongress wird alle drei Jahre einberufen und fand zuletzt in Rom statt. Am 9./10. Dezember werden in Bonn aus der EU neben Bundeskanzlerin Angela Merkel u. a. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy sowie die Ministerpräsidenten Donald Tusk (Polen), Kostas Karamanlis (Griechenland), Frederik Reinfeldt (Schweden), Silvio Berlusconi (Italien), Jan-Peter Balkenende (Niederlande), Hermann van Rompuy (Belgien), Jean-Claude Juncker (Luxemburg), Vladis Dombrovskis (Lettland), Emil Boc (Rumänien), Lawrence Gonzi (Malta), Andrius Kubilius (Litauen) erwartet. Von den Ländern außerhalb der EU gehören die Regierungschefs Ivo Sanader (Kroatien), Recep Erdogan (Türkei), Sali Berisha (Albanien) und aus der Ukraine Präsident Viktor Yushchenko und Premierministerin Yulia Tymoshenko zur EVP.

Eisel dazu: „Im Dezember wird Bonn einige Tage die Hauptstadt Europas sein.“ Getagt werden soll im Alten Plenarsaal und auf dem Petersberg.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 46/09

3. Juni 2009

Endlich Erfolg bei Jobticket für Bundesbedienstete

Erleichtert zeigte sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel über die Einigung des Verkehrsverbundes Bonn Rhein-Sieg (VRS) mit dem Bund über eine Jobticket-Regelung für Bonner Bundesbedienstete: „Bis zur Einigung hat es sehr lange gedauert, die Verhandlungen standen mehrfach vor dem Abbruch und es bedurfte vieler Interventionen, damit eine sinnvolle Lösung erreicht werden konnte. In Berlin wurde das Thema schon gegen uns gewendet. Man warf uns vor, Bonn habe offenbar kein Interesse am Bund als größten Arbeitgeber. Deshalb ist die Einigung jetzt nicht nur für die Beschäftigten bei den Bundesbehörden eine gute Nachricht, sondern auch wichtig im Blick auf unsere Glaubwürdigkeit als Bundesstadt und bei der Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin.“

Vor über einem Jahr hatte der VRS im Rahmen routinemäßiger Überprüfungen damit begonnen, Jobticket-Verträge mit Bundesbehörden zu kündigen. Dabei ging es insbesondere um die Frage, ob der Bund als einheitlicher Arbeitgeber anzusehen ist, oder jede Behörde getrennt betrachtet werden müsse, wodurch bestimmte Quoten für den Erwerb des Jobtickets nicht mehr erreichbar gewesen wären: „Jetzt können ab 2010 alle Mitarbeiter der Bundesbehörden, deren Sitz innerhalb des VRS-Verkehrsgebietes liegt, zentral ein Dauerticket erwerben, das an die Bedingungen des VRS-Jobtickets angelehnt ist.“

Eisel, der seit Sommer letzten Jahres in engem Kontakt mit beiden Verhandlungsseiten stand, lobte die Stadtwerke Bonn, die sich innerhalb des VRS nachdrücklich für eine Lösung eingesetzt hätten. Das neue Konzept war in intensiven Gesprächen mit dem Bund – wo die Federführung beim Bundesinnenministerium lag – verhandelt worden. Die Verhandlungen zogen sich über ein Jahr hin und mussten mehrfach verlängert werden. Beim Bund arbeiten in Bonn ca. 20.000 Menschen, davon etwa die Hälfte in Bundesbehörden, die dem Bund direkt zugeordnet sind.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 47/09

3. Juni 2009

Eisel bedauert mangelnde Erinnerung an Blutbad in Peking

Vor 20 Jahren überparteiliche Proteste in Bonn

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel bedauert, dass eine überparteiliche Erinnerung an die Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Platz des himmlischen Friedens vor 20 Jahren im Deutschen Bundestag nicht möglich war: „Während heute im US-Parlamentsgebäude auf den Capitol über 20 Organisationen mit Unterstützung von Demokraten und Republikaner an die schlimmen Menschenrechtsverletzungen in Peking erinnern, dominiert bei uns eine merkwürdige Zurückhaltung wenn es um China geht. Das ist ein bedauerlicher Rückschritt im Vergleich zu den einhelligen Protesten vor 20 Jahren.“

Eisel erinnerte in diesem Zusammenhang an die Proteste im Juni 1989 in Bonn: „Damals haben sich viele Bürger aller politischen Richtungen zu einer Mahnwache vor der chinesischen Botschaft eingefunden, um gegen das brutale Vorgehen der chinesischen Machthaber zu demonstrieren. Es gab nicht nur in Peking viele tausend Opfer. Daran zu erinnern, ist auch ein Beitrag im Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte heute. Mich hat schon vor den olympischen Spielen gestört, dass manche auch bei uns diese elementare Thema in der Hintergrund drängen wollten. Es darf aber nicht sein, dass wir beim Thema Menschenrechte umso leiser werden je größer ein Land ist.“

Eisel, der auch Mitglied im Europaausschuss des Bundestages ist, lobte das Europaparlament, das vor wenigen Monaten gegen massive Proteste des Pekinger Regimes den in China inhaftierten politischen Gefangenen Hu Jia mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet hatte: „Ich wünschte mir, dass ein solcher Konsens über die Parteigrenzen hinweg im Bundestag ebenfalls möglich gewesen wäre.“ Das gelte insbesondere im Blick auf den engen Zusammenhang mit dem Mauerfall vor 20 Jahren: „Damals hat Egon Krenz für das SED-Regime den Demonstranten mit der „chinesischen Lösung“ gedroht. Umso bewundernswerter war der Mut der Menschen sich davon nicht einschüchtern zu lassen.“

EU-Gipfel im Dezember in Bonn

Europäische Volkspartei tagt im Alten Plenarsaal und auf dem Petersberg

BONN. Fast 20 europäische Staats- und Regierungschefs werden sich im Dezember zu einer Konferenz in Bonn treffen. Das teilten gestern der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel und CDU-Europakandidat Axel Voss mit. „Die Europäische Volkspartei hat beschlossen, ihren alle drei Jahre stattfindenden Jahreskongress in Bonn abzuhalten. Das ist ein wichtiges Ereignis im politischen Kalender Europas und eine Auszeichnung für Bonn als Europa- und Kongressstadt.“ so Eisel.

Der Europäischen Volkspartei (EVP) gehören 74 christdemokratische, konservative und liberale Parteien aus 38 europäischen Ländern an. Deutsche Mitgliedsparteien sind CDU und CSU. Zur Zeit werden 13 Regierungschefs aus EU-Ländern und vier Regierungschefs aus Nicht-EU-Ländern von Mitgliedsparteien der EVP gestellt. Die EVP ist laut Voss der größte europäische Parteienzusammenschluss. Aus ihren Reihen kommen auch EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Europaparlaments-

präsident Hans-Gert Pötering. Vorsitzender ist der frühere belgische Ministerpräsident Winfried Martens.

Am 9./10. Dezember werden in Bonn aus der EU neben Bundeskanzlerin Angela Merkel unter anderem Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy sowie die Ministerpräsidenten Donald Tusk (Polen), Kostas Karamanlis (Griechenland), Frederik Reinfeldt (Schweden), Silvio Berlusconi (Italien), Jan-Peter Balkenende (Niederlande), Hermann van Rompuy (Belgien), Jean-Claude Juncker (Luxemburg),

Vladis Dombrovskis (Lettland), Emil Boc (Rumänien), Lawrence Gonzi (Malta), Andrius Kubilius (Litauen) erwartet. Von den Ländern außerhalb der EU gehören die Regierungschefs Ivo Sanader (Kroatien), Recep Erdogan (Türkei), Sali Berisha (Albanien) und aus der Ukraine Präsident Viktor Juschenko und Premierministerin Julia Timoschenko zur EVP. Eisel dazu: „Im Dezember wird Bonn einige Tage die Hauptstadt Europas sein.“ Getagt werden soll im Alten Plenarsaal und auf dem Petersberg. (EB)

General-Anzeiger
05.06.2009

20 Präsidenten in Bonn

Auch Berlusconi und Sarkozy haben zugesagt

BONN. 20 europäische Staats- und Regierungschefs kommen am 9. und 10. Dezember zu einer Konferenz nach Bonn. „Die Europäische Volkspartei (EVP) hat beschlossen, ihren alle drei Jahre stattfindenden Jahreskongress in Bonn abzuhalten; das ist ein wichtiges Ereignis im politischen Kalender Europas und eine Auszeichnung für Bonn als Europa- und Kongressstadt“, teilten CDU-MdB Stephan Eisel und CDU-Europakandidat Axel Voss mit. Der EVP gehören 74 christdemokratische, konservative und liberale Parteien an. Erwartet werden Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und die Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi (Italien), Jean-Claude Juncker (Luxemburg), Jan-Peter Balkenende (Niederlande), Donald Tusk (Polen), Kosta Karamanlis (Griechenland), Frederik Reinfeldt (Schweden), Hermann van Rompuy (Belgien) und Recep Erdogan (Türkei).

General-Anzeiger
08.06.2009

Eisel initiiert „Bonner Aufruf“

BONN. Zum 60. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes hat CDU-MDB Stephan Eisel einen „Bonner Aufruf“ initiiert. Unter anderem heißt es in dem Aufruf, den schon 60 Bundestagsabgeordnete unterzeichnet haben: „Vor 60 Jahren... hat der Parlamentarische Rat in Bonn das Grundgesetz verabschiedet... Dieses Grundgesetz ist das Fundament für unser freiheitliches Gemeinwesen...“ Mit diesem Aufruf solle vor allem denen widersprochen werden, die nach einer neuen Verfassung riefen, erklärte Eisel den Hintergrund für seine Initiative. Bis zur Sitzung des Bundestags in Bonn am 7. September will Eisel in Bonn weitere Unterschriften sammeln. lis



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 48/09

9. Juni 2009

Bund fördert bundesweiten Literaturwettbewerb aus Bonn

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat für den in Bonn ansässigen Bundesverband junger Autoren und Autorinnen e.V. (BvJA) eine finanzielle Förderung durch die Bundesregierung erreicht: „Die jungen Autoren sind mit der Idee eines Literaturwettbewerbs zum Grundgesetzjubiläum an mich herangetreten. Ich unterstütze das gerne, zumal dieser Bundesverband in Bonn ansässig ist. Die Bundesregierung hat meinen Vorschlag aufgegriffen und unterstützt die Initiative auch finanziell.“

Der Literaturwettbewerb richtet sich an junge Autoren ab 16 Jahre und wird anlässlich des 20. Jahrestags des Mauerfalls und des 60. Geburtstag des Grundgesetzes ausgeschrieben. Unter anderem geht es darum, welche Wertvorstellungen junge Literaten zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall und sechs Jahrzehnte nach Verabschiedung des Grundgesetzes haben. Eisel unterstrich, dass es wichtig sei, gerade auch im Blick auf die deutsche Geschichte Anreize für junge Literatur zu schaffen: „Man sollte wissen, woher man kommt, wenn man einen sinnvollen Weg in die Zukunft finden will. Außerdem finde ich es als Bonner Abgeordneter und Mitglied im Kulturausschuss wichtig, ganz konkret den Kulturverbänden zu helfen, die sich entschlossen haben, ihren Sitz in Bonn zu behalten.“

Nach Beurteilung der eingereichten Beiträge durch eine fachkundige Jury von Schriftstellern, Journalisten, Literaturwissenschaftlern und Verlegern werden alle Preisträger zu einer offiziellen Preisübergabe mit Lesung auf die Frankfurter Buchmesse eingeladen. Die besten Beiträge werden in einer Leseanthologie (Sonderausgabe des Literarischen Magazins, LiMa) veröffentlicht. Die Beiträge müssen bis zum 15.07.2009 (Einsendeschluss) eingesandt werden an: Bundesverband junger Autoren und Autorinnen e.V. (BvJA) „Ich bin ein 89er“, Zietenstr. 1, 53173 Bonn.

Weitere Informationen finden sich unter www.bvja-online.de

General-Anzeiger
10.06.2003

Ministerbesuch beim OFC Bonn

Wolfgang Schäuble besichtigt das Fechterzentrum am Sportpark Nord

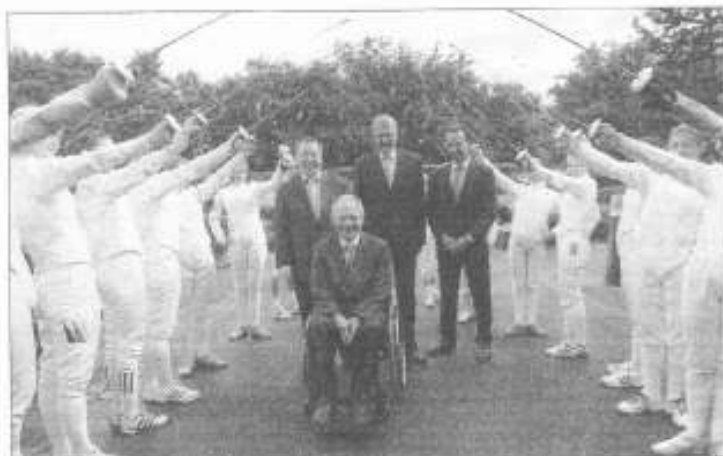
BONN. Nach der (Europa)-Wahl ist vor der (Kommunal)- und (Bundestags)-Wahl, dachte sich wohl der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel und bat Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zum Besuch des

Bonner Fechterzentrums. Immerhin kommen von hier mit Britta Heidemann und Benjamin Kleibrink zwei Goldmedaillengewinner der Olympischen Spiele in Peking, und auch sonst hat das Bonner Zentrum der einstigen Medaillen-

schmiede in Tauberbischofsheim in der Spitze längst den Rang abgelaufen. Und weil Schäuble, oberster deutscher Sportler und Herrscher über die millionenschweren Fördergeldtöpfe des Leistungssports, ohnehin in der Bonner Uni einen Vortrag zu 60 Jahre Demokratie halten wollte, kam es gestern zum Besuch.

Beim OFC Bonn, dem Trägerverein des Stützpunkts, freute man sich natürlich. An einen Ministerbesuch konnte man sich trotz der vielen Medaillen bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften kaum noch erinnern. Irgendwann Mitte der 80er-Jahre war einmal Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) zum Weltcupturnier um den „Löwen von Bonn“ gekommen. Das war's dann auch.

Dass Schäuble und Eisel dann auch gleich Werbung für den Bonner CDU-OB-Kandidaten Christian Dürig machten – geschenkt. Eine ähnliche Aktion hätte ja auch die SPD starten können. nik



Jugendliche des OFC Bonn stehen Spalier, als Innenminister Wolfgang Schäuble mit Stephan Eisel (links), Christian Dürig (Mitte) und OFC-Präsident Dirk Müller ins Fechterzentrum kommt. FOTO: HENRY

General-Anzeiger 10.06.2003

Jobticket: Einigung für Bundesbedienstete perfekt

BONN. Rund 10 000 Menschen, die in der Region in Bundesbehörden arbeiten, die dem Bund direkt zugeordnet sind, können aufatmen: Sie bekommen weiter ein günstiges Jobticket. Nachdem der Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) 2008 begonnen hatte, alle für ihn unwirtschaftliche Jobticket-Verträge zu kündigen und höhere Preise für Abo-Verträge zu fordern, weil bestimmte Jobticket-Quoten nicht mehr erreicht waren, ist jetzt eine Einigung perfekt: In den Verhandlungen wurde ein neuer Rahmenvertrag festgesetzt, der ab Januar 2010 gilt.

Danach können alle Mitarbeiter der Bundesbehörden, die im VRS-Gebiet wohnen, zentral ein Dauer-

ticket erwerben, das an die Bedingungen des VRS-Jobtickets angelehnt ist. Damit gehen die Bundeseinrichtungen der Region quasi als Konzern, was für die Mitarbeiter die Tickets preiswerter macht als der Umstieg auf normale Abo-Verträge.

„Das neue Modell bietet einen einfachen und kostengünstigen Einstieg in den Nahverkehr“, erklärte Stadtwerke-Geschäftsführer Heinz Jürgen Reining. „Außerdem ist der Abschluss des Rahmenvertrages ein Zeichen dafür, welche hohe Bedeutung der Bund als Arbeitgeber in unserer Region hat.“

Das neue Konzept wurde von SWB Bus und Bahn angeregt und in Gesprächen mit Vertretern der

Bundesbehörden mit dem VRS und weiteren Verkehrsunternehmen entwickelt. In diesem Zuge hatte der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber zunächst auch die Personalräte aller betroffenen Bundesbehörden zusammengeholt und das Aussetzen der Kündigungen bis zum Abschluss der Verhandlungen erreicht. Bisher mussten die Bundesbehörden jeweils einzelne Jobticketverträge mit den im VRS zusammengeschlossenen Verkehrsunternehmen abschließen. Die alljährlichen Jobticket-Verträge sollen nach Laufzeitende in den neuen Rahmenvertrag übergehen.

„Das ist eine gute Nachricht für tausende Fahrgäste und ein Zeit-

chen, dass wir gerne Ort der Bundesbehörden sind“, reagierte Kelber. „Beim neuen Vertrag gewinnen alle: Die Mitarbeiter der Behörden haben ein günstiges Ticket, die Verkehrsunternehmen sichere Einnahmen und unsere Umwelt wird entlastet.“

Erleichtert zeigte sich sein MDB-Kollege Stephan Eisel (CDU). „Bis zur Einigung hat es sehr lange gedauert, die Verhandlungen standen mehrfach vor dem Abbruch und es bedurfte vieler Interventionen, damit eine sinnvolle Lösung erreicht werden konnte“, erinnerte er. In Berlin sei die Sache schon gegen Bonn gewendet worden. Eisel lobte die Stadtwerke für ihre Verhandlungen.

Spendenparlament startet Aktion

BONN. Das Bonner Spendenparlament hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Mit der Aktion „410/49-09“ will man die Zahl seiner Mitglieder bis zum 7. September auf 410 Personen steigern. Zurzeit engagieren sich 92 Menschen, so genannte Parlamentarier, in der Wohltätigkeitsorganisation. Jeder von ihnen spendet fünf Euro im Monat. In regelmäßig stattfindenden Sitzungen entscheiden dann alle gemeinsam, was mit dem Geld geschieht.

Man wolle „Spender in die demokratische Entscheidung über

die Unterstützung von sozialen Projekten mit einbeziehen“, sagt Hans-Martin Schmidt, Vorsitzender des Bonner Spendenparlaments. Die angestrebte Mitgliederzahl und das Datum sind bewusst gewählt. Am 7. September 1949 trat der Bundestag, bestehend aus 410 Abgeordneten, in Bonn zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Dazu findet am 7. September in der Bundesstadt eine Sonder Sitzung des Bundestags statt.

Als Schirmherren unterstützen Ulrich Kelber (SPD) und Stephan

Eisel (CDU) die Aktion. Für jedes bis dahin gewonnene Mitglied übernehmen die Bonner Bundestagsabgeordneten die Patenschaft und spenden dem Parlament zehn Euro. Sich in die Verteilung von Geldern eingebunden zu wissen, „wird zusätzliche Geldbeurteilung“, ist sich Kelber sicher. „Das Spendenparlament ist eine schöne und lohnende Sache“, fügt Eisel hinzu, der versuchen will, weitere Paten zu finden.

Weitere Informationen auf www.bonner-spendenparlament.de

General-Anzeiger
M./12.06.2003

Bonner Rundschau 11.06.2009

„Das Grundgesetz ist ein Glücksfall“

Innenminister Wolfgang Schäuble hielt einen Vortrag im Festsaal der Universität

VON ANN-KRISTINA RÖMCHEN

BONN. Als Innenminister versucht er die Geschichte Deutschlands auf seine Weise zu Erfolgsgeschichten zu wenden. Wie erfolgreich er in seinen Versuchen ist, wird häufig diskutiert. Doch auf eine fast unbestrittene Erfolgsgeschichte schaute Wolfgang Schäuble am Dienstagabend bei seinem Vortrag im völlig überfüllten Festsaal der Universität Bonn zurück: Das Grundgesetz als rechtlicher Rahmen für die deutsche Einheit, hieß sein Thema.

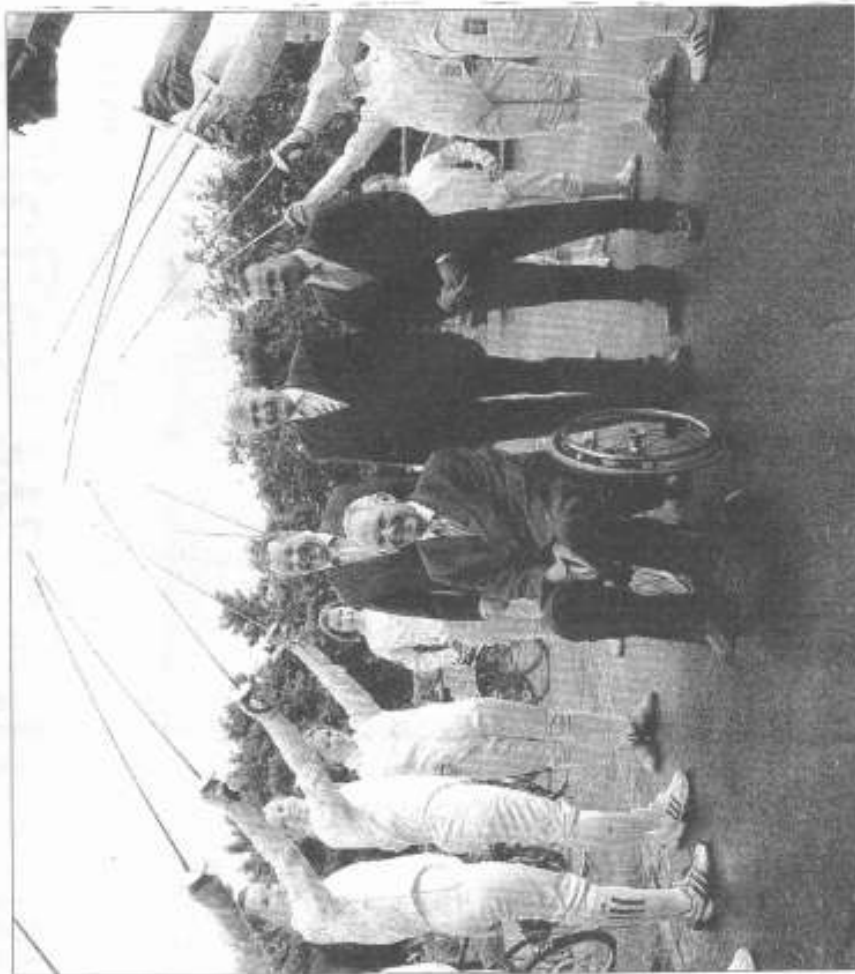
„Das Grundgesetz ist nicht nur eine besonders gelungene Verfassung, es ist ein besonderer Glücksfall für Deutschland“, lobte der Minister die Rechtsordnung Deutschlands. Das Wiedervereinigungsgebot in der bis 1990 geltenden Präambel habe den Rahmen gebildet und sei Voraussetzung dafür gewesen, dass eine Vereinbarung überhaupt möglich gewesen wäre. „Das Grundgesetz ist ein Glücksfall geworden, weil es von vornherein da gewesen ist, um Halt zu geben in einer fragilen Situation und dennoch Raum gelassen hat für historische Entwicklungen“, sagte Schäuble.

Der wichtige Einfluss, den

europäische Nachbarstaaten auf die Wiedervereinigung gehabt hätten, der Kampf um den Einigungsvertrag – viel mehr zwischen Opposition und Regierung, als zwischen BRD und DDR –, die Einführung der Kirchensteuer in den neuen Bundesländern, die Diskussion über eine neue Verfassung für ein neues Deutschland – Schäuble sprach als Zeitzeuge. Als Innenminister von 1989 bis 1991 war er maßgeblich an der Wiedervereinigung beteiligt.

Er sei gegen zu viele Veränderungen des Grundgesetzes und gegen die Aufnahme von plebiszitären Elementen, erklärte er in der anschließenden Diskussion mit den Zuhörern: „Der lange Prozess zu Lösungen ist durch Plebiszite nicht zu schaffen“, urteilte er. Auch eine neue Verfassung für Deutschland hielt er für eine schlechte Idee. „Ich vermute an einer neuen Verfassung würden wir heute noch arbeiten und hätten unsere historische Chance verspielt.“

Einige Studenten klatschten laut und trommelten auf Tischen, während Schäuble seine dann unverständlichen Eingangsworte hielt. „Mangelnder Respekt“, bemerkte er.



Vor dem Vortrag in der Uni besuchte Schäuble das Fechterzentrum des OFC im Sportpark Nord, wo junge Fechter Spalier ständen. OFC-Präsident Dirk Müller (r.) begrüßte den Gast. Den Besuch hatte der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (l.) arrangiert, der Christian Dürig mitgebracht hatte. (Foto: Kehrein)

Express 10.06.2003

OFC: Fechter-Spalier für Innenminister Schäuble

Hoher Besuch beim Olympischen Fechtclub (OFC) Bonn: Innenminister **Dr. Wolfgang Schäuble** kam auf Initiative des Bundestagsabgeordneten **Dr. Stephan Eisel**, zu einem Besuch, wurde mit einem Spalier der Fechter be-

grüßt. „Herr Schäuble erzählte mir, dass er an der Bonner Uni einem Vortrag hält. Ich habe die Gelegenheit genutzt und ihn gefragt, ob er nicht mit mir den OFC besuchen möchte. Da er als Innenminister auch für den Bereich Sport zuständig

ist, hat er sofort ja gesagt.“ Teilgenommen haben unter anderem: **Imke Duplitzer** (Gesamtweltcup-Siegerin), Weltmeister **Peter Joppich**, OFC-Präsident **Dirk Müller**, Bundestrainer **Ulrich Schreck** und OB-Kandidat **Christian Dürig**,



Zu Gast beim OFC Bonn: MdB **Stephan Eisel**, Innenminister **Wolfgang Schäuble**, CDU-OB-Kandidat **Christian Dürig** und OFC-Präsident **Dirk Müller**

Foto: AvA

Express 13.06.2003

...und so freuen sich die Bonner



„Ich finde es sagenhaft, dass wir jetzt um die Meisterschaft spielen. Vor allem, weil wir die Berliner rausgekickt haben. Wenn der Sitzungsbetrieb es zulässt, werde ich mir die Spiele gegen Oldenburg vom Spielfeldrand ansehen.“

Stephan Eisel, MdB, CDU

Express
16.06.03

SCHNELL SCHNELLER EXPRESS

Bundestag in Bonn

Bundestagsabgeordneter **Stephan Eisel** (CDU) will die Sondersitzung des Bundestags am 7. September in Bonn für die Stadt nutzen. Er schlägt unter anderem vor, die Sitzung für Bonner ins Wasserwerk zu übertragen.

General-Anzeiger 11.12.06.2005

„Wir brauchen Soziale Marktwirtschaft“

IHK-Präsident bezeichnet die wirtschaftliche Lage in der Region trotz der Finanzkrise als stabil

BONN. Zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft begrüßte die Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg gestern auf ihrer Vollversammlung im Rheinhotel Dreesen, die „Traditionsveranstaltung, die die wirtschaftspolitischen Grundsatz-erklärungen der Kammer wieder-gibt“, wie Ernst Franceschini, der Präsident der IHK Bonn/Rhein-Sieg, in seiner Begrüßungsrede er-klärte.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Franceschini auf die immer noch andauernde Wirtschaftskrise zu sprechen. „2009 ist insgesamt ein Rezessionsjahr“, stellte er fest. Wichtig sei, dass die Wirtschaft allmählich wieder Hoffnung fasst, dass 2010 Ansätze eines Wirtschaftswachstums erkennbar sind.

Selbstverständlich habe die Krise auch Auswirkungen auf Bonn und die Region gehabt, räumte er

ein. Allerdings betonte Franceschini, dass sich in der Krise „die wirtschaftliche Situation in unserer Region bewährt“ habe. Der „gesunde Branchenmix“ habe dazu geführt, dass die „gesamtwirtschaftliche Situation im Kammerbezirk als stabil bezeichnet werden kann“.

Zu den Lehren, die man aus der Krise ziehen müsse, gehört laut Franceschini die Schaffung eines vernünftigen Instrumentariums zur Regulierung der Finanzmärkte. „Wir brauchen den regulierenden Staat, wir brauchen aber gleichzeitig die verantwortliche unternehmerische Freiheit“, forderte er und sagte: „Wir brauchen Soziale Marktwirtschaft.“ Unter den Gästen waren neben Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann auch Stadtdechant Wilfried Schumacher, Polizeipräsident Wolfgang Albers und Wirtschafts-förderin Victoria Appelbe. „meu



Die IHK lud ein, und viele kamen: Unmittelbar am Rheinufer, im Kastaniengarten des Hotels Dreesen, konnten Gäste und Gastgeber ins Gespräch kommen. FOTO: VOLKER LANNERT

BONN

Rundschau 18.06.04

„Wo bleibt eigentlich der Mittelstand?“

Vollversammlung der IHK – OB Dieckmann sprach über „15 Jahre Arbeit für Bonn“

BONN/RHEIN-SIEG-KREIS. Die Wirtschafts- und Finanzkrise beschäftigte natürlich auch die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bonn/Rhein-Sieg Bonn. Oberbürgermeisterin Hannelore Dieckmann, die vor den Kammervertretern und ihren Gästen einen Vortrag zum Thema „15 Jahre Arbeit für Bonn“ hielt, nannte sie eine „sehr seltsame Krise“, weil sie nicht bei allen zu spüren sei. Wenngleich sie natürlich Auswirkungen auf Bonn habe, wie Fußgänger, Radfahrer oder Autofahrer merken, die nun nicht mehr so oft vor geschlossenen Schranken warten müssen, denn „46 Prozent weniger Güterzüge“, so die OB, fahren durchs Rheintal – weil, so ist zu vermuten, der Bahn die Lasteraufträge fehlen.

Erfolgsgeschichte geschrieben

IHK-Präsident Ernst Franceschini (Meckenheim) hatte zuvor Lehren gezogen, die aus der Krise gezogen werden müssten. „Wir brauchen den regulierenden Staat, aber gleichzeitig die verantwortliche unternehmerische Freiheit. Wir brauchen oben soziale Marktwirtschaft, Ordnungspolitisches Denken empfehle ich zum Beispiel bei der Behandlung der immer zahlreicher werdenden Begehren um staatliche Unterstützung“. Aber, so fragte der Unternehmer („Graschaffler Goldsack“), „wo bleibt eigentlich der Mittelstand? Sind es nicht die mittelständischen Unternehmen, die letztlich in erheblichem Umfang über ihre Steuern und Abgaben die Zechen zahlen?“ Franceschini bejahte staatliche Hilfen, wenn die Voraussetzungen erfüllt seien, lehnte sie aber ab, „wenn unternehmerische Fehler zur Schließung geführt haben“. Der künstliche Erhalt kranker Unter-



Vertreter aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis zu Gast bei der IHK-Vollversammlung (v. l.): SPD-Oberbürgermeisterkandidat Jörger Nirsbach, Stadtschwarzler Wilfried Schwaibacher, Hochschul-Präsident Hartmut Ihne, Museumsdirektorin Andrea Niehaus (Deutscher Musikuri), Tourismus-Chef Tilmann Flaig, CDU-OB-Kandidat Christian Dörig, Landtagsabgeordnete Ilka von Boeselager, IHK-Präsident Ernst Franceschini, Kreisdirektorin Annemose Heines, Arbeitsagentur-Chefin Marita Schrackler-Hemmer, die Bundestagsabgeordnete Stephan Eise und Elisabeth Weikmann-Becker sowie IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Swoboda. (Foto: Menke Böchermeier)

nehmen führe zu vermehrten Staatsaufgaben und Schulden.

In der Region Bonn/Rhein-Sieg sei die gesamtwirtschaftliche Situation dank des Branchenmix stabil geblieben. Die Firmen sehen die Talsohle als erreicht an, wie die Auswertung des Konjunkturbarometers ergab (wir berichteten).

OB Dieckmann, die bei den Kommunalwahlen nicht mehr antritt und am 30. Oktober aus dem Amt scheidet, nannte in

ihrer Bilanz einige Eckpunkte ihrer 15-jährigen Dienstzeit an der Spitze der Stadtverwaltung. Sie begann mit dem Umzugsbeschluss des Bundestages vom Juni 1991, da war sie zwar noch nicht im Amt, hatte aber mit dem Folgen zu tun. „Dabei habe ich mit München zusammengearbeitet, die die Krise anpacken wollten“, sagte Dieckmann. Auch die Bonner Wirtschaft habe sich damals entschlossen, die Herausforderungen anzunehmen, aus

Bonn, geprägt von der Monstruktur Bund, eine Stadt der Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Internationalität zu machen.

Gut gelungen sei etwa die Entwicklung zur internationalen Stadt. 10 UN-Organisationen sind hier mit 750 Mitarbeitern tätig, das Klimasekretariat bereit bis zum Freitag im Maritim mit 1200 Vertretern aus aller Welt über ein verbindliches Klimaabkommen. Eine Folgekonferenz im Som-

mer könnte in Bonn nicht mehr stattfinden, weil keine Kongresskapazitäten frei seien, so Dieckmann. Die UN fühlten sich hier angenommen, sie wüssten: „In Bonn kann man gut arbeiten.“

Als Hauptstadt sei Bonn eher „in sich ruhend“ gewesen, danach aber habe es Kreativität entwickelt. „Wir haben gemeinsam eine Erfolgsgeschichte geschrieben“, sagte sie an die Adresse der Wirtschaftspräsidenten über-



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 49/09

15. Juni 2009

Bundestagsitzung für Bonn nutzen

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel sieht in der Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 7. September in Bonn eine große Chance für die Bundesstadt: „Wenn der Bundestag seinen 60. Geburtstag feiert und deshalb zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder bei uns tagt, werden die politischen Spitzen der Republik drei Wochen vor der Bundestagswahl in Bonn versammelt sein. Das wird ein nationales Medienereignis, das es bestmöglich für Bonn zu nutzen gilt.“

Eisel, der dem Bundestagspräsidenten eine Parlamentssitzung in Bonn bereits im Herbst 2007 vorgeschlagen hat, machte dazu auch konkrete Vorschläge. Vor allem soll den Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, an dem Ereignis teilzuhaben: „Auf den Besuchertribünen im Plenarsaal wird das allerdings schwierig werden, da auch alle früheren Abgeordneten zur Sitzung eingeladen sind. Ich fände es deshalb gut, wenn für die Bonner eine Übertragung der Sitzung z. B. ins Wasserwerk angeboten wird.“ Eine besondere Geste der Stadt könne auch sein, die beteiligten Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung (stenografischer Dienst, Saaldiener etc.) zu einem Empfang im Rathaus einzuladen: „Viele dieser Mitarbeiter haben schon in Bonn gearbeitet, manche gehören auch zu den Pendlern.“

In einem Schreiben an die Oberbürgermeisterin hat Eisel auch angeregt, dem Bundestagspräsidenten aus Anlass dieser besonderen Sitzung die Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Bonn anzutragen. „Dies gilt umso mehr, da Norbert Lammert die Idee einer Bonner Sitzung auch gegen Widerstände von Anfang an unterstützt hat.“

Auch eine Verknüpfung der Bundestagsitzung mit dem gleichzeitigen Beethovenfest liegt nach Eisels Meinung nahe. „So finden am 6. September Konzerte auf dem Weg der Demokratie statt.“ Sinnvoll könne auch, ein themengebundenes Zusatzangebot der Stadt für die Parlamentarier sein: z.B. für die Kollegen im Umweltausschuss ein Gespräch beim Weltklimasekretariat, für den Entwicklungspolitischen Ausschuss ein Treffen mit den UN-Institutionen im UN-Tower, für den Kulturausschuss ein Gespräch in der Bundeskunsthalle, dem Haus der Geschichte oder beim Beethovenfest.

Eisel hatte der Oberbürgermeisterin schon vor einigen Wochen ausdrücklich seine Hilfe angeboten, aber nur eine allgemeine Antwort erhalten: „Als Bonner Bundestagsabgeordnete sollten wir wissen, was die Stadtverwaltung nun rund um die Bundestagsitzung plant. Es wäre wirklich sinnvoll, hier Hand in Hand vorzugehen. Parteipolitisches Geplänkel im Vorfeld der Kommunal- und Bundestagswahl sollte hier zurückstehen. Es geht hier um eine besondere Chance für Bonn.“

Express 16.06.2009

Jecke und Promis ließen es krachen

Geburtstagsparty von Wiese-Müüs-Chef

Happy Birthday – Wiese-Müüs-Chef **Roman Wagner** feierte seinen 41. Geburtstag und ließ es richtig krachen. Gut 150 Freunde und



Karnevalisten ließen Roman Wagner im Zeughaus der Wiese Müüs KG hochleben.

Highlight des Abends: ein Überraschungsauftritt der Mundartband **Jot Drop**. „Darüber habe ich mich wirklich sehr gefreut. Ich habe die Jungs privat eingeladen und nicht mit einem Auftritt gerechnet. Und plötzlich rockte die Band um Bandleader **MI-**

chael Heidi richtig ab. Ich musste sogar zwei Lieder mitsingen. Den BAP-Song „Verdamp lang her“ und das FC-Lied“, so Wagner.

„Der FC-Song ist mir, als eingefleischter Mönchengladbach-Fan, wirklich schwergefallen.“ Kräftig mitgefeiert haben unter anderem: OB-Kandidaten **Christian Dürig** und **Jürgen Nimptsch** (sind beide ganz lange geblieben), das zukünftige GDKG-Prinzenpaar **Michaela Wild** (Lebensgefährtin von Roman Wagner) und **Wilfried Klein** (SPD-Fraktion), Brauerei-Repräsentant und GDKG-Senator **Lutz Reinke**, EXPRESS-„Närrischer Oscar“-Gewinner **Manny Lohmer**, Feuerwerker **Hansl Zinn**, Metro-Betriebsleiter **Lutz Persch** und MdB **Dr. Stephan Eisel**.

Bonner Rundschau
16.06.2009

Spendenparlament will 410 Mitglieder

Ehrgeiziges Ziel: Bis September Zahl des ersten Bundestags erreichen

BONN. Zugelassen: Die Dimensionen sind andere, über die die beiden Bonner Bundestagsabgeordneten **Stephan Eisel** (CDU) und **Ulrich Kelber** (SPD) in Berlin zu entscheiden haben. Statt Milliarden im Bundeshaushalt sind es noch wenige tausend Euro, über die im Bonner Spendenparlament abgestimmt wird. „Aber es ist schon eine richtige Parlamentsatmosphäre“, berichtete nun **Ulrich Kelber** bei der Vorstellung des neuesten Projekts der Spendenparlamentarier.

Der Verein hat sich 2008 nach Hamburger Vorbild gegründet. Die Idee: Die Parlamentarier zahlen Mitgliedsbeiträge und entscheiden dann gemeinsam, welche gemeinnützigen Projekte damit gefördert werden. Im Jubiläumsjahr der Bundesrepublik wirbt das Spendenparlament mit der Aktion „110/49-09“ um neue Mitglieder, ganz im Jargon der viel zitierten Bonner Beamten-Republik. Im Klartext: „Bis zum 7. September 2009 will das Spendenparlament die Mitgliederzahl des ersten Bundestags von 1949 er-

reichen: 410 Parlamentarier“, erklärte nun Professor **Hans-Martin Schmidt**, der Spendenparlaments-Vorsitzende.

Das Datum ist bewusst gewählt: Am 7. September 1949 trat der Deutsche Bundestag erstmals zusammen. 2009 kommen die Abgeordneten darum wieder nach Bonn. Ob die Spendenparlamentarier ihrem Vorbild nachzueifern können, hängt von den Bonnern ab. „Derzeit haben wir 93 Mitglieder“, sagte **Katrin Jordan**, zweite Vorsitzende. Die beiden Bonner Bundestagsabgeordneten sind zumindest in beiden Parlamenten vertreten und haben die Schirmherrschaft über das Projekt übernommen. Außerdem bekommt jeder neue Spendenparlamentarier, der bis September beiträgt, eine Urkunde von den Politikern. Zusätzlich spenden **Eisel** und **Kelber** zehn Euro pro neuem Mitglied. „Wer also klagt, dass wir zu viel Geld für den Wahlkampf ausgeben, der kann das mit einer Mitgliedschaft ändern“, sagte **Kelber** – „und uns damit die Mittel entziehen“, ergänzte **Eisel**. (tub)

Schaufenster Blickpunkt 17.06.2009



(mk). Der Dienstwagen des Deutschen Innenministers mit Berliner Autokennzeichen fuhr in der ehemaligen "Bonner Republik" vor und machte Halt beim Olympischen Fechtclub Bonn am Sportpark Nord. Jeder echte Fan der Zweikampfsportart mit Degen, Florett oder Säbel kennt diese wenigen, ganz besonderen Begegnungen, von denen man wahrscheinlich noch seinen Enkeln erzählen wird. Was die Anhänger des Bonner Fechtvereins betrifft, dürfte die Ankunft von Innenminister **Wolfgang Schäuble** zum 60. Jahrestag des OFC Bonns, dem Olympiastützpunkt der deutschen Fechter, eine genau solche Begegnung gewesen sein. Der Bitte des Bundestagsabgeordneten **Stephan Eisel** (CDU) folgte der "oberste

Sportchef" des Landes gern und beglückwünschte die Jubilare, Sportaktiven, olympischen Medaillenträger und Fecht-Weltmeister. Viele Medaillen bei Olympischen Spielen, Europa- und Weltmeisterschaften wurden gewonnen. In Peking 2008 holten **Britta Heidemann** und **Benjamin Kleibrink** gleich zwei Goldmedaillen. Im Anschluss ging es für den Minister weiter an die Bonner Uni zu einem Vortrag über 60 Jahre Demokratie. Bundesinnenminister Schäuble besucht den OFC Bonn. Zur Ehrerbietung stehen junge Fechterinnen Spaller. Dahinter v.li: **Stephan Eisel** (CDU), **Christian Dürig** (CDU) und OFC-Präsident **Dirk Müller** freuen sich über den "kleinen Umweg" des Ministers.

Foto: Kunze



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 50/09

18. Juni 2009

Eisel stellt sich vor Bonner Schützenvereine

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat sich bei der im Bundestag diskutierten Novellierung des Waffenrechtes für die Anliegen der Schützenvereine einsetzen. Das sagte er nach einem Gespräch mit Vertretern der fast 30 Bonner Schützenvereine: „Es gibt bei den Schützen viel Verständnis dafür, dass wir angesichts der Erfahrungen des Amoklaufs von Winnenden noch schärfer auf die sichere Aufbewahrung der Waffen schauen müssen. Aber wäre völlig falsch und ungerecht, die Schützenvereine und den Schießsport deswegen unter einen Generalverdacht zu stellen. Gerade in der Jugendarbeit leisten die Vereine ein wichtigen Beitrag zur Erziehung zur Verantwortung.“

An dem Gespräch in den Räumen der „Sportschützen Ännchen 1957 Bad Godesberg“ nahm der Vizepräsident des Deutschen Schützenbundes Jürgen Kohlheim und der Bezirksvorsitzende Rheinischer Schützenbund 1872 Werner Seifert sowie mehrere Bonner Vereinsvertreter teil. Seifert sagte anschließend: „Das Gespräch mit Herrn Dr. Eisel war für uns Schützen eine gute Gelegenheit, die konkreten Auswirkungen der geplanten Waffenrechtsänderungen für die Sportschützen darzustellen. In der sehr offen und sachlich geführten Diskussion fanden die Anregungen der Schützen ebenso Gehör wie die Informationen von Herrn Dr. Eisel zum Verlauf und dem derzeitigen Stand der Gesetzgebung. Ein wertvolles Gespräch für die Schützen aus dem Bezirk Bonn, aus dem alle Teilnehmer viele Anregungen mitgenommen haben.“

Im einzelnen geht es bei der Novellierung des Waffenrechtes um die Nachrüstung von Waffenschränken mit neuen Sicherungssystemen, die Anhebung der Altersgrenze für das Schießen mit Großkaliber-Waffen von 14 auf 18 Jahren, die beschleunigte Einführung eines computergestütztes bundesweiten Waffenregisters und um bessere Kontrollmöglichkeiten, ob Waffenbesitzer die geltenden Aufbewahrungsvorschriften einhalten. Eisel hob die Unterstützung der Schützen für diese Maßnahmen hervor. „Es ist gut, dass wir ein sehr strenges Waffenrecht haben. Hüten müssen wir uns vor einer Überbürokratisierung bei der sog. Bedürfnisprüfung, die künftig häufiger stattfinden soll.“

Eisel lobte das große ehrenamtliche Engagement der Schützenvereine gerade in Bonn: „Unsere Stadt wäre um vieles ärmer ohne die historischen Schützen mit ihrem lebendigen Vereinsleben und ohne auch ohne des Schießsport, der uns alle z. B. bei olympischen Spielen immer wieder fasziniert.“



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 51/09

19. Juni 2009

Bonner Internet-Projekt für ältere Menschen erhält vom Bund 1,5 Mio €

Mit über 1,5 Mio € fördert der Bund ein Bonner Forschungsprojekt zur Entwicklung internet-basierter Dienste für ältere Menschen. Das teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel nach Gesprächen mit dem Bundesforschungsministerium mit: „Bonner Software-Firmen, die Universität und Wohlfahrtsverbände haben sich zu einem Forschungsverbund zusammengeschlossen. Als eines von bundesweit 17 Projekten werden die Bonner mit dem zweithöchsten Einzelzuschuss gefördert. Das belegt einmal mehr die Attraktivität des Forschungsstandortes Bonn.“

Im Rahmen der Fördermaßnahme „Altersgerechte Assitenzsysteme“ fördert der Bund Verbundprojekte, die älteren Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu Hause ermöglichen sollen. Wie Eisel mitteilte, soll das Bonner Projekt „WebDA“ Senioren in der Region dabei helfen, auch bei schwindendem Erinnerungsvermögen so lange wie möglich selbstständig zu bleiben: „Das ist eine außerordentlich spannende und angesichts der älter werdenden Gesellschaft sehr zukunftssträchtige Aufgabe. Gerade im Blick auf das nationale Demenzforschungszentrum, das nach Bonn kommt, entwickelt sich hier bei uns ein wichtiger Forschungsverbund von nationaler und internationaler Bedeutung.“

Unter anderem wird ein neuartiges System zum Auffinden verlorener Gegenstände entwickelt, das altersgerecht einen möglichst geringen Einsatz technischer Geräte vorsieht. Dafür soll sowohl das Internet als auch moderne Sensor- und Antennentechnik genutzt werden. Insgesamt hat das Bonner Projekt ein Volumen von ca 3,7 Mio €, von denen der Bund ca. die Hälfte finanziert. Beteiligt sind vier Firmen, der Bonner Caritas-Verband und der Malteser-Hilfsdienst, das Institut für Informatik und die Gedächtnisambulanz der Universität sowie das Fraunhofer-Institut in St. Augustin. Das Projekt läuft bis 2012.

General-Anzeiger online 22.06.2009

Kulturnacht in Lessenich/Meßdorf mit Samba, Capoeira und ein Feuerwerk

Rund 800 Gäste lassen sich mit Tanz, Musik und gutem Essen begeistern

Von Stefan Knopp



Lessenich/Meßdorf. Wer Stephan Eisel nur als CDU-Bundestagsmitglied für Bonn kennt, dürfte über seine musikalischen Fähigkeiten positiv überrascht gewesen sein; Bei der Lessenicher Kulturnacht am Samstagabend spielte er am Klavier schwungvolle Werke französischer und ungarischer Komponisten. Er selber freute sich nachher, dass es dem Publikum gefallen hat. "Auf der Bühne hat man gar nichts gehört."

Es war nicht nur eine weitere, sondern die Jubiläums-Kulturnacht des Kulturvereins Lessenich/Meßdorf. Dieser hatte sich für die zehnte Veranstaltung ein Potpourri aus den vergangenen neun Jahren ausgedacht: Statt wie bislang eine weitere binationale Kulturveranstaltung zu bieten, wurde den gut 800 Besuchern eine bunte Mischung der verschiedensten Kulturen geboten. Vereinsvorsitzender Christoph Pinsdorf moderierte das abwechslungsreiche Bühnenprogramm.

Den Einstieg machte die Coverband "De Freunde", die auch zwischendurch kurze Auftritte mit Musik aus dem Rheinland hatte und am Ende das Feuerwerk musikalisch begleitete. Der Kinderchor unter Leitung von Tatjana König bot Lieder aus verschiedenen Ländern, die sich danach selbst vorstellten.

Tanzlehrerin Jasmin Dohr präsentierte eleganten Bauchtanz aus der Türkei, dem Land, das vor zehn Jahren bei der ersten Veranstaltung präsentiert wurde. "Damals fand das Fest in einem großen Zirkuszelt auf dem Schulhof der Laurentiusschule statt, das im Rahmen einer Schulprojektwoche aufgestellt worden war", erinnerte sich Pinsdorf.

Dabei war einer der Gründe für die Gründung des Kulturvereins die Fertigstellung des Dorfplatzes neben der Kirche. "20 Jahre lang war zwischen Politik und Kirche darum gerungen worden", so Pinsdorf. Unter anderem musste die historische Mauer, die den Platz an einer Seite begrenzt, um mehrere Meter verschoben werden.

Seitdem hat der Platz diverse Weintage und Kulturnächte erlebt. "Die Feste sollten zeigen, wie schön auch die anderen Kulturen sind, und dass das Zusammenleben mit ihnen eine Bereicherung darstellt", erklärte Pinsdorf. An die brasilianische Nacht erinnerte am Samstag die Tanzgruppe um Paulo Franco von der Kölner Tanzfabrik mit Samba und dem akrobatischen Kampftanz Capoeira, für die iberische Halbinsel trat der spanische Elternverein aus Beuel unter Leitung von Carmen Rios zum Flamenco an, die Gruppe Mascherata Veneziana verwandelte die Bühne in ein italienisches Straßenfest, und Stephan Mohr dirigierte die Gesangsbeiträge des Deutsch-Französischen Chors Bonn.

Es sollte zugleich die vorerst letzte binationale Veranstaltung sein: Der Verein will andere kulturelle Möglichkeiten ausprobieren. "Vielleicht etwas in Richtung Musik, da gibt es viele Ideen", so Pinsdorf.

Artikel vom 22.06.2009



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 52/09

22. Juni 2009

Neue Ausstellung im Wahlkreisbüro

Mit den Werken von Ria Penders findet bereits die fünfte Ausstellung eines Bonner Künstlers im Wahlkreisbüro des Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel statt. Gezeigt wird Malerei in Öl auf Leinwand. Mit der Ausstellung setzt Eisel die Reihe „Kunst im Blick“ der Regionalgruppe des Bundesverbandes Bildender Künstler (BBK) fort und unterstützt so das Modell ‚Ausstellungsverleih im Rahmen der Aktion ‚Kunst braucht engagierte Freunde‘ des Berufsverbandes Bildender Künstler (BBK).

Ria Penders wurde 1952 in Belgien geboren. Ihr Studium absolvierte sie in Belgien, den Niederlanden und der Alanus-Hochschule in Alfter. Ursprünglich aus dem Bereich der gegenständlichen Malerei kommend, beschäftigt sich Ria Penders seit vielen Jahren mit den Themen Landschaft, Natur und Menschen. Dabei lässt sie sich durch Eindrücke aus der unmittelbaren Umgebung sowie auf Reisen in ferne Länder inspirieren. Neben der Malerei beschäftigt sie sich ebenfalls mit Zeichnungen und Objektkunst. Sie hat bereits in Belgien, Polen und Ungarn ausgestellt.

Eisel möchte als Bonner Bundestagsabgeordneter und als Mitglied des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages mit den wechselnden Ausstellungen einen konkreten Beitrag zur Förderung der Künstler in der Region leisten: „Mir reicht es nicht, im Kulturausschuss über Gesetze und Förderprogramme zu entscheiden. Kultur findet ganz konkret vor Ort statt und das will ich unterstützen.“

Die Ausstellung ist noch bis Mitte Juli im Wahlkreisbüro von Stephan Eisel, Markt 10-12, 5. Stock von 9 – 17.00 Uhr zu besichtigen.

Bonner Rundschau 24.06.2009

Mauerfall und Republik-Geburtstag

Der in Bonn ansässige Bundesverband junger Autoren lädt zum Literaturwettbewerb „Ich bin ein 89er“ ein

BONN. Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat für den in Bonn ansässigen Bundesverband junger Autoren und Autorinnen e.V. (BvJA) eine finanzielle Förderung für einen Literaturwettbewerb durch die Bundesregierung erreicht. Der Literaturwettbewerb richtet sich an junge Autoren ab 16 Jahre und wird anlässlich des 20. Jahrestags des Mauerfalls und des 80. Geburtstag des Grundgesetz-

zes ausgeschrieben. Unter anderem geht es darum, welche Wertvorstellungen junge Literaten zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall und sechs Jahrzehnte nach Verabschiedung des Grundgesetzes haben. Nach Beurteilung der eingereichten Beiträge durch eine fachkundige Jury von Schriftstellern, Journalisten, Literaturwissenschaftlern und Verlegern werden alle Preisträger zu einer offiziellen

Preisübergabe mit Lesung auf die Frankfurter Buchmesse eingeladen. Die besten Beiträge werden in einer Leseanthologie (Sonderausgabe des literarischen Magazins, LiMa) veröffentlicht.

Die Beiträge müssen bis zum 15. Juli (Einsendeschluss) eingesandt werden an: Bundesverband junger Autoren und Autorinnen e.V. (BvJA) „Ich bin ein 89er“, Zietenstr. 1, 53173 Bonn. (EB)

Schaufenski
Blickpunkt
24.06.09

(SF/JW).- Mit über 1,5 Mio Euro fördert der Bund ein **Bonner Forschungsprojekt** zur Entwicklung internet-basierter Dienste für ältere Menschen. Das teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** nach Gesprächen mit dem Bundesforschungsministerium mit: "Bonner Software-Firmen, die Universität und Wohlfahrtsverbände haben sich zu einem Forschungsverbund zusammengeschlossen. Als eines von bundesweit 17 Projekten werden die Bonner mit dem zweithöchsten Einzelzuschuss gefördert.

Bonner Rundschau
25.06.2009

CDU: Vorerst keine neuen Ausgaben

BONN. Mit Blick auf die dramatische Haushaltslage der Stadt Bonn hat die CDU-Ratsfraktion vorgeschlagen, bis zum Ende der Legislaturperiode am 20. Oktober keine Beschlüsse mehr zu fassen. „die mit neuen finanziellen Verpflichtungen verbunden sind und damit den städtischen Haushalt zusätzlich belasten“. Einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag für die heutige Ratssitzung (18 Uhr, Stadthaus) stellten Fraktionschef Benedikt Hauser, Finanzsprecher Klaus-Peter Gilles und Oberbürgermeisterkandidat Christian Dürig gestern vor.

Von dieser Regelung ausgenommen bleiben sollen Maßnahmen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Bildungsinfrastruktur sowie die des Konjunkturpakets der Bundesregierung und Projekte, die durch Zuschüsse Dritter finanziert werden. Bis zum Beginn der Etatberatungen 2010/11 sollten alle bereits beschlossenen Projekte hinsichtlich ihrer Gesamtkosten und finanziellen Durchführbarkeit geprüft werden, so die CDU. (kr)

Express 27.06.2009

Eisel: Botendienst für Helmut Kohl



Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl

Schöne Geste: Altkanzler **Dr. Helmut Kohl** erfuhr über **MdB Dr. Stephan Eisel**, dass der langjährige **Chef-Saaldienstler Karl-Heinz Schmitt**, der über 40 Jahre im Bundesamt tätig war, seinen 80. Geburtstag feiert. „Das ließ sich unser Altkanzler nicht zweimal sagen, da die beiden ein inniges Verhältnis hatten, und setzte sofort ein Glückwunschschreiben auf“, berichtet Eisel. „Mich bat der Altkanzler, dass ich heute als Überraschung dieses

Schreiben quasi als „Boten-Herrn Schmitt überreichen soll“, verrät der **MdB**. Das wird den **Chef-Saaldienstler a. D.** sicher freuen. Wir wünschen **Karl-Heinz Schmitt** ebenfalls alles Gute an seinem **Ehrentag**.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 53/09

29. Juni 2009

IRENA-Kompromiss akzeptabel: Chance für Bonn

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat es bedauert, dass sich Deutschland in der Entscheidung über den Hauptsitz der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) mit dem Vorschlag Bonn nicht durchsetzen konnte: „Wir haben nicht alles erreicht, stehen aber nicht mit leeren Händen da. Die Konkurrenz war außergewöhnlich hart. Manchmal ist es besser, rechtzeitig einen Kompromiss zu finden, als ganz leer auszugehen. Auch mit der jetzt erreichten Ansiedlung des IRENA-„Innovations- und Technologiezentrums in Bonn öffnet sich eine wichtige Zukunftschance.“

Bei den Verhandlungen über den IRENA-Sitz im ägyptischen Sharm el Scheikh war auf Vermittlung der USA, die erst heute der IRENA-Konvention beigetreten sind, ein Kompromiss gefunden worden. Der Hauptsitz der neuen Agentur kommt nicht nach Bonn, sondern nach Abu Dhabi. Bonn bekommt stattdessen ein „Innovations- und Technologiezentrum“ und der dritte Bewerber Wien erhält ein „Verbindungsbüro“ für Kontakte zu den Vereinten Nationen. Abu Dhabi hatte lange versucht, diese Aufteilung zu verhindern.

Eisel dankte der Bundesregierung und der nordrheinwestfälische Landesregierung für ihr Engagement für Bonn und erwartet, dass Bund und Land auch das Innovations- und Technologiezentrum in Bonn unterstützen. Deutschland habe in Aussicht gestellt, vier Millionen Euro Starthilfe und zwei bis drei Millionen Euro pro Jahr beizusteuern: „Das wird zukunftssträchtige Arbeitsplätze nach Bonn bringen. Jetzt müssen wir diese Chance nutzen.“ Die Details der Vereinbarung sollen in den nächsten Wochen ausgehandelt werden.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 54/09

30. Juni 2009

Eisel freut sich über Lissabon-Urteil

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel, der auch Mitglied im Europaausschuss des Deutschen Bundestages ist, hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Lissabonner Vertrag begrüßt: „Als Europapolitiker freue ich mich über das grüne Licht für den Lissabonner Vertrag. Als Mitglied des Bundestages begrüße ich die Stärkung des Parlaments gegenüber der Regierung.“

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat heute entschieden, dass der Vertrag von Lissabon mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Damit wurde eine Klage der Linkspartei abgewiesen. Auch die im Zusammenhang mit dem Lissabonner Vertrag vorgenommenen Grundgesetzänderungen wurden vom Verfassungsgericht nicht beanstandet.

Verfassungswidrig ist hingegen das „Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union“. Das Bundesverfassungsgericht verlangt, dass die Bundesregierung den Bundestag und den Bundesrat stärker einbeziehen muss, wenn es darum geht, wie Deutschland in der Europäischen Union abstimmt. Eisel erinnerte daran, dass sich insbesondere das Auswärtige Amt gegen stärkere Beteiligungsrechte des Parlaments gestäubt hat: „Es ist gut, dass das Bundesverfassungsgericht hier dem Parlament den Rücken stärkt. Jetzt wird ein selbstverständliches Prinzip der Innenpolitik auf die Europapolitik ausgeweitet. Europapolitik ist eben keine klassische Außenpolitik, in der die Regierung ja größere Freiräume hat.“ Nach Eisels Angaben zeichnet sich ab, dass das beanstandete Gesetz in Sondersitzungen des Bundestages am 26. August und am 8. September geändert wird. Die deutsche Ratifikationsurkunde für den Lissabonner Vertrag kann dann rechtzeitig vor dem irischen Referendum hinterlegt werden.

General-Anzeiger
30.06.2009

„Das Grundgesetz allein hilft nicht“

Politiker nehmen zu Kinderrechten Stellung



Unter den Teilnehmern: (von links) Ulrike Merten, Stephan Eisel und Wally Feiden.

FOTO: HOLGER HANDT

BAD HONNEF. „terre des hommes“ hatte nach Bad Honnef eingeladen. 18 Koordinatoren und Projektpartner aus drei Kontinenten kamen, um mit Ehrenamtlichen der Hilfsorganisation für Kinder ein Wochenende lang in der Jugendherberge ein Fest für Kinderrechte zu feiern, in Workshops über Projekte zu informieren und Kontakte zu knüpfen. Schließlich stellten Jugendliche in einer Talkrunde Bürgermeisterin Wally Feiden und Politikern Fragen.

Vor der Bundestagswahl hat die Organisation Wahlprüfsteine erarbeitet. Sollten etwa die Kinderrechte in das Grundgesetz aufgenommen werden – das wollten die Diskussionsteilnehmer von den Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrike Merten (SPD) ebenso wissen wie von den Bundestagskandidaten Thorsten Knott (FDP), Arnd Kuhn von den Grünen und Heinz-Jürgen Hörster von den Linken. „Grundgesetz allein hilft nicht“, meinte Eisel. „Wenn Kinder oder Jugendliche ohne Pass nach Deutschland

kommen, dann helfen wir denen am besten, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Da wird der Ermessensspielraum in den Kommunen noch zu wenig genutzt.“ Auch die Chancengleichheit von Kindern aus unterschiedlichen sozialen Schichten war ein Thema. Bürgermeisterin Feiden sagte: „Deutschland ist Schlusslicht, wenn es darum geht, bildungsferne Leute an Bildung zu bringen. Die Offene Ganztagschule ist ein wichtiger Schritt. Aber das ist freiwillig und kostet die Eltern etwas. Da muss mehr in Richtung verpflichtender Ganztagsunterricht getan werden.“ Ulrike Merten meinte: „Unser Ziel muss eine beitragsfreie frühe Förderung sein.“ Torsten Knott: „Wir müssen für eine ausreichende Finanzierung sorgen.“ Hörster forderte „eine Schule für alle, die aber individuell fördert. Da müssen wir mehr Mittel reingeben“. Der Linke musste sich allerdings von CDU-Mann Eisel sagen lassen: „Die Linke im Berliner Senat, wo sie mit regiert, tut genau das Gegenteil.“ oro